

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

44 (8.2.1906) Badischer Landtag. 20. öffentliche Sitzung der Zweiten  
Kammer

## Badischer Landtag.

### 20. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Dienstag den 6. Februar 1906.

#### Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Allgemeine Diskussion über das Finanzgesetz und damit in Verbindung:
2. Beantwortung der Interpellation der Abgg. Wechtold und Genossen, die neuen Reichsteuerentwürfen betr. — Drucksache Nr. 24 (Fortsetzung).

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Frhr. v. Dusch, Minister des Innern Dr. Schenk, Präsident des Ministeriums der Finanzen Geh. Rat Becker, Geh. Rat Reinhard, Geh. Oberfinanzrat Dr. Nicolai.

Präsident Dr. Wildens eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 20 Min.

Es wird folgender Eingang verlesen:

Dankagung der Witwe des verstorbenen ersten Vizepräsidenten L a u d für die Ehrung des Verstorbenen und für die Kranzspende.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Zunächst erhält das Wort

Abg. G e t t (Soz.): Ich werde die politische Seite behandeln, und der Fraktionskollege Kolb, soweit das nicht schon durch die Ausführungen des Kollegen Eichhorn in der Interpellation geschehen ist, wird sich mit dem Finanzgesetz und mit der damit zusammenhängenden Politik zwischen Reich und Bundesstaaten zu beschäftigen haben.

Gestern ist behauptet worden, die sozialdemokratische Partei habe das Recht, sich als die lachende dritte Partei hier aufzuspielen. Dieses Prognostikon hat sogar der Herr Staatsminister uns ausgestellt. So sehr uns die trügerische Aussprache von hüben u. drüben in diesem Hause ergötzt, u. so wenig wir bedauern, daß die Aussprache zu einer politischen und grundsätzlichen Auseinandersetzung geblieben ist, so wenig können wir eigentlich dazu lachen. Denn die Art, wie die Sozialdemokratie dabei in Mitleidenschaft gezogen werden soll, namentlich durch den Herrn Kollegen Fehrenbach, gibt uns keinen Anlaß zum Humor, sondern wir müssen lebhaft bedauern, daß nicht eine, möchte ich sagen, höhere Auffassung unserer politischen Tätigkeit und unserer sozialen Mission in diesem Hause Platz gegriffen hat. Denn vor allen Dingen muß

ich im Namen meiner Parteigenossen dagegen protestieren, als seien wir nicht eine gleichberechtigte Partei, als handele es sich darum, uns wie einen Spielball von der einen nach der anderen Seite hinüber zu werfen und etwa zu sagen: „Seht einmal, mit der Gesellschaft habt ihr diesmal paktiert, letztes Mal aber waren es die andern!“ Als ob wir nicht das gleiche Recht hätten, im politischen Leben zu beanspruchen, daß wir als anerkannte Partei gelten. Hinter uns in Baden steht eine große Anzahl Wähler und im Deutschen Reich sind wir an Wählerzahl die stärkste Partei.

Auch ich knüpfe an das Resultat des allgemeinen Wahlkampfes an, auf Grund dessen wir hier zum ersten Mal versammelt sind. Die sozialdemokratische Partei kann mit Zufriedenheit auf dieses Plebiszit zurückblicken; sind wir doch schon im ersten Wahlgang aus eigener Kraft in der Stärke wieder erschienen, in der wir zuletzt in diesem Hause anwesend waren. Das Duzend Vertreter, das Sie nun heute vor sich sehen, ist zwar in seiner zweiten Hälfte dem Stichwahlkampf entsprungen. Allein, wir haben alle Ursache, mit dem Wahlergebnis des ersten Ganges zufrieden zu sein, insofern, als die Zahl der Stimmen, welche für uns damals abgegeben worden ist, wenn wir das Proportionalwahlverfahren zugrunde legen, ausgereicht hätte, um das Duzend voll zu machen. Freilich hat der Wahlkampf bewiesen, was unsere Partei vorher stets betont hatte: Die Art der Aufstellung des neuen Wahlgesetzes geht auf Kosten der Sozialdemokratie allein. Das Fazit bleibt jedenfalls: Die sozialdemokratische Partei hat bei der Umgestaltung des Wahlrechts die Fede zu bezahlen gehabt. Wenn die 20 000 Stimmen, die gegenüber der Reichstagswahl für uns weniger abgegeben worden sind, wohl auch zu einem kleinen Teil der lebhaften Agitation, die insbesondere die Zentrumspartei in den Arbeiterkreisen durchführte, zuzurechnen ist, so ist doch nachweisbar, daß hauptsächlich der Rückgang der Stimmen darauf zurückzuführen ist, daß man einem großen Teil der Arbeiterschaft durch Verkaufserlösen des neuen Gesetzes das Wahlrecht entzogen hat.

Lassen Sie mich auch gleich hinzufügen, daß mit dem allgemeinen Wahlrecht unverzüglich verknüpft werden sollte die Neuregelung der Diätenfrage. Ich meine, daß dieselbe auch in diesem Stadium der Debatte schon aufgerollt und in dem Sinne entschieden werden sollte, daß das Entgelt für die Anwesenheit und für die Tätigkeit allen Mitgliedern der Kammer gewährt wird, und daß auch ein unentgeltlicher Gebrauch

der Eisenbahn allen ohne Unterschied im gleichen Maße zugeteilt werden sollte. Es wird Ihnen nach der Richtung jedenfalls in nächster Zeit ein Antrag unterbreitet werden.

Was nun unser Stichtwahlbündnis mit dem Block anbelangt, so möchte ich zunächst die Ausführungen des Herrn Kollegen Vinz richtig stellen. Der Abg. Eichhorn hat Stoff gegeben zu unberechtigten Angriffen, weil er seine Ansicht, mit der er in unserer badischen Partei wohl ziemlich vereinzelt dasteht, dahin äußerte, daß dieses Zusammengehen meiner Partei mit dem Block auch geschehen wäre, wenn auf der anderen Seite kein Entgegenkommen gezeigt worden wäre. Ich gebe Ihnen gern zu, daß solche Auffassungen in unserer Mitte existieren. Allein dies ist der Ausdruck einer Minorität; die offizielle Parteileitung und das dazu eingesetzte Wahlkomitee hat jedenfalls dem Grundsatz gehuldigt, daß das Verhältnis ein gegenseitiges sein muß, daß man empfangen und geben soll, so daß bis zum letzten Augenblick sogar die genaue Abgrenzung zwischen Geben und Nehmen auf einige Schwierigkeiten gestoßen ist. So lagen die Verhältnisse; ich möchte also dringend bitten, den ferneren Debatten und Ausführungen diese meine offizielle Erklärung zugrunde zu legen.

Da ich gerade am Berichtigen bin, so möchte ich mich auch mit der Äußerung des Herrn Staatsministers beschäftigen, die ihn gestern veranlaßt hat, unserem verehrten Herrn Präsidenten einen versteckten Vorwurf daraus zu machen, weil der Präsident meinen Kollegen Eichhorn nicht zur Ordnung gerufen hatte, als dieser in der Begründung seiner Interpellation über die Steuervorlage nach dem Ministertische hin die Bemerkung gemacht habe, es müßte der Präsident des Finanzministeriums „ausgeschiff“ werden. Wie wir alle das Wort verstanden und auffassen mußten, hat mein Kollege Eichhorn sich einen Scherz erlaubt auf Kosten des Zentrums bzw. der Zentrumspresse. Sie wissen alle, daß in jenem Augenblick der „Fälscher Vote“ die Ausschiffung eines anderen Herrn des Ministeriums beantragte, was allgemeine Heiterkeit auch am Ministertische erregte. Diese fröhliche Stimmung veranlaßte meinen Kollegen Eichhorn, zu sagen: ja, wenn nun das Zentrum denn doch einmal den Charon spielen will, und das Ruder in der Hand hat, so ist es ja besser, wenn Sie den Herrn Finanzminister mitnehmen, aber ohne Geldbeutel, weil der Schatzmeister zu sehr den Daumen auf das Portemonnaie des Staates zu drücken liebt. Allein, ich sehe nicht an, zu sagen, wenn auch mein Kollege Eichhorn diese Äußerung a l l e n E r n s t e s gemacht hätte, so hätte der Herr Staatsminister, unserer Auffassung nach, nicht das Recht, aus diesem Anlaß in die Geschäftsordnung dieses Hauses, wenn auch nur mit einem frommen Wunsch, korrigierend einzugreifen. (Sehr richtig!) Gegen ein solches Eingreifen müßten wir uns als Volksvertreter auf das entschiedenste verwahren. So sehr wir diesen Versuch der Neuheit des Herrn Staatsministers auf seinem Sitze zu gute halten, so sehr müssen wir denn doch sagen, in diesem hohen Hause sind wir, was die Handhabe der Geschäftsordnung anbetrifft, souverän. Wenn wir einen Wunsch hätten an unseren verehrten Herrn Präsidenten, der ja auch ein Neuling auf seinem Stuhle ist, so ginge er nach der anderen Richtung: Wir möchten ihm raten, nicht gar zu ängstlich zu sein, (Sehr richtig!), wenn einmal da und dort ein bißchen kräftig hineingehauen wird. Der Herr Präsident wird es mir nicht verübeln, wenn ich ihn im Namen meiner gesamten Herren Reichstagskollegen darum bitte, einmal die stenographischen Berichte des Reichstags zu lesen, wie dort manches kräftige Wort ohne eine Zensur des Herrn v. Ballestrem durchgeht, und wie da herüber und hinüber Gelächter und Zuruf stattfindet,

so daß die Stenographen in dem offiziellen Bericht verzeichnen: „Durch die Unruhe im Hause ist der Redner in einigen Sätzen nicht verständlich gewesen.“

Ich wiederhole, mit aller Entschiedenheit müssen wir auf dem uns zustehenden Rechte bestehen. Ich möchte dem Herrn Minister erwidern, daß die Abgeordneten das Recht haben, auszusprechen, diesen oder jenen hohen Herrn, die wir von Zeit zu Zeit hier sprechen hören, eliminiert zu sehen, und an seiner Stelle einen anderen zu erhalten. Das mag uns der verehrte Herr Präsident des Finanzministeriums nicht verübeln, wenn wir nach einem Finanzminister rufen sollten, der steuertechnisch solventer ist als der jetzige, zumal dieser Wunsch in einem großen Teil des badischen Volkes vorhanden ist. Das Volk will haben, daß eine andere Wirtschaft erfolgt. Es sind nicht die Umsturzbücher, sondern die ganz überwiegende große Masse des Volkes, die da sagt, mit der Finanzwirtschaft können wir nicht mehr weiter machen. (Sehr richtig.) Im großen und ganzen ist das Bedürfnis bei den im Staate angestellten Beamten und Arbeitern vorhanden, eine ganz andere Existenz zu führen. Wenn der Staat in der Person seines Finanzministers erklärt, das können wir nicht, was bleibt uns dann übrig, um einen Ausgleich zu finden, als zu sagen, es wird doch noch andere Leute geben, die imstande sind, allen den gerechten Wünschen der Allgemeinheit entgegenzukommen.

Wir haben aber auch ein Gesetz, das uns die Handhabung gibt, um einen Minister in Anklagezustand zu versetzen, der Antrag braucht nur von 10 Mitgliedern des Hauses unterstützt und eingebracht zu werden. Was würden Sie dazu sagen, Herr Staatsminister, wenn wir kämen und eine Ministeranklage erheben? Wollen Sie dann da den Herrn Präsidenten ersuchen, wegen eines solchen Unterfangens diese 10 Mitglieder des Hauses zur Ordnung zu rufen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich meine, wir müssen eine solche Einmischung in unsere Geschäftsordnung auch deshalb zurückweisen, weil wir die Empfindung haben, daß man vielleicht im badischen Ministerium jetzt zu sehr geneigt ist, der Schalmair nachzugeben, die aus dem preussischen Herrenhause ertönte und die der Herr Reichskanzler von Bülow in vernehmbarer Weise über den Main richtete, nach Süddeutschland.

Um gleich hier anzuknüpfen an das, was gestern schon von anderer Seite besprochen worden ist: Der Herr Minister des Innern hat diese Botschaft aus dem preussischen Junkerparlament als eine frohe Botschaft bezeichnet. Es waren ihm angenehme Laute, wie er versicherte, die da ertönten. Aber, Herr Minister, wir müssen uns ebenso sehr verbitten als Abgeordnete, als Parlamentarier und als Mitglieder angesehener politischer Parteien, daß der Herr Reichskanzler uns Vorschriften machen will, wie wir in Baden unsere Wahlabkommen bei Stichtwahlen zu treffen haben. Der Herr Reichskanzler von Bülow hat sich, um diese welterschütternde Rede zu halten, ins preussische Herrenhaus geflüchtet. (Abg. Süßkind: Sehr richtig!) Wäre er bereit gewesen, Gegenansichten zu hören, so wäre er als Reichskanzler am besten im Reichstag am Platz gewesen. Dort hätte er vielleicht die Herren aus Süddeutschland beisammen gehabt. So aber zog er es vor, hinter den verschlossenen Türen des preussischen Junkerhauses loszulegen. Und wie man aus der Geschichte dieser Rede erfahren hat, war diese Interpellation eine wohl vorbereitete Macho gewisser preussischer Junker gewesen. Wenn der Herr Reichskanzler Lust hat, das vor dem badischen Volke oder seiner Volksvertretung zu sagen, so wollen wir ihn einladen, hier in unsere Mitte zu kommen. Er mag sich hier in diesem Raum umsehen und einmal die Geschichte dieses Hauses kennen lernen, in dem einstens der Adel eine Rolle gespielt

hat, die dem heutigen Herrn Reichskanzler und seiner Umgebung im preußischen Herrenhaus gewiß nicht gefallen wird. Wir werden ihm dann erzählen, wie der badische Adel in der 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts hier an dieser Stelle für Volksrechte gegen die Junker Gewalt gekämpft hat, wie mit Hilfe der Herren v. Rottet und anderer hier im badischen Volkshause die Macht des badischen Herrenhauses gebrochen worden ist und daß wir in erster Reihe diesen erlauchten Vorkämpfern des Adels unsere jetzige freie Stellung, sowohl in diesem Hause, als auch außerhalb desselben zu verdanken haben. Das mag genügen.

Und noch eine weitere Berichtigung! Herr Kollege Fehrenbach berührte auch die Frage, wie die Präsidentschaft dieses Hauses zusammen gekommen ist. So weit von dem zweiten Vizepräsidenten sprach, muß ich ihm erklären, daß er auch da falsch berichtet ist bezüglich der Vereinbarung zwischen den Parteien rechts von mir und meiner Fraktion zur Besetzung der zweiten Vizepräsidentenstelle. Es ist nicht richtig, Herr Kollege Fehrenbach, daß erklärt wurde, wir übernehmen keine in unserer Geschäftsordnung vorgeschriebene Verpflichtung, wir lehnten es rundweg ab, den Gesetzen, unter die wir uns als Mitglieder dieser Kammer zu stellen haben, Folge zu leisten. Was wir zu erklären hatten, war, daß es bisher nicht Sitte gewesen ist, ein Mitglied dieses Hauses zu fragen, ob es die Verfassung des Hauses befolge. Und wenn das Zentrum mit dieser Sitte brechen will, um zum erstenmale dieser Tradition ins Gesicht zu schlagen mit der Anfrage: Sind Sie denn auch bereit, das zu tun, was die Verfassung vorschreibt, so können wir antworten: Wir werden uns in taktvoller Weise mit den Bestimmungen abzufinden haben. Höfliche Verpflichtungen, höflichen Unfuss kennen wir nicht. Wir würden uns dabei ganz ungeschickt benehmen, wenn wir plötzlich in eine Atmosphäre so rohen Lichtes versetzt würden, in der wir noch nicht geatmet haben. Wir und auch diejenigen, denen wir diesen höflichen Kult widmen sollen, würden vielleicht in die größte Verlegenheit kommen, und es könnte vielleicht dort gesagt werden: Bringen Sie diese Herren nicht mehr herein, oder bringen Sie sie nur, wenn wir sie einladen. Was die Bestimmungen unserer parlamentarischen Geschäftsordnung uns auferlegen, sind ja sehr einfache Dinge: Ein einziger Paragraph spricht davon. Wenn dieses Hohe Haus den Wunsch hat, eine Deputation ins Schloß zu schicken, dann haben die Präsidenten bzw. ein Teil der Mitglieder des Hauses diesem Wunsch zu entsprechen. Nun steht aber ganz genau in dieser einzigen Bestimmung: Wenn dort im Schloße der Wunsch ausgesprochen wird. Wie aber, Herr Kollege Fehrenbach, wenn nun dort der Wunsch lautet: Jawohl, fünf, sechs sind mir willkommen; auf d e n e i n e n möchte ich gern verzichten? Herr Kollege Fehrenbach! Was würden Sie in der Pose dieses Einen dan tun? Würden Sie sagen: Ich bestehe wie Schloch auf meinem Schein; ich gehe zu leid mit? Oder würden Sie nicht es für höflicher, für taktvoller und für anständiger finden, zu verzichten?

Diese Satzungen sind nun bald 100 Jahre alt, in einer Zeit geschaffen, wo man nicht ahnte, welche Folgen ihre strikte Befolgung im Anfang des 20. Jahrhunderts haben könnte. Ich bin der letzte, der behaupten will, daß ein Sozialdemokrat und ein Fürst, daß ein badischer Sozialdemokrat und der Großherzog von Baden sich nicht mit einander unterhalten können in einer für das Volk wichtigen und heilsamen Angelegenheit. Gaben wir es doch gesehen, daß der Großherzog von Hessen eines Tages das Bedürfnis empfand, den Führer der hessischen Sozialdemokratie einmal zum Plauderstündchen über die Sozialdemokratie beizuholen; er hat den Abg. Ulrich eingeladen, hat sich mit ihm unterhalten, sehr viel über so-

zialdemokratische Grundsätze gelernt. Ich nehme an, er hat Dinge gehört, die ihm bisher verborgen waren, er kennt nun unser Programm, das ihm vielleicht ein Buch mit sieben Siegeln war, und gemeint, so schlimm sind denn doch die Sozialdemokraten nicht, wie sie mir die Zentrumspresse schilderte. Und trotz dieser Unterredung steht die Welt noch! Nun, wenn ich aus meinem Herzen keine Mördergrube machen will, so darf ich Ihnen nicht verschweigen, daß es sogar im badischen Lande schon vorgekommen ist, daß die Frau Großherzogin sich in ganz höflicher, taktvoller Weise mit der Frau des jetzigen Fraktionschefs der sozialdemokratischen Partei unterhalten hat (Hört, hört!), und daß die Einladung so gewesen ist, daß die Frau Großherzogin meine Frau extra aufgesucht hat, um einmal ein sozialdemokratisches Weib kennen zu lernen (Große Heiterkeit), und mit ihr zu konferieren. Diese Konferenz, die ungefähr eine halbe Stunde währte, ist, wie die Frau Großherzogin ~~ich~~ ausgedrückt hat, zu ihrer vollsten Zufriedenheit ausgefallen.

Sie sehen, wir haben keinen Anlaß, uns gegen hohen Besuch zu sträuben, es kommt nur darauf an, auf welche Weise die Gegenseitigkeit gewährleistet wird. Das zu Ihrem Trost — zum Zentrum — Schlafen Sie nunmehr etwas ruhiger! (Heiterkeit.)

Wenn der Herr Kollege Fehrenbach gemeint hat, der zweite Vizepräsident machte eine ganz vorzügliche Figur da droben, so kommt es uns nicht auf die Figur an, es kommt darauf an, ob er den Willen hat, sein Amt parlamentarisch gut auszuführen. Mit diesem Willen bin ich heraufgegangen, ich vermag mir dadurch nichts in meinen Prinzipien. Wir sind nicht als Schaustück der sozialdemokratischen Partei hierhergekommen, sondern um an der schweren Arbeit mitzuhelfen, die uns die Volkskammer bietet, und die wir im Namen des badischen Volkes hier zu vollbringen haben.

Nun komme ich dazu, die Ausführungen des Herrn Fehrenbach zu besprechen und knüpfe noch einmal daran an, daß man von Norden her die Sitten und parlamentarischen Gebräuche innerhalb dieses Hauses und die wahl-taktischen Prinzipien kritisieren will. Zuerst der Herr von Kardorff, der in Reichstage unruhig wurde über die Einführung des direkten Wahlrechts in Baden und der Seinesgleichen mobil machen wollte gegen den Süden, sogar eine neue Mainlinie aufzurichten wollte, weil im Süden Deutschlands der demokratische Fortschritt wahrnehmbar würde. In das gleiche Horn hat sein Parteigenosse Freiherr von Zedlitz geblasen, der in einer Septembernummer des „Tag“ lebhaft Klagen im gleichen Sinne wiedergegeben hat, nämlich in dem Sinne, daß die süddeutschen Parlamente immer demokratischer und arbeiterfreundlicher werden; auch er hat gewünscht, daß jetzt eine Mainlinie gezogen werde, damit der edle Norden nicht vom radikalen Süden infiziert werde. Ich hätte deshalb gewünscht, daß unser Herr Minister des Innern bei Behandlung der Bülowischen Kundgebung auch diese Kardorffschen und von Zedlitzschen Angriffe auf unser badisches Land vorgebracht und diesen gemeinschaftlichen Vorstoß gegen unsere süddeutsche, speziell badische Verfassungsentwicklung in einer schärferen Tonart zurückgewiesen hätte.

Warum nur wird die Sozialdemokratie als nicht gleichberechtigter Faktor anerkannt, warum dieser Kampf gegen uns, wenn wir bei Wahlen mit der einen oder anderen Richtung zusammengehen? Herr Kollege Fehrenbach hat gemeint: dieses Wahlbündnis mit dem Block unterseide sich von dem Wahlbündnis der Sozialdemokratie und des Zentrums in Bayern dadurch, daß letzteres zu einem ganz bestimmt abgegrenzten Zweck (wohl des allgemeinen Wahlrechts) eingegangen wurde, während es sich hier lediglich um eine parteipolitische, um eine parteitaktische

Stellung gehandelt habe. Das ist nicht richtig. Es ist bereits von dieser Seite erörtert worden, daß das Zusammengehen der sozialdemokratischen Partei mit dem Block in derselben Weise eine grundsätzliche Handlung war, wie damals das minder offene oder vielleicht versteckte Zusammengehen des Zentrums mit der Sozialdemokratie zwecks Beförderung des direkten Wahlrechts. Das sollten Sie nicht leugnen, daß, wenn auch keine ziviliter abgeschlossene Ehe damals zwischen beiden Parteien bestanden hat, doch draußen im Volke wie in der Kammer zusammengegangen wurde, um diese Seite des Hauses zu nötigen und zu drängen, endlich einmal dem badiſchen Volke das direkte Wahlrecht zu geben. Ich werde gewiß nicht aus der Schule plaudern (Heiterkeit) und werde nicht Einzelheiten bringen. Herr Kollege Fehrenbach, da bin ich sehr verschwiegen und verschlossen. (Zuruf: „Sie dürfen alles sagen!“ Heiterkeit). Aber das Eine sage ich Ihnen doch: Das Verhältnis, das früher zwischen Sozialdemokratie und Zentrum bestanden hat, war nicht derart, daß man so von der Hand in den Mund gelebt hat, sondern es waren von Zeit zu Zeit Voraussetzungen zu bestimmten rechnerischen Abmachungen da, und die Berechnung ist nicht in der Luft gelegen, sondern sie ist, wenn auch nicht schwarz auf weiß, daß man sie getrost nach Hause tragen konnte, so doch in mündlicher Vereinbarung geschehen. So viel aus meiner Erfahrung. Ich bin jetzt 25 Jahre oder noch mehr im politischen Leben tätig, und Sie dürfen es mir zutrauen, daß das, was früher geschehen ist, von mir so beurteilt wird, als es ernst gemeint war, sowohl haben wie drüben.

Nun hat der Herr Kollege Fehrenbach uns den Vorwurf gemacht, wir seien zusammen gegangen mit denjenigen, welche die tollsten Feinde der Sozialdemokratie waren. Mit Recht hat er vorgezaubert die Zeiten des Sozialistengesetzes mit allen ihren schlimmen Folgen, in ihrer volkswohlerstörenden Tendenz. Dabei dürfte der Herr Kollege Fehrenbach aber wohl an die eigene Zentrumsabkrust klopfen und sagen: Wenn wir das Sozialistengesetz auch nicht gemacht haben, mitgemacht haben, — das Zentrum wußte es, warum nicht, denn das Zentrum ist denn doch so klug, daß es seine Arbeiterwählermassen, seine Kinder nicht mit dem Sozialistengesetz betlehemitisch morden ließ — so haben wir doch, als wir gesehen haben, daß die Wirkungen des Sozialistengesetzes nach und nach gegen die Sozialdemokratie gerichtet waren und die Zentrumsarbeiter nach und nach ausgeschieden werden konnten, auf einmal ein Wohlgefallen daran empfunden und immer die genügende Zahl derjenigen gestellt, die noch gefehlt haben, um die Verlängerung des Sozialistengesetzes durchzuführen.

Komme man mir nicht mit Freiheitsideen und sage: Wir sind diejenigen, welche die Freiheitsrechte des Volkes hochgehalten haben gegenüber denen da drüben! Mitgegangen seid Ihr und mitgegangen seid Ihr, in bildlichem Sinne selbstverständlich nur (Heiterkeit). Wenn Sie uns jetzt vorwerfen, daß wir mit unseren Herrnern ein leidliches Wahlabkommen getroffen haben, so verweise ich Sie darauf, daß wir angenommen haben, der Saulus Nationalliberalismus sei jetzt zu einem Paulus geworden (Heiterkeit); wir werden die apostolische Mission dieses Paulus in den nächsten Zeiten näher zu prüfen haben (Große Heiterkeit). Die Versicherung dürfen Sie mitnehmen: wenn der Paulus auf dem Wege nach Damaskus seine Schuppen von den Augen nicht ganz verloren haben sollte, so werden wir in der Betätigung liberaler Forderungen, unserer allgemeinen Weltanschauung, uns bemühen, nach der Richtung hin operierend einzugreifen (Heiterkeit). Können wir mit der Besserung bis zu den nächsten Wahlen nicht zufrieden sein und sehen wir, daß

Sie (nach dem Zentrum hin) wieder in der umgekehrten Richtung sich bewegen, wer weiß, wie es dann kommen mag. Wir haben, das füge ich noch hinzu, bei dem wahltaktischen Zusammengehen nichts verloren, wir haben uns stets so zu verhalten verstanden, daß auf unsere Unkosten das Zusammengehen nicht stattfindet.

Ich beschränke mich aber noch einmal darauf, zu sagen, daß, so wie wir hier versammelt sind an Zahl und vermöge unserer Stellung im Leben, wir das Recht haben, auf die Grund- und Urwahlergebnisse uns zu berufen. Und vor allen Dingen ist eine Zahl von Deuten in unsere Fraktion und damit in die Kammer gekommen, die dem Arbeiterstand angehört, die mitten aus ihrer Berufstätigkeit als Arbeiter heraustritt. Auch Sie sollten es begrüßen, daß das Haus eine wohlfördernde, die gemeinsamen Beratungen belebende Kraft des Proletariats erhalten hat. Sie vom Zentrum haben uns ja auch einen Arbeiter gebracht. (Zuruf: Und zwar einen echten.) Im Verhältnis zu der Zahl der nichtechten Arbeiter, um den Ausdruck des Herrn Kollegen Zehnter zu gebrauchen, in Ihrer Fraktion ist denn doch der eine zu wenig. Das kommt einem vor, als sei er nur ein Muster. Ich hätte nichts dagegen, wenn die Arbeiter im Weinberge des Herrn in geringerer Zahl, die Arbeiter aus den Fabriken um so zahlreicher erschienen wären (Heiterkeit). Sie haben Gelegenheit, bei der nächsten Wahl damit zu beginnen; Sie werden im Sinne unseres allverehrten toten Kollegen Vaud handeln, wenn Sie in diesem sicheren Wahlkreis noch einen echten Arbeiter aufstellen möchten.

Man hat dann die Sozialdemokratie hinzustellen gesucht als eine Partei, die ja durch ihre Grundsätze den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Ordnung herbeiführen will. Der Herr Minister des Innern ist so weit gegangen, den Herren vom Zentrum zuzurufen: Wenn Ihr Politik auf der Kanzel treiben lassen wollt, gut denn; eine Sorte Politik ist Euch erlaubt, betet für die Erhaltung der staatlichen Ordnung, betet für die Monarchie, betet, daß der Umsturz der bestehenden Ordnung nicht stattfindet. — Darauf hat Kollege Fehrenbach mit Recht erwidert, dieses Gebet wäre ein sehr verkürztes und wirkungsloses, der Pfarrer soll auch für anderes beten, den Herrgott um andere Sachen anfehen. Der Kollege hätte es nur besser ausführen und sagen sollen, daß die gesellschaftliche Ordnung darauf beruht, daß die wichtigste Schicht der Gesellschaft im Staat eine Existenz führt und ein Leben führt, das man menschenwürdiger durch's Gebet nicht gestalten kann. Der Kollege Fehrenbach hat zitternd von einer Pyramide des Staates gesprochen, welche ein gesundes und vernünftiges und steinigeres Fundament haben sollte. Diese Pyramide sollte fundiert sein auf dem allgemeinen Recht der großen Masse, auf der Gleichheit vor dem Gesetz, auf der Wohlfahrt der sozialen Einrichtung für die Gesamtheit, und unsere Auffassung geht eben dahin, daß diese Grundlagen nicht vorhanden sind. Die Wahrnehmung, die wir täglich zu machen haben, lehrt uns, daß diese Fundamente mit der gesellschaftlichen Entwicklung von Tag zu Tag sich verändern.

Ueber die Art, wie dies geschehen muß, und wie weit dieses Proletariat berechtigt ist, Existenzansprüche an die heutige Gesellschaft zu stellen, darüber gehen eben unsere Meinungen auseinander. Sie (zum Zentrum und den Liberalen gewendet) denken anders und urteilen anders darüber, weil Sie eben genötigt sind, Ihr Urteil von Ihrem gesellschaftlichen Klassenstandpunkt aus zu mobilisieren. Aber dagegen müssen wir uns denn doch verwahren, daß wir wegen unserer Grundsätze eine zu verzehrende Partei sind, — daß man da hingehet und von den Kanzeln betet, damit diese Gesellschaft gewissermaßen aus der Welt hinweggefegt werde. — Sind doch kom-

munistische Grundsätze und Lehren schon dagewesen zu der Zeit, als das Christentum in die Öffentlichkeit getreten ist. Die Grundsätze des Sozialismus, die Grundsätze des Kommunismus waren die Lehren des Christentums von Anfang an. Für diese Lehren haben die ersten Christen und die Apostel des Urchristentums gekämpft. Diese Grundsätze sind niedergebrückt worden in der weiteren Entwicklung; in dem Maße, als das Christentum der staatlichen Macht gewichen ist, als das Christentum sich schließlich dem Staatswillen unterordnete und mit der Staatsmacht zusammenging, verschwand die christliche Propaganda.

Das Urchristentum wurde von seinen Befennern aufgefaßt als eine Erlösung von dem materiellen Elend, von sozialer Ungleichheit und von sozialer Ungerechtigkeit, wie sie insbesondere im römischen Reiche herrschten. Der Sozialismus unserer Zeit beruht wesentlich auf denselben Grundlagen, nur einem modernen Staate gegenüber, einer modernen Gesellschaft gegenüber, deren Unhaltbarkeit für die große Masse des Volkes darin besteht, daß die kapitalistische Entwicklung der Gesellschaft zu einem wirtschaftlichen, rechtlichen und moralischen Nachteil für große Bevölkerungsklassen geworden ist. Das Eigentumsmotiv, das eine Rolle im sozialen Leben der Gegenwart und in unserem Programm spielt, finden Sie ja ganz vorzüglich ausgedrückt bei Ihren Kirchenlehrern. Ich will den heiligen Basilus, der im vierten Jahrhundert lebte, reden lassen: „Wie wollt Ihr Euch vor dem ewigen Richter verantworten? Ihr erwidert uns: wie, habe ich Unrecht, daß ich nur für mich behalte, was mir gehört? Ich aber — (Basilus) — frage Euch: was nennt Ihr Euer Eigentum? von wem habt Ihr es erhalten? wodurch werden die Reichen reich als durch Besitznahme von Dingen, die Allen gehören? Wenn Jeder für sich nicht mehr nähme, als er zu seiner Erhaltung braucht und den Rest den Andern ließe, dann gäbe es weder Reiche noch Arme.“ Der Heilige hatte also die Auffassung, daß es möglich ist, einen Staat, eine Gesellschaft herbeizuführen, worin es weder Reiche noch Arme gibt.

Zwei Jahrhunderte später sprach ein anderer Gottesstreiter, Gregor der Große: „Es genügt nicht, daß man Andern ihr Eigentum nicht nimmt, man ist nicht schullos, solange man Güter sich vorbehält, die Gott für Alle geschaffen hat. Wer den Andern nicht gibt, was er hat, ist ein Totschläger und ein Mörder: denn, da er für sich behält, was zur Erhaltung der Armen gebient hätte, kann man sagen, daß er Tag aus Tag ein so viele erschlägt, als von seinem Ueberfluß leben konnten.“ Das ist die Sprache der Jünger Jesu in den ersten Jahrhunderten der christlichen Lehrtätigkeit.

Ich habe nun gesagt: Im Strome der gesellschaftlichen Entwicklung ist das Christentum von diesen Grundsätzen umgekehrt und ein anderes geworden. Ich möchte nicht erinnern an die schrecklichen Zeiten der Regerverfolgung. Lesen Sie die Verhandlungen des Reichstages, die in der vorigen Woche stattfanden, als der Toleranzantrag des Zentrums zur Beratung kam.

Herr Kollege Fehrenbach hat gestern auf den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hofmann angespielt, den er den zehn Gebote-Hofmann nannte. Er hat ihn als einen derjenigen bezeichnet, die gegen Glaubensfanatismus — Christentum meintwegen! oder wie sie es nennen wollen — am meisten eiferte, und ihn im Anschluß an Leute anderer politischer Gesinnung als einen der entschiedensten Gegner des positiven Christentums bezeichnet. Der Herr Kollege Fehrenbach hat damit indirekt zugegeben, daß in der Sozialdemokratie Leute verschiedener Auffassung sind; indem er den Kollegen Hofmann als

den „linken Flügelmann“ bezeichnet hat, so wird er damit doch zugeben wollen, daß in der sozialdemokratischen Partei auch andere Auffassungen bestehen können. (Zuruf des Abg. Fehrenbach: Ich habe nicht über positives Christentum gesprochen, sondern nur über die Art des Kampfes!) Ueber die Art des Kampfes also! Diese Verhandlung des Reichstages zeigt, wie Katholizismus und Protestantismus in heftigster Fehde aufeinander gestoßen sind, wie auf der einen Seite die Zentrumsredner, insbesondere der Abg. Diefel, auf der andern Seite der berufenste Verteidiger des Protestantismus, der ehemalige Hofprediger Stöcker, gegeneinander hieben. Was herauskam bei diesen gewaltigen Anflagen wider das Christentum, bestätigt nicht, daß es die Trägerin der staatlichen, der gesellschaftlichen Moral sein kann, und das Heil der Menschheit lediglich auf christlichem Boden zu suchen ist.

Sie können über die Sozialdemokratie denken, wie Sie wollen, mögen Sie uns als Nichtchristen, als Heiden ansehen, wir würden uns auch in der heidnischen Gesellschaft vor der Welt sehen lassen können. Das Heidentum hat doch auch eine klassische Kultur aufzuweisen. Wozu sind wir in der Schule gelehrt worden, die Kulturperiode der Römer und Griechen zu bewundern? War denn das christliche Weltanschauung, war denn das christliche Moral? Wir erfahren, daß Tausende von Jahren vor dem christlichen Zeitalter ganze Reiche und Länder und mächtige Staaten existierten, in Amerika, in Asien, die auf Grund heidnischen Bekenntnisses, heidnischer Weltanschauung und Götterlehre eine Kulturhöhe erreichten, deren Spuren wir heute mit der Schaufel und mit dem Spaten nachgraben, um neue Beweisobjekte aus der Erde herauszubringen. Wozu also die Kanzel betreten und beten, damit diese Weltanschauung und ihre Vertreter durch den Gott der Christenheit vernichtet werden, während Jehova und Apollon diesen Ketzern hold sind?

Gegen den Umsturz der bestehenden Ordnung, wie der Herr Minister sagt, gegen den soll sich das Gebet richten, obgleich jeder neue Tag an dieser Ordnung ein Steinchen herausbröckelt. Ich habe schon vorhin darauf hingewiesen. Nicht nur unsere badische Verfassung selbst, Throne sind dieser neuen Ordnung gewichen, Throne Deutschlands und anderer Länder gestürzt worden, Monarchien sind nicht mehr vorhanden, die im vorigen Jahrhundert noch von Gottes Gnaden existierten. Sind es denn die Sozialdemokraten, die diese Monarchien depossidiert haben, oder war es nicht der von Ihnen allen hochgepriesene Fürst Bismarck, der, speziell in Deutschland, den Umsturz besorgte? War es nicht die bürgerliche Gesellschaft, die Bourgeoisie von heute, welche europäische Throne eliminiert und die republikanische Staatsform eingeführt hat? Wäre es eine Verfündigung am heiligen Geiste der deutschen Monarchie, wenn heute einer in seinem Herzen den Wunsch trübe oder öffentlich äußerte, daß es für unser deutsches Volk besser wäre, die Einheitlichkeit Deutschlands auch durch nur einen einzigen Herrscheritz, dargestellt zu sehen? (Zuruf: Sehr gut!) Glauben Sie denn, daß diese Zeit nicht kommen wird, die Entwicklung nicht dahin drängt, schon aus ökonomischen Gründen? Reiche vergehen, Reiche entstehen, Throne wanken, alte Formen sind nicht mehr haltbar, es muß sich alles wenden.

Derselbe Gott, zu dem Sie alle beten, daß er eine bestehende Ordnung konseviert, derselbe Gott regiert und waltet nach Ihrem Sinn über die Welt, und sorgt dafür, daß das Alte stürzt und neues Leben aus den Ruinen blüht. Muß man da immer an die Gewalt an die Rohheit, an das Aufeinanderplagen im unsittlichen und unmoralischen Sinne denken? Gibt es nicht Ideale genug nach dieser Richtung, die man verfolgen kann, und derent-

wegen man, wie ich noch einmal sage, nicht angeklagt werden kann, ein unfittlicher und unmoralischer Mensch zu sein, Ideale, um dementwegen eine Partei, wenn sie solche verfolgt, nicht ausgeschlossen werden darf aus der staatlichen Gemeinschaft, aus der Gleichberechtigung der Bürger?

Es liegt nicht zu ferne die Zeit, wo auch das Zentrum angeklagt war, öffentlich im badischen Lande den Umsturz der bestehenden Staatsordnung herbeigeführt zu haben. Unter unserer heutigen Priesterschaft, die beten soll gegen den Umsturz, werden wohl noch alte graue Häupter sein, die sich der Zeiten erinnern, da der katholische Klerikale Umsturz vom badischen Lande weggebetet werden sollte. (Zuruf: Oho!)

Ich meine, die 50er Jahre, insbesondere das Jahr 1854. Baden hatte damals einen Kriegsminister, den Herrn Damian Ludwig, der genötigt war, gegen das Zentrum und die Klerisei zu Felde zu ziehen. Oberstleutnant Weber mit dem 2. Bataillon des 3. Infanterieregiments ließ er nach dem Odenwald abziehen, die 1. Schwadron des 3. Reiterregiments von Karlsruhe unter Rittmeister v. Freidorf dazu, um gegen die katholischen Pfarrer und ihre Rebellen Krieg zu führen. Etliche Pfarrer sind eingesperrt und verurteilt worden. Ich nenne den Pfarrer Kumbach von Horzheim, der vier Wochen Gefängnis erhielt wegen Rebellion, ich nenne Pfarrer Scherer von Breitingen bei Waldbrunn. Und wie hat der Wortlaut geheißen, als man gegen den Erzbischof Hermann v. Bifari vorging? „Weil er der bestehenden Staatsordnung in Baden einen Widerstand entgegensetzte.“ (Zuruf: Sehr gut!)

Nun kommen Sie und sagen: Diese Zeiten sind herum, der Umsturz ist vorüber; aber diejenigen, die damals des Umsturzes angeklagt waren, auf die wollen wir uns nun stützen, deren Gebet soll uns davor bewahren, daß ein anderer Umsturz an die Stelle tritt. Schauen wir jetzt hinüber nach Frankreich in die Pariser Kirchen, wo Barrikaden gebaut worden sind. Die Sozialdemokratie hat nicht das Geringste damit zu tun, sie war nicht einmal bei der stark rettenden Feuerwehr beschäftigt.

Ein Zentrumsblatt, das in Aachen erscheinende „Echo der Gegenwart“, hat folgende Ansicht über die revolutionären Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie gegeben: Das Blatt schreibt: „Es ist eine naive, vollkommen unhistorische Auffassung, daß die Revolutionen von einigen Hölzwicklern und Volksverführern gemacht werden und zu verhindern seien, wenn die Regierung nur die notwendige Stärke zeige, das heißt alle Umsturzbestrebungen gewaltfam niederdrücke. Die Revolutionen können im geschichtlich gewachsenen Staatswesen nur entstehen und Erfolg haben: wenn Mißstände vorhanden sind, durch die die Masse des Volkes sich beschwert fühlt. In solchen Fällen werden sie auch immer Erfolg haben, wenn nicht heute, dann morgen. Abgewandt können sie nicht werden durch Gewalt, sondern nur durch Reformen.“ Und dieses Blatt führt dann weiter aus: „Man klage noch so sehr über die Ausbreitung der Sozialdemokratie. Wenn man nicht andere Wege einschlägt, würden noch alle Arbeiter zu Sozialdemokraten.“

Das ist die Ansicht eines Zentrumsblattes. Ich möchte wünschen, daß der Herr Kollege Fehrenbach diese Ansicht unterschreibe. (Abg. Fehrenbach: In vielen Punkten!) In vielen Punkten! Sehen Sie, Herr Kollege Fehrenbach, das freut mich, und es hätte mich gestern schon gefreut, wenn Sie z. B. auch erklärt hätten, daß Sie das von Ihrer Partei veröffentlichte Flugblatt „Waldmichel“ nicht verstoßen hätten. Den Eindruck haben wir denn doch gewonnen, dem Vater des „Waldmichel“, der in unserer Mitte weilt, sei dadurch ein Unrecht geschehen,

daß er ganz verlassen von Ihnen dagestanden hat. (Seiterkeit.)

Man hat Herrn Dr. Schofer zu sehr isoliert, und das bischen, was zu seinen Gunsten noch gesprochen worden ist, klang mehr als eine Entschuldigung deswegen, daß Sie ihn haben müssen, als wie ein Dank dafür, daß er Ihnen so vorzügliche Dienste geleistet hat. Wenn der Herr Kollege Wader noch die Ehre hätte, in dem hohen Hause anwesend zu sein — vielleicht bringen Sie ihn aber noch herein —, so glaube ich, hätte er einen ritterlichen Standpunkt eingenommen; er hätte, so wie er mit der Feder ihm zur Seite stand, seinen Feldmarschall nicht so auf den Isolierchemel gestellt. „Was er geschrieben hat, bleibt geschrieben, und was er geschrieben hat, hat er im Interesse unserer heiligen Zentrumsfrage geschrieben, und was er geschrieben hat, vertreten wir“, so würde Wader gesagt haben. In allen Zentrumsblättern las man vor der Wahl: Jetzt kommt etwas Außerordentliches, jetzt kommt etwas ganz Besonderes, das müßt Ihr halten, das muß bis in die letzte Bauernstube verbreitet werden. Wenn man den Messias so empfiehlt, wenn der Johannes der Zentrumspresse ihm so vorangeht und sagt, dem, der da kommt, bin ich nicht wert, die Schuhriemen aufzulösen, dann sollte man ihn nicht hintendrin verraten. (Lebhafte Heiterkeit.)

Meine Herren, ich muß es mir versagen, Weiteres vorzubringen, weil in der Tat die Zeit, die ich mir gesteckt habe, vorüber ist, und weil ich die physische Kraft nicht habe, so lange zu sprechen. Ich muß deshalb auf einen späteren Tag verschieben, was ich noch auf dem Herzen hatte, und namentlich das, was sich auf unsere Stellung als Oscillationskörper (Seiterkeit) zwischen den beiden Seiten des Hauses bezieht, ein andermal sagen. Es ist unsere Gepflogenheit, bei der allgemeinen Finanzdebatte das vorzubringen, was wir im Namen der Arbeiterchaft in politischer Beziehung zu monieren haben, und das richtet sich ja, wie der Herr Minister des Innern aus Erfahrung weiß, an sein Ressort. Das sind die Vorkommnisse, die wir als eine Einschränkung des Rechtes der Arbeiterchaft zu betrachten haben, das sind Eingriffe auf die Gebiete der inneren Verwaltung, und wir wollen damit den Beweis erbringen, daß die Arbeiterchaft, die sozialdemokratische insbesondere, immer noch nicht das gleiche Recht genießt, wie sie es beanspruchen kann, daß immer noch Rudimente der sozialistengefeindlichen Zeit obwalten, und noch in manchen Köpfen der Beamten der Gedanke spuckt, als wären noch die seligen Tage des Sozialistengesetzes vorhanden. Ich erinnere, meine Herren, daran, wie die Versammlungs- und Bewegungsfreiheit seit der letzten Tagung der Kammer kompromittiert worden ist, und möchte vor allen Dingen an den Fall erinnern, als der französische Parlamentarier Laurès die Absicht hatte, in Berlin eine Rede zu halten, die bezwecken sollte, die Arbeiterchaft Deutschlands und Frankreichs zu vereinigen zu einer Friedensliga, um es unmöglich zu machen, daß zwischen den beiden Nationen, die vermöge ihrer Intelligenz, ihrer Fortschritte zusammengehören, von Volkswegen eine Verbrüderung herbeigeführt werde. Im Reichstage vom 7. Dezember sagte der Abg. Bebel, indem er darauf hinwies, wie ungeheuer die Reichsregierung oder die preussische Regierung sich gegen Laurès verhalten habe:

„Natürlich mußte man, nachdem man sich in Berlin blamiert hatte, sich auch in Karlsruhe blamieren. Der Zufall wollte es — ich sage ausdrücklich der Zufall; denn jene Versammlung war schon Monate vorher, ehe die Berliner Versammlung einberufen wurde, in Konstanz auf den 9. Juli anberaumt, also auf denselben Tag, wie die Versammlung hier in Berlin geplant war. Diese

Konstanzer Versammlung sollte eine internationale Arbeiterverbrüderung darstellen. Es waren deshalb außer meiner Wenigkeit als deutschem Vertreter mein Freund und Parteigenosse Grenlich aus Zürich, ferner mein Freund und Parteigenosse Dr. Adler aus Wien für Oesterreich und mein Parteigenosse Todechini aus Rom als Vertreter der italienischen Arbeiter, welche bekanntlich in Süddeutschland und der Schweiz ganz besonders stark vertreten sind, als Redner in Aussicht genommen. Ich war gleich darauf gefaßt, als ich die Depesche erhielt, daß Jaurès verboten sei, in Berlin zu sprechen, daß es auch in Konstanz genau so kommen werde, obgleich schon früher in jener Gegend Versammlungen gewesen waren, in welchen die verschiedensten ausländischen Redner zu ähnlichen Gelegenheiten geredet hatten, ohne daß das badische Ministerium sich darum kümmerte; aber jetzt, wo in Berlin Jaurès das Reden verboten war, mußte auch dort selbstverständlich alles aufgegeben werden, um vom Deutschen Reich die drohende Gefahr abzuwenden, die entstehen würde, wenn die genannten drei ausländischen Redner in einer Versammlung in Konstanz aufgetreten wären. Ich wünschte, ein Teil von Ihnen hätte bei jener Zusammenkunft sein können und hätte die Urteile gehört, die an jenem Tage, als bekannt wurde, daß das badische Ministerium den drei genannten ausländischen Parteigenossen das Redenhalten verbot, über Deutschland und die deutsche Politik gefallen sind."

So der Abg. Veibel, und Sie wissen ja, wie diese Konstanzer Angelegenheit im Lande beurteilt worden ist, daß man im allgemeinen der Ansicht war, das Verbot dieser Versammlung sei von Berlin aus dirigiert worden, und in die Befugnis des badischen Ministers hätte eben die preußische Gewalt wieder einmal hemmend eingegriffen, um in Baden entgegen der freiheitlichen Bestimmungen unseres Vereins- und Versammlungsrechtes hier etwas zu verhindern, das sich in früheren Stadien wiederholt abgespielt hat, und das einen eminenten Beitrag zur Versöhnlichkeit und zum gegenseitigen Zusammenwirken benachbarter Staaten, zur Förderung des Friedens und zur Verhütung des Krieges bilden sollte. Wir werden hoffentlich von dem Herrn Minister einigen Aufschluß darüber erhalten, was zwischen Karlsruhe und Berlin geschehen ist. Vielleicht gewährt der Herr Minister uns einen Einblick in die gewechselten Noten zur Beurteilung, inwieweit die badische Regierung und das badische Land sich selbständig mit der Sache befaßt hat, oder wie weit es am Gängelband des preußischen Polizeistaates gegangen ist.

Sobann die merkwürdige Geschichte vom 21. Januar 1906, dem sog. roten Sonntag, der auch im badischen Lande bezüglich der Vorbereitungen der Polizei und des Militärs das größte Aufsehen erregt hat. Wir wissen, der 21. Januar war von der sozialdemokratischen Partei dazu ausgerufen, eine allgemeine Kundgebung zugunsten der Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen und anderen deutschen Bundesstaaten und zu gleicher Zeit Betrachtungen darüber zu machen, wie ein großes, mächtiges Volk, das bisher unter der Unkultur und Barberei stand, nämlich das russische Volk, mit einem revolutionären Anprall dazu geschritten ist, ihm Jahrhunderte lang vorenthaltene Rechte auf diesem einzigen noch möglichen Wege zu erobern. Vor allen Dingen aber war dieser Sonntag dafür bestimmt, in Deutschland, in den deutschen Bundesstaaten die Kundgebung für die Einführung eines Wahlrechts zu machen, auf Grund dessen wir hier in Baden heute versammelt sind, um das man in Bayern kämpft, das man in Württemberg erstrebt. Wir wollten sagen, daß auch dem Hegemoniebundesstaate Preußen dieses direkte und gleiche Wahlrecht nicht vorenthalten werden dürfe, und besonders auch sollte der moralische

Druck der Bewohner der anderen Bundesstaaten nach Sachsen hin einen Einfluß ausüben, daß auch das sächsische Volk endlich einmal diese Wahlrechtsfreiheit bescheert bekäme.

Und was erleben wir bei einer derartig ordnungsliebenden, möchte ich sagen, gefehmähig inszenierten Kundgebung? Wir erleben es, daß selbst im Musterlande des Liberalismus, in Baden, das Militär aufgeboten, in den Kasernen bereit gehalten wird mit scharfen Patronen in den Taschen. Wir erleben es, daß, während sonst überall im Lande, das gebe ich zu, die Redefreiheit gewährt worden ist, in Heidelberg, in Mannheim insbesondere, das in der Tat eine strenge Polizeiherrschaft hat, diese Versammlungen verboten und aufgelöst wurden, und zwar wie ich annehme, ohne jeden gesetzlichen Grund. Darüber werden wir uns beim Etat des Ministeriums des Innern im Anschluß an die Spezialwünsche unserer Mannheimer noch einmal zu befassen haben. Aber ich richte hier, wohl auch im Namen eines großen Teils der Herren Kollegen dieses Hauses an die Großh. Regierung die Anfrage: in welchem Zusammenhang mit unserer Staatsregierung stehen die Anordnungen des Militärs, Truppen bereit zu halten von morgens bis abends, um auf einen gegebenen Wink loszugehen auf Volksmassen, die weiter nichts tun, als von ihrem gesetzlich gewährleisteten Recht Gebrauch zu machen? Sind zwischen den Militärbehörden und den Staatsbehörden in der Richtung Vereinbarungen getroffen worden? Und wenn sie getroffen worden sind, auf Grund welches verfassungsmäßigen und sittlichen Rechtes ist das geschehen?

Sind wir endlich so weit gekommen in Baden, daß wir die schießende Flinte und den hauernden Säbel befürchten müssen, wenn wir demonstrieren müssen gegen ein Wahlrecht in Preußen, das in seiner Art nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt das tollste und verächtlichste und unsinnigste Wahlrecht ist und von Bismarck derartig charakterisiert worden ist? Ein Wahlrecht, das, wie Sie wissen, in Preußen es ermöglicht, daß die Herren Minister in der dritten Klasse mit dem Proletarier wählen müssen, während die Herren Vorbellwirte gewürdigt sind, in der ersten Klasse ihre Stimmzettel abzugeben? Und dürfen wir in Baden uns nicht der Auffassung anschließen, die in Bayern ein königlicher Prinz kundgegeben hat? Ich meine den Prinzen Ludwig von Bayern, der sich gegen das preußische Protektorat über den demokratischen Süden mit einer Entschiedenheit verwahrt hat, die ja ihn in den Verdacht bringen könnte, sozialdemokratische Akturen zu haben und am Ende gar mit irgend einem bayerischen Sozialdemokraten einmal politisiert zu haben.

Unsere Demonstration hat nicht nur nach dieser Seite hin geglückt, sondern auch für das Land Baden, für die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in den Gemeinden. Von uns und anderen Parteien sind Anträge hier gestellt, dieses Dreiklassenwahlrecht in den Gemeinden abzuschaffen. Ich meine also, wir befinden uns hier auf konstitutionellem Boden mit unseren Forderungen und auch mit der Art, wie wir sie durchzuführen beabsichtigen: nämlich durch Aufklärung der Massen, durch Demonstrationen in Versammlungen, und, wenn es notwendig ist, auch durch Umzüge durch die Straßen. Wer will uns verbieten, einen Umzug zu halten, der in seiner geschlossenen, ruhigen und würdigen Art wirkungsvoll den Volkswillen bekundet? Freilich, die Regierung verbietet uns Umzüge; Prozessionen duldet sie; Prozessionen, die auch demonstrativer Art sind, werden sogar mehr und mehr zugelassen in der Residenz Karlsruhe, in Mannheim, wo die Katholiken in der Minderheit sind. Eine Prozession am Fronleichnamstag ist eine Demonstration für die Stärkung und das Wachstum des Katholizismus, eine Demon-

stration gegen den Protestantismus, (lebhafter Widerspruch,) gegen die Verabreichung des Abendmahls in beiden Gestalten. So ist sie zu stande gekommen, so fasse ich sie auf, ich lasse mich eines anderen belehren, jedenfalls aber wird sie so in protestantischen Kreisen aufgefaßt.

In Karlsruhe hat man anlässlich der Demonstrationsversammlung außer dem Militär ein ganz außerordentliches Aufgebot von Schützmannschaften gehabt, wie der „Volksfreund“ es dargestellt hat. Es sind in Bereitschaft gestellt worden, im markgräflichen Palais 26 Schutzeleute, im Bezirksamt 4, im Kolosseum 4, vor dem Kolosseum 2, zusammen 36 Schutzeleute. Vorgesetzte waren außer im Markgräflichen Palais im Kolosseum 1 Wachtmeister, ein Kommissar und ein Referendar, im Bezirksamt 1 Kommissar usw. Dazu kommt noch ein radfahrender Schutzmann in Zivil, der als Verbindungsmann hin und her zu fahren hatte, um die konsignierten Schutzeleute in der nötigen Stimmung zu halten, als ob es jederzeit losgehen könne. Und was weiter? Diese vielen Polizeibeamten mußten unrichtiger Sache nach Hause gehen. Keinem Menschen ist ein Haar gekrümmt worden. Die Versammlungen sind hier wie überall in aller Würde verlaufen, das große Polizeiaufgebot war unnötig. Nicht etwa unter der Anschuldigung, daß sie diese Mitteilungen in den „Volksfreund“ lanziert hätten, sondern dafür, daß die Schutzeleute sich beschwert hatten, daß sie um einen freien Sonntag gekommen sind (Zuruf: 36 Stunden Dienst), sind da und dort etliche noch bestraft worden. So in Konstanz ein Polizeidiener, weil er sich beklagte, daß er einen ganzen Tag nicht einmal zu seiner Verköstigung gekommen sei, und er in der Abendstunde matt und müde seinen Dienst nach 14 oder 16 Stunden Tätigkeit verlassen mußte.

Nun will ich Ihnen Beispiele geben über die Behandlung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in der Wahlagitation. Wir haben einen Antrag eingebracht, die Bestimmung der Einführung des Pressegesetzes für Baden zu ändern, wonach die Wahlflugblätter bei dem Bürgermeisteramt abgegeben werden müssen. Das führt zu den größten Mißlichkeiten, wenn die Leute mit dem Wahlflugblatt den Bürgermeister auffuchen sollen.

Doben im Bezirk Rheinfelden hat es sich ereignet, daß zwei Parteigenossen, Wilhelm Schweinlein und Franz Müller, beide Fabrikarbeiter, beim Austragen der Flugblätter ein böses Abenteuer erlebt haben. Sie haben die gesetzlichen Bedingungen erfüllt, sie haben die Bürgermeister aufgesucht und das Wahlflugblatt abgegeben, weil er nicht zu Hause war. Aber selbst, wenn sie sich verfehlt hätten, so lag keine Veranlassung vor, so vorzugehen, wie es wirklich geschehen ist: Eines Morgens werden beide Leute von einem Gendarm aufgesucht, dem sie zugestehen, in diesen Orten Flugblätter verbreitet zu haben. Sie werden verhaftet. (Zuruf: Hört, Hört!) Sie hatten ihre Namen angegeben, waren bekannte Vertrauensleute. Als Arrestanten mußten sie 17 Kilometer auf der Landstraße bis Säckingen vor dem Gendarm hermarschieren. Die Leute wollten die Eisenbahnfahrt bezahlen, der Gendarm aber verbot ihnen das. Als sie unterwegs Durst und Hunger bekamen — es sind 4 Stunden Weges — wollten sie Nahrung zu sich nehmen; der Gendarm erklärte: Ihr dürft nirgends hinein; sie mußten auf der Straße essen und wurden durch 6 bis 8 Ortschaften transportiert, in denen allen sie bekannt waren. Sie können sich denken, welchen Anlauf das gegeben hat. Als sie dann in Säckingen erschienen, wurden sie nach kurzer Vernehmung vor dem Bezirksamt wieder entlassen. Das ist nur einer von den Fällen, allerdings der krasseste, aber wir haben eine Reihe von Vorkommnissen, wo wegen dieser einfachen Flugblattverteilung Strafen verhängt worden sind, wegen Komplikationen bei Abgabe des Pflichtexemplars, nament-

lich aus dem Schwarzwald, wo die Leute wegen dieser Kleinigkeit, wegen dieser Formalität mit 10, 15, 20 M. bestraft worden sind.

In dieser Beschwerde ist auch angeführt, wie die Arbeiter da droben im Gauensteiner Gebiet, in Säckingen, diskantiert werden, wenn sie ihre Vergnügungen abhalten wollen. Vor allem aber kann Mannheim ein Stücklein davon erzählen, wie es bezüglich der Tanzerlaubnis, der Feierabendverlängerung bei Arbeiterfestlichkeiten gehandhabt wird. Das Kapitel Mannheim wird übrigens noch eine ganz besondere Rolle beim Etat des inneren Ministeriums spielen. Die Grob. Regierung hat verordnet, daß namentlich zur Karnevalszeit die öffentlichen Tanzbelustigungen nach einem ganz bestimmten Plane zu regeln sind und daß die Tanzerlaubnis Vereinen, wenn sie als solche sich qualifizieren, nicht verweigert werden darf. Nun ereignete sich in Offenburg der Fall, daß durch Reskript des Bezirksamts Offenburg vom 31. Januar d. J. einem dortigen bürgerlichen Verein, dem Karnevalsverein, die Abhaltung des Maskenballes am Fastnachtmontag verboten wurde. Der Verein besteht aus Mitgliedern aller Parteien. Er hat in seinen Satzungen ausdrücklich die Bestimmung: die Mitgliedschaft wird erworben durch Bezahlung eines ständigen Beitrages von 50 Pf., wofür Vereinsarten ausgestellt werden. Zu den Vällen haben nur Mitglieder des Vereins Zutritt. Trotzdem dieses Verbot! Ich lege auf dieses Verbot nicht allzu großen Wert; ich bin überzeugt, daß wenn unser geehrter Oberamtmann Kuhbaum diese Mitgliedskarte erhält und sich von dem Inhalt überzeugt, erledigt sich die Sache. Was in dieser Verfügung uns aber interessiert, ist die Ausführung, daß entgegen den Bestimmungen des Grob. Ministeriums die Erlaubnis zur Abhaltung öffentlicher Maskenbälle erteilt wird an solche Korporationen, die nicht einmal Vereine, überhaupt nicht befähigt sind, nach den Bestimmungen des Ministeriums öffentliche Tanzbelustigungen abzuhalten. Da ist nun vor allen Dingen die Regimentskapelle Nr. 170, welche den sogenannten Schwenterball im Interesse ihres Kapellmeisters veranstaltet. Dieser Schwenterball ist ein öffentlicher Ball zu einem Eintritt von 2 oder 3 M. Hier huldigt die sogenannte „bessere“ Gesellschaft, nicht die Arbeiterschaft, dem Vergnügen; weibliches Element, das nicht in Offenburg, sondern in der schönen Stadt Straßburg wohnt, kommt bei dieser Gelegenheit herüber, um sein Auskommen zu finden. Im „Ortenauer Boten“ lese ich eben, daß der erste Schwenterball so vorzüglich ausgefallen sei, daß die Regimentskapelle noch einen zweiten halten wird. Für Sie (zum Zentrum) ist es interessant, daß der Ball im Saale des katholischen Vereinshauses stattfinden soll. (Große Heiterkeit links.) Auch der Frauenverein erhält seine öffentlichen Maskenbälle. Alle Hochachtung vor den Bestrebungen des Frauenvereins, aber dieser Frauenvereinsball ist jedenfalls wieder ein öffentlicher Ball mit hohem Eintrittsgeld und auch hier schleicht vielleicht unter der Maske des Domino sich manches Element herein, das das Licht der Öffentlichkeit sonst zu scheuen hätte und das man bei den Vällen, die die Arbeiterschaft und die bürgerlichen Vereine arrangieren, nicht finden kann. Ich sage, wozu hat der Frauenverein denn Armenbälle zu halten? Unsere bessere Gesellschaft sollte als Wohltäterin nach christlichen Grundsätzen handeln und Gaben spenden, ohne daß die Linke weiß, was die Rechte tut. Ich bringe diese Dinge hier vor, um zu zeigen, wie für die herrschende Gesellschaftsklasse das Recht und die Verordnung umgangen wird und im Gegensatz dazu die harmlosen Vereinigungen des arbeitenden Volkes und der Bürgererschaft diskantiert werden. Ich bin gespannt darauf, wie der Herr Minister des Innern zu diesen Ausführungen Stellung nehmen wird.

Sie wissen, daß wir bei unserer Stellung zum Finanzgesetz und bei der Abstimmung darüber immer unsere differierende Meinung dadurch zum Ausdruck gebracht haben, daß wir gegen das Gesetz gestimmt haben. Es ist aber nicht so, wie namentlich der Herr Kollege Zehnter schon wiederholt gesagt hat, daß wir hierher sitzen und stimmen dafür, daß die Beamten besser entlohnt werden, daß die Arbeiter im Staatsdienst ein einigermaßen besseres Auskommen gewährleistet erhalten, und dann hingehen und diese Arbeit wieder durch unser Nein vernichten. Wir wissen ganz genau, daß das, was Sie als Finanzgesetz hier annehmen, durch einen Kompromiß zwischen hüben und drüben zustande kommt, ob wir dafür stimmen oder nicht. Wir bringen in diesem Nein unsere gegensätzliche Anschauung gegenüber der herrschenden Gesellschaft zum Ausdruck. Wir wollen damit sagen, daß wir mit diesem Finanzgebaren des Staates nicht im mindesten das erfüllt sehen, was schon die heutige Gesellschaft erfüllen muß. Kommt es einmal dazu, daß von unserer Stimmzahl, von unserem Ja oder von unserem Nein die Gestaltung des Finanzgesetzes abhängt: Ja, dann ist eben das schon in Erfüllung gegangen, was in Erfüllung gehen muß, und was der verlesene Artikel des „Echo“ von Nachen andeutet: dann wird eben die Masse der Arbeiterschaft ihren Weg gefunden haben — zur Sozialdemokratie. Wenn die große Zahl derjenigen, die instinktiv wohl die Macht und die Prinzipien der Sozialdemokratie anerkennen, aber noch nicht öffentlich und äußerlich zu ihr gehören, zu uns kommt, dann wird dieses Haus eben ein anderes Gesicht aufzuweisen haben auf Grund des direkten und allgemeinen Wahlrechtes; und dann wird unser Finanzgesetz auch äußerlich eine andere Form haben und in seinem materiellen Wohlklang sich so gestalten, daß wir unser Ja dazu geben können!

Minister des Innern Dr. Schenkel: Der Herr Abg. Fehrenbach hat gestern mit einer bei ihm fast ungewohnten Wärme seine Angriffe nicht bloß gegen die Linke dieses Hauses, sondern namentlich auch gegen den Minister des Innern gerichtet. Er hat behauptet, daß seitens des Ministeriums des Innern bei diesem Wahlkampf der ganze amtliche Apparat gegen die Zentrumsparthei in Verwendung gekommen sei; auch hat er gesagt, daß seit kurzer Zeit der Minister des Innern in seiner Haltung gegenüber den Parteien und überhaupt in seiner politischen Betätigung ein wesentlich anderer geworden sei, als zu der Zeit, wo der auch von mir hochverehrte Herr Staatsminister v. Brauer an der Spitze des Staatsministeriums stand. Damals sei der Minister des Innern zurückgefallen worden oder er habe damals in dem Kampfe der Parteien dasjenige betätigt, was die Ziele des nunmehr abgetretenen Staatsministers v. Brauer gewesen sein, nämlich vollständige Unparteilichkeit. Jetzt aber habe der Minister des Innern den Gesichtspunkt außer Acht gelassen, daß ein Minister niemals mit den Parteien gehen, sondern stets über den Parteien, oder außerhalb der Parteien stehen solle, und zwar sei dies geschehen, sobald ein neuer Staatsminister an die Spitze der Geschäfte getreten sei.

Ich glaube, der Herr Abg. Fehrenbach hat sich hierin getäuscht. Er hat ja, wenn er spricht, einen farbenreichen Genies zur Seite, den Genies der Eloquenz. Aber ein anderer Genies, der beim Redehalten auch recht wichtig ist, der viel schlichtere Genies der tatsächlichen Richtigkeit, ist durch die Anwesenheit des andern etwas im Plaze zu kurz gekommen. Der Herr Abg. Fehrenbach hat, wohl von jenem zuerst genannten Genies veranlaßt, seine Phantasie etwas spielen lassen (Heiterkeit) und er ward dazu angeregt durch die vielen Auseinandersetzungen in der ihm freundlichen Presse, worin schon seit

langer Zeit der Versuch, und zwar der durchaus vergebliche Versuch, gemacht wird, mich mit meinem verehrten Kollegen, dem Herrn Staatsminister v. Dusch, in Konflikt zu bringen, oder es so darzustellen, als habe Herr von Brauer in Wirklichkeit den damaligen Minister des Innern gar nicht gewollt oder als habe der Staatsminister von Brauer seiner Zeit sich große Mühe geben müssen, um die gegen das Zentrum gerichteten Tendenzen des Ministers des Innern und die Verwendung der Verwaltungsbeamten im Wahlkampf zurückzuhalten.

Die tatsächliche Begründung für diese mir ungünstige und unerwünschte Auffassung des Herrn Abg. Fehrenbach ist außerordentlich dürftig. Er verweist zunächst einmal auf die Wahlkreiseinteilung, die, wesentlich durch die Bemühungen des Ministers des Innern, zum Nachteile der Zentrumsparthei gestaltet worden sei. Ich glaube, dieser Vorwurf kommt denn doch etwas zu spät. Und es war kein guter Genies hinter dem Herrn Abg. Fehrenbach, als er mir ihn nachträglich in die Schuhe zu schieben suchte. Wer hat denn über die Wahlkreiseinteilung beschlossen? Das ganze Staatsministerium und die ganze Kammer hat es getan; es konnte in den Kommissionen über diese Sache ausführlich beraten werden, und es haben auch die dort geäußerten Wünsche, namentlich die des Zentrums hinsichtlich einer Vermehrung der ländlichen Wahlkreise, durch die daraus folgende eingreifende Umgestaltung des von ihr vorgeschlagenen Wahlkreissystems die erforderliche Beachtung gefunden. Noch niemals, wenn irgendwo eine neue Wahlkreiseinteilung gemacht worden ist, hat man erlebt, daß diese Gelegenheit vorübergegangen ist, ohne daß von der einen oder von der andern Seite über diejenigen, die das schwierige und undankbare Geschäft, eine neue Wahlkreiseinteilung zu machen, übernommen hatten, anders als in herabsehenden Ausdrücken hergefallen wurde. Man spricht da immer von „Wahlkreisgeometrie“; wer der Ansicht ist, daß die Wahlkreisordnung nicht ganz nach seinen Interessen ausgefallen sei, sucht die Sache so darzustellen, als ob von irgend einer Seite bei der Einteilung Gerechtigkeit und Billigkeit außer Acht gelassen worden wäre. Solche Klagen über die unbillige Wahlkreiseinteilung kann man ja einige Zeit ertragen; aber sie sollten doch auch einmal aufhören. Nachdem fast alle Parteien sich über die Verfassungsänderung und über die Wahlkreiseinteilung geeinigt haben, nachdem die auf Grund dieses Gesetzes gewählte Kammer jetzt zusammengekommen ist, sollte man es doch endlich unterlassen, immer wieder auf diese Sache zurückzukommen, und immer wieder einen Minister als einen ungerechten und unbilligen Mann darzustellen, der Wahlkreiseinteilungen mache, die vom Standpunkte des öffentlichen Gewissens aus geradezu verurteilt werden müssen. (Sehr richtig.)

Dann hat der Herr Abg. Fehrenbach noch etwas Weiteres gesagt, was er scheint auch mir zur Last legen will. Eine unbillige Benachteiligung der Zentrumsparthei in unserem öffentlichen Leben ergebe sich daraus, daß bei Besetzung einer Anzahl von Ehrenstellen im staatlichen, kommunalen, berufsprüfungsbereichlichen Gebiet, insbesondere auch bei Ernennung von Mitgliedern zur Ersten Kammer, die Angehörigen der Zentrumsparthei sehr wenig, die der anderen dagegen in reicher Fülle berücksichtigt werden. Er scheint mir vorzuwerfen, als ob ich der Urheber sei, der eine derartige unbillige Behandlung einer Partei herbeiführe! (Zuruf des Abg. Fehrenbach: Das geht gegen die ganze Regierung!) Nun, wenn es gegen die ganze Regierung geht, so erlaube ich mir, mit Zustimmung des Herrn Staatsministers, hiergegen einen energischen Einspruch zu erheben. Es ist ja richtig, daß vielleicht etwas mehr Anhänger der Nationalliberalen, der gemäßigten liberalen Partei. (Zurufe vom Zentrum: Lauter! Siehe

Erste Kammer!) Ich habe ja noch gar nicht von der Ersten Kammer gesprochen, warten Sie doch nur! (Heiterkeit!); es ist ja richtig, daß in einer Reihe von Ehrenämtern, in Handelskammern, Handwerkskammern, im Landwirtschaftsrat oder in den Bezirksräten, da und dort ein Nationalliberaler mehr als Männer des Zentrums sich befinden. Von uns, von der Regierung geht das aber nicht aus; keine Anweisung in dieser Beziehung ist an die Organe, welche zu wählen, oder die betreffenden Stellen zu besetzen haben, ergangen, auch keine indirekte, nicht die leiseste! Es kommt vielmehr wo anders her. Die Schichten unserer Bevölkerung, die mittleren Schichten, die hauptsächlich den Stamm liefern, aus dem diese Ehrenämter größtenteils besetzt werden, sind kraft der alten und, ich darf wohl auch sagen, guten Tradition unseres Landes gemäßigt liberal gerichtet; schon seit Jahrzehnten, ja seit Gründung unserer Verfassung huldigen die mittleren Gruppen unseres Bürgertums in konsequenter Folge in ihrer großen Mehrheit der gemäßigt liberalen Richtung. Und der psychologische Druck, der auf die unteren Schichten von Ihnen (zum Zentrum) mit großem Geschick und Erfolg zur Vermehrung Ihrer Anhänger ausgeübt wird, er hat dort in diesem mittleren Bürgertum eine Grenze gefunden, wo er nicht mehr so wirkt, wie er weiter unten wirken kann. Wenn also in den Schichten, aus denen die Leute für diese Ehrenämter gewählt werden — die Regierung ernimmt sie ja in der Regel nicht, man läßt sie wählen — eine große Mehrzahl von Personen der liberalen Partei angehört, so ist ganz natürlich, daß auch unter den Gewählten mehr Anhänger der gemäßigt liberalen Partei sind.

Was die Ernennungen zur Ersten Kammer anbetrifft, so hätte der Herr Abg. Fehrenbach besser unterlassen, die delikate Frage anzurühren, wie Seine Kgl. Hoheit der Großherzog diejenigen Mitglieder wählen soll, die er in die Erste Kammer zu ernennen hat. Natürlich ist das Ministerium auch mit verantwortlich für diese Auswahl. Nun sind es fast zur Hälfte die gleichen Männer, die schon das vorige Jahr Mitglieder der Ersten Kammer waren, und im übrigen ist mit Umsicht und Gerechtigkeit unter den Männern, die in erster Linie in Betracht kamen, gewählt worden. Freilich hat man nicht gefragt nach dem Lauffchein, und nicht gefragt, welcher Partei der zu Ernennende angehört; sondern es ist lediglich gefragt worden nach der Tüchtigkeit, nach der sozialen Stellung, nach der seitherigen Bewältigung in öffentlichen Ämtern, und nach diesen Gesichtspunkten haben wir mit gutem Gewissen Seiner Kgl. Hoheit dem Großherzog unsere Vorschläge gemacht.

Nun meint der Herr Abg. Fehrenbach, im Bereiche der inneren Verwaltung bestche, offenbar zufolge der Einwirkung des bei mir obwaltenden nicht ganz gerechten und unparteiischen Geistes, eine Tendenz zur Unterstützung der einen Partei, der gemäßigt liberalen Partei, und eine Tendenz zur Bekämpfung des Zentrums. Dies muß ich durchaus beabsprechen. Ich bin vollauf überzeugt von der Bedeutung und Notwendigkeit des Grundgesetzes, daß es bei allen Tätigkeitsakten der Verwaltung, mag es sich nun um die innere, um die Justiz- oder die Finanzverwaltung handeln, daß bei allen diesen Tätigkeitsakten jede Rücksichtnahme auf Parteiinteressen ganz entschieden zu unterbleiben hat. Es darf niemand so oder anders deshalb behandelt werden, weil er der oder jener Partei angehört. Ich glaube, das ist von jeher ein Ruhm der deutschen Verwaltung gewesen, daß sie unparteiisch und gerecht und ohne Parteirücksichten für jedermann gewaltet hat; und ich muß aufs Entschiedenste zurückweisen, wenn, sei es auch nur unbestimmt, Andeutungen darüber gemacht werden, daß unsere Verwaltung nicht die gleiche

Gerechtigkeit und die gleiche Billigkeit jedermann zuwenden, ohne Rücksicht der Partei. Es gibt für uns keine liberalen Klübe und keine Zentrumsklübe, und es gibt keine Strafen und Wasserwege und Wasserlieferungen, die der einen oder anderen Partei dienen, und auch keine solchen, die katholisch sind oder protestantisch (Abg. Fröhlich: Sehr gut!), sondern für uns besteht immer nur die Frage: Ist es zweckmäßig, ist es gerecht, bewegt es sich innerhalb des Rahmens, der uns durch Gesetz und Budget gezogen ist, und danach handeln wir auf allen Gebieten der Verwaltung. (Abg. Binz: Sehr gut!)

Nun wird freilich zur näheren Begründung dieser Behauptung gesagt: die Herren Oberamtswänner hätten in neuerer Zeit eine Wahlthätigkeit zu Gunsten der national-liberalen und zu Ungunsten der Zentrumsparthei entfaltet, wie sie seit einigen Jahren, namentlich solange der Herr Staatsminister v. Brauer an der Spitze war, nicht mehr entfaltet worden ist. Ich glaube, hier täuscht sich der Herr Abg. Fehrenbach, ein Mangel, den ich ihm gar nicht zum Vorwurf machen kann; er hat offenbar nicht recht Acht gegeben in den letzten Jahren. Ich aber habe Acht gegeben; ich habe es seit der Zeit, wo ich Minister bin, immer bemerken können, daß da und dort auch ein Oberamtswann aufgetreten ist, auch im Wahlkampf seine politischen Ansichten dargelegt und vielleicht auch als Staatsbürger auf die Anschauungen und Gesinnungen anderer Menschen eingewirkt hat. Das ist seit jener Zeit schon jedes Jahr erfolgt ohne viel Geräusch und es ist von keiner Seite angefochten worden. Denn es gilt in dieser Hinsicht der wohl allseits als richtig anerkannte Grundsatz, es sei einem Oberamtswann so wenig wie einem Geistlichen, einem katholischen oder protestantischen, verboten, die Anschauungen, die er in politischen Dingen hat, und zwar auch in Wahlzeiten, sei es in einem Komitee, sei es in einer Wahlversammlung, darzulegen, es sei ihm gestattet, wenn er als erfahrener Mann, der Interesse hat an den öffentlichen Dingen, im öffentlichen Leben darauf hinzuwirken will, daß andere Mitbürger seine Anschauungen annehmen. Die Amtsvorstände wissen auch ganz wohl, daß ihnen das vom Minister nicht verboten wird. Solange ich die Ehre habe, Minister des Innern zu sein, habe ich zwar noch keinen Anlaß gehabt, den Amtsvorständen hierüber eine Anweisung zu geben: namentlich habe ich nicht etwa, wie das so leise durchgeklungen ist, Anordnung getroffen, daß in diesem oder jenem Bezirk der Amtsvorstand auftreten soll, um für die Wahl des einen oder anderen Kandidaten zu werben. Das ist nicht geschehen. Aber ich habe bereits das eine und andere Mal auf bezügliche Anfragen und Anregungen hin Gelegenheit gehabt, in diesem hohen Hause meinen Standpunkt dahin darzulegen, daß ich es gar nicht für unerwünscht erachte, wenn auch da und dort ein Amtsvorstand, der dazu in sich die Kraft und die Befähigung fühlt, öffentlich im politischen Leben auftritt. Die Leute im Bezirk sehen dies ganz gern, wenn derartig angesehene Männer, mit denen sie sonst vielfach in Verkehr kommen, auch in Wahlversammlungen auftreten und kund geben, welcher Ansicht sie in politischen Dingen sind. Es ist ja unfraglich eine etwas delikate Sache für einen Oberamtswann, der in der Wahlbewegung in dieser Weise auftreten will. Er soll die durch sein Amt gebotene Zurückhaltung bewahren und er soll namentlich alles vermeiden, was so aufgefaßt werden oder was die Folge haben könnte, als ob er seine Amtsgewalt und seinen amtlichen Einfluß zur Einwirkung auf die Wählererschaft benutzen wollte. Er soll namentlich auch vermeiden, an der Spitze des Wahlkomitees zu sein, er soll auch nicht derjenige sein, der herumreißt und überall den Ansacher für jede Wahlbewegung darstellt. Wenn der Amtsvorstand überhaupt ein Interesse an solcher po-

litischen Tätigkeit nimmt und glaubt dabei etwas nützen zu können, so genügt es, wenn er in seiner Amtsstadt oder auch in der oder jener Gemeinde seines Bezirks als Mensch und Bürger auftritt und sich ausdrückt, wie er über die politischen Angelegenheiten denkt, wie er sie vom Gesichtspunkt der öffentlichen Interessen auffaßt, und wenn er hiernach gern gewählt sehen möchte. Meines Wissens sind die Herren Amtsvorstände, die sich überhaupt an der Wahlbewegung beteiligt haben, nirgends weiter gegangen. Ich habe weder in früheren Zeiten, noch in diesem Jahre irgend eine Beschwerde gegen einen Amtsvorstand erhalten, die behauptete, daß er unter Mißbrauch seiner Amtsgewalt bei den Wahlen aufgetreten wäre. Ich habe auch nicht gelesen, daß die Amtsvorstände etwa von Haus zu Haus mit Wahlzetteln gegangen seien, auch noch die Frauen besucht hätten (Zuruf: Sehr gut!), ich habe nicht gelesen, daß sie sich vor dem Wahllokal aufgestellt und umgemustert hätten, was für Wahlzettel die Wähler mitbringen, und Wahlzettel, die ihnen nicht gefallen haben, zerrissen hätten; ich habe nichts davon gehört, daß die Amtsvorstände vor den Wahlen aufgetreten seien, mit dem Verlangen, daß nur die Presse einer Richtung gehalten werden soll, daß man die Augen vollständig verschließen soll vor den Ausführungen, die in der Fremden, von ihnen nicht gebilligten Presse sich finden; ich habe nicht davon gelesen, daß irgendwelche irdischen Güter denjenigen, die so oder so gewählt haben, von irgend einem Amtsvorstand in Aussicht gestellt worden sind. Und wie viel Amtsvorstände sind denn überhaupt aufgetreten in den letzten Wahlen? Der Herr Abg. Fehrenbach hat vier genannt. Nun finde ich es, wenn ich in Betracht ziehe, daß es 53 Amtsvorstände und fast ebensoviel Amtmänner im Großherzogtum Baden giebt und auch noch eine Anzahl Referendäre, das eigentlich als nicht sehr viel, wenn nur vier eine Wahlleistung entfaltet haben. Und was haben diese denn eigentlich getan? Wir haben Beschwerden gegen den Oberamtmann in Donaueschingen gehabt; dieselben sind ganz genau objektiv und allseitig untersucht worden und ich glaube, alle diese Beschwerden haben sich in nichts verflüchtigt, sie werden von niemand mehr aufrecht erhalten. Dann ist das zweite die schreckliche Sache mit dem Amtsvorstand in Meßkirch: er soll in einer tabelnswerten Weise eine Unterredung mit dem dortigen Zentrumskandidaten, einem Ratsschreiber von Raft, gehabt haben, und das, was er bei dieser Gelegenheit erfahren hat, soll er, wie der Herr Abg. Fehrenbach gesagt hat, in „ungentlemanlike Weise“ weiter verbreitet haben. Ich habe von diesen Beschwerden natürlich auch seinerzeit gehört und mir die Akten darüber vorlegen lassen; dabei habe ich gesehen, daß der Ratsschreiber von Raft eines schönen Tages ungerufen bei dem Amtsvorstand erschien und das Bedürfnis in sich fühlte, sein belastetes Gewissen vor dem Amtsvorstand zu erleichtern (Heiterkeit), der den Akten bei der Aussprache im Zimmer behalten hat, weil er keine Veranlassung hatte, mit dem Ratsschreiber diese Sache mit Ausschluß der Öffentlichkeit zu verhandeln. Letzterer hat ihm nun sein belastetes Gewissen geöffnet und ihm gesagt, wie schwer es ihm geworden sei, seine frühere Partei zu verlassen und zu der neuen hinüberzugehen, dies tue ihm leid und dergleichen Dinge. Das war nichts, was dem Amtsvorstand unter dem Siegel des Geheimnisses anvertraut worden ist (Unruhe im Zentrum); der Betreffende hat ja garnicht verlangt, daß seine Mitteilungen als vertraulich behandelt werden, und so hat der Amtsvorstand von Meßkirch von diesen Mitteilungen später auch wieder Gebrauch gemacht, wie man eben überhaupt im Wahlkampf von manchen Dingen Gebrauch macht. Es ist meiner Ansicht nach durchaus unangebracht, nun hier in diesem Hause über den Amtsvorstand in Meß-

kirch deshalb herzufallen und ihn mit der Etikette „ungentlemanlike“ zu kennzeichnen; er ist ein Gentleman, und das, was ich gestern gehört habe, und was der Herr Präsident des Hohen Hauses nicht gehört hat, mit einem leisen Pfui diese Mitteilungen zu begleiten (Präsident Dr. Wilkens: Das habe ich nicht gehört!), das ist durchaus unangemessen. Natürlich ist es hierbei nicht meine Absicht, eine Kritik darüber zu äußern, wie der Herr Präsident dieses Hauses bei solchen unangemessenen Äußerungen über staatliche Beamte seine Disziplinalgewalt ausüben will. Aber das wird, glaube ich, einem Minister gestattet sein, auch in solchen Fällen des persönlichen Angriffs, wo der Herr Präsident von dem Gesichtspunkt der parlamentarischen Disziplin aus nicht eingegriffen hat, mit Bezug auf einen Ausdruck, der nach der auf der Ministerbank bestehenden Ansicht verlegend ist, zu sagen, daß es ein durchaus unangebrachter und verlegender Ausdruck war, gegen den wir vom Standpunkt der Regierung aus, der ja in manchen Dingen ein wesentlich anderer sein mag, als der des Herrn Präsidenten dieses Hauses, Einsprache erheben müssen. Wir mischen uns dabei gar nicht ein in die von mir hochgeehrten Disziplinarverhältnisse des Hauses, und das hat ja auch der Herr Staatsminister nicht tun wollen, als er gestern den wohl nur scherzhaft gebrauchten, aber auch sehr unangebrachten Ausdruck über die Ausschiffung eines Ministers als einen unangemessenen bezeichnet hat.

Nun bleibt noch die Sache mit dem Oberamtmann von Stodach. Es ist ja richtig, in Volkertshausen hat neulich eine Wahlversammlung stattgefunden, welcher der Oberamtmann von Stodach zusammen mit dem Abg. Benedey und zusammen mit dem Malermeister Krohn anwohnte. Wenn der betreffende Herr Oberamtmann einer Wahlversammlung anwohnt, bei der es sich um die Wahl eines im Bezirk hochangesehenen, mit den Verhältnissen der Bevölkerung wohl vertrauten, gemäßigten liberalen Mannes handelt (lebhafter Unruhe im Zentrum), so kann ich dagegen gar nichts einwenden. Ich selbst habe ja schon mit dem Herrn Abg. Benedey, obgleich wir in einem Teil unserer politischen Anschauungen grundfänglich durch Abgründe geschieden sind, gelegentlich und zwar gern politisch zusammengewirkt. Der Herr Abg. Benedey ist ein ganz guter Realpolitiker, er weiß, daß man nicht alles auf einmal erreicht, er will lieber, daß der liberale Brodmann gewählt wird, als ein Abgeordneter von der Zentrumsseite, letzterer wäre ihm offenbar noch unangenehmer als der Abg. Brodmann.

Wie ich seinerzeit dem Abg. Benedey, als er damals, wie dies bei guten Realpolitikern der Fall zu sein pflegt, der Aenderung der Verfassung zustimmte, obgleich ihm manches darin recht unangenehm war, im Geiste einen kräftigen Händedruck dafür verabreichte, so hat auch der Oberamtmann in Stodach dem Abg. Benedey, als es galt, für die Wahl eines so gemäßigten liberalen Mannes wie Brodmann einzutreten (Lachen im Zentrum), einen Händedruck gegeben, und beide haben zusammengewirkt. Nun ist freilich noch dazu der Malermeister Krohn aus Konstanz gekommen. Das ist ja sicher ein Sozialdemokrat, und ich kann hier gleich erklären, daß ich es für sehr wenig angezeigt erachten würde, wenn ein Oberamtmann von vornherein zusammen mit einem sozialdemokratischen Führer eine Vereinbarung dahin getroffen haben würde, daß sie eine gemeinsame Wahlversammlung abhalten. Ich würde das tabeln, und spare mir das noch auf, Ihnen später zu sagen, warum. Aber so war es ja gar nicht. Es kam, ohne daß der Herr Oberamtmann etwas davon wußte, der Herr Malermeister Krohn von Konstanz zu dieser Wahlversammlung, und es ging hier zu wie in jenem Uhländ'schen Liebe von der Schlacht von Döffingen: Hier kam Herr Krohn, unterstützt durch die

Eisenbahnverwaltung, auf dem Dampfstoß der Staatseisenbahn ganz ungerufen zu dem Wahlkampf; und damals, als der Graf von Württemberg mit den Städtlern seine Schlacht ausfocht, damals kam der gleißende Wolf, der Wolf von Wunnenstein auf seinem Schlachtroß und half dem Grafen ungerufen den Sieg gewinnen, aber einen Dank wollte er nicht, und einen Händedruck bekam er auch nicht. Das hat keiner dem Grafen von Württemberg übel genommen, daß er die Hilfe des gleißenden Wolfes angenommen hat.

Nun wird ferner behauptet, daß seitens des Ministers des Innern gegen die Amtsverkündiger, wenn sie in Wahlkampf manchmal gegen das Zentrum etwas Verlegendes und Schmähendes sagten, nicht genügend aufgetreten worden sei. Nun soll aber die Frage der Amtsverkündiger ja einer besonderen Besprechung unterworfen werden und ich glaube mich darauf hier nicht näher einlassen zu dürfen.

Ich will nur darauf aufmerksam machen: „Amtsverkündiger“ im eigentlichen Sinne gibt es nicht; es gibt nur politische Blätter, die einen besonders als Teil für amtliche Verkündigungen überschriebenen Abschnitt haben, und es hat es daher die Regierung von jeher auf das entschiedenste abgelehnt, im einzelnen für das einzutreten, was in diesen sogenannten Amtsverkündigungsblättern steht. Sie läßt ihnen in politischer Beziehung einen sehr weiten Spielraum, und ich würde mich sogar noch dazu verstehen, in Erwägung zu ziehen, ob man nicht auch einmal ein Blatt der Zentrumsparthei als Amtsverkündiger bestellen könnte. (Heiterkeit.) Ich habe nur das eine Bedenken dagegen, daß eben ein solches Blatt wohl nicht für alle Angehörigen des Bezirks zu lesen wäre; denn ich finde auf Ihren meisten Blättern als Aufschrift: „In jedes katholische Haus gehört eine katholische Zeitung.“ (Abg. Dr. Vinz: Sehr gut!). Ich bin nun dadurch zu der Anschauung gelangt, daß die Blätter der Zentrumsparthei lediglich und ausschließlich für Katholiken schreiben, und ich kann, da doch alle unsere Bezirke gemischt sind, die Protestanten nicht anhalten, katholische Kirchenblätter als Amtsverkündigungsblätter zu halten (Heiterkeit). Also so lange ich nicht sehe, daß diese recht geschmacklose Aufschrift auf Ihrer Presse: „in jedes katholische Haus gehört eine katholische Zeitung.“ durchaus abgeschafft ist, werde ich jedenfalls einer derartigen Erwägung für die Amtsverkündiger nicht stattgeben.

Das aber darf ich doch hervorheben: Wenn die Amtsverkündiger einmal über die Schnur hauen, wenn dieselben Dinge bringen, die in religiöser Beziehung irgendwie verlegend sind, die den Anschein hervorrufen könnten, als würden diese Zeitungen auf den revolutionären Umsturz gerichtete Bestrebungen unterstützen, wenn sie Dinge bringen, in denen die erforderliche Rücksicht auf die Regierung und auf ihr Ansehen außer acht gelassen wird, dann wird dem betreffenden Amtsverkündiger immer das Erforderliche bemerkt; und ich würde gar nicht ansetzen, wenn ein solches Amtsverkündigungsblatt in einer dieser Beziehungen unverbesserlich ist, es seiner Würde zu entsagen, und ein anderes Blatt alsdann mit der Wiedergabe der amtlichen Verkündigungen zu betrauen.

Nachdem ich nunmehr dem Herrn Abg. Fehrenbach auf seine Angriffe das Erforderliche bemerkt habe, ist es meine Aufgabe, auf das überzugehen, was in etwas weniger scharfer Tone, aber immerhin doch auch mit kräftigen Angriffen verbunden, der Herr Abg. Sed heute in Bezug auf das Ministerium des Innern und in Bezug auf den Minister des Innern insbesondere ausgeführt hat. Hier ist insbesondere heute wie schon gestern das Wahlbündnis, das zwischen den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten für die diesmaligen Stichwahlen abgeschlossen

worden ist, zum Gegenstand der Erörterung gemacht worden. Der Herr Abg. Sed ist nicht der Ansicht, die man da und dort in den Blättern Ihrer — zum Zentrum — Partei in ziemlich scharfer Art lesen kann und die auch in dem berühmten Karlsruher Wahlpatat in so hochpoetischer Weise (Heiterkeit) zum Ausdruck gekommen ist, nämlich der Ansicht, daß die Regierung selber sozusagen „Pate“ bei diesem Wahlbündnis gestanden hat (Heiterkeit), oder daß die Regierung gar — ich geniere mich förmlich, es zu sagen (Heiterkeit) — „H e b a m m e n d i e n s t e“ dabei geleistet hat. (Große Heiterkeit.)

In Wirklichkeit hat es ja niemand geglaubt, daß die Regierung dieses Wahlbündnis jemals eingeseget oder gebilligt oder in irgend einer Weise gefördert hat. Ich glaube, auch diejenigen Herren, die solches geschrieben haben, haben dabei eben auch nur etwas getan, was bei dem Wahlbündnis selber geschehen ist, etwas „wahl-taktisches“. Es war ihnen bequem, der Regierung die Last dieses Wahlbündnisses aufzuladen, und das haben sowohl Ihre Zeitungen — zum Zentrum — vielfach getan, aber auch einige Zeitungen von Ihrer Partei (zu den Liberalen) haben daselbe gesagt; und ich erinnere mich namentlich, als der erste Artikel vom 21. Oktober in der „Karlsruh. Ztg.“ kam, ist am nächsten Tag in einem hiesigen Blatt, das sich als ein liberales, wenn auch nicht speziell als ein Parteiblatt gibt, sofort gestanden: Da steht Ihr's in diesem Satz! Die Regierung fordert auf, daß die Nationalliberalen zusammen mit den Sozialdemokraten das Wahlbündnis schließen sollen. Es lag aber natürlich noch viel mehr in Ihrem (zum Zentrum) Interesse, das zu behaupten; denn Sie haben, zwar nicht zu dem jeglichem Leiter des Staatsministeriums, wohl aber gegen mich, wie ich aus Ihren Zeitungen, und zwar manchmal nicht ohne eine gewisse Verwunderung sehe, nicht das erforderliche Vertrauen. Sie glauben, daß in meiner wirklich in dieser Beziehung doch nicht allzustarten Hand, alle Fäden einer Bewegung zusammenfließen, die angeblich gegen die Zentrumsparthei gerichtet ist, und Sie meinen, wenn Sie mich stürzen könnten, da würde für Sie freier Lauf sein. Aber Sie bringen auf diesem Wege das Wild nicht zur Strecke (Große Heiterkeit). Es ist kein Rotwild (Heiterkeit), aber auch nicht Schwarzwild (Große Heiterkeit), aber auch kein Hase! (Große Heiterkeit.) Solange es meinem gnädigsten Landesherren gefällt, werde ich, obgleich ich an dieser Stelle nicht besonders halte und klebe, (denn ich wüßte etwas zu tun, was vielleicht meinen Neigungen besser entspricht, wenn ich nicht mehr hier bin, solange werde ich treu der von mir gegenüber dem höchsten Herrn übernommenen Pflicht hier bleiben und gerecht gerade das tun, was die langbewährte Politik meines Landesherren mir vorzeichnet.

Wenn Sie aber die Sozialdemokratie ansehen, nicht die Herren hier allein, sondern wenn Sie die badische Partei betrachten in ihrem Zusammenhang mit der deutschen Sozialdemokratie, ja man darf wohl sagen, mit der internationalen Sozialdemokratie, da muß sich doch jeder vernünftige, jeder einigermaßen schlicht denkende Mensch sagen, daß die badische Regierung und ein badischer Minister nicht dabei mitwirken werden, wenn es sich um ein Wahlbündnis zwischen der liberalen Partei und der Sozialdemokratie handelt. Ich weiß ja sehr wohl, und ich habe das auch schon früher anerkannt, daß bei den Bestrebungen der Sozialdemokratie ein gutes Teil von solchen Dingen mit unterläuft, die es einem Regierungsbeamten keineswegs geradezu unmöglich machen würden, gewisse politische Akte auch zusammen mit der Sozialdemokratie vorzunehmen. Die Sozialdemokratie ist vor allem eine radikale Partei, sie sucht das ganze Staatswesen zu radikalieren. Das geht allerdings gegen die Tendenzen der Regierung; aber ich kann das nicht als

etwas absolut verwerfliches betrachten und ich finde das gleiche Streben auch bei anderen bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratie ist ferner eine Arbeiterpartei; sie sucht, wie das übrigens jetzt alle anderen Parteien aus voller Ueberzeugung und mit Nachhaltigkeit tun, die Lage der unteren Stände zu heben, sie vorwärts zu bringen in wirtschaftlicher, geistiger und sittlicher Beziehung.

Aber sie ist auch noch etwas anderes, und das zieht den Abgrund zwischen der Regierung und der Sozialdemokratie nicht bloß, sondern den Abgrund auch zwischen ihr und allen anderen Parteien, die man der Sozialdemokratie als die bürgerlichen Parteien gegenüberstellt. Sie ist eine Klassenpartei, lediglich oder doch vornehmlich zu dem Zwecke gegründet, um die Interessen der unteren, der unselbstständig arbeitenden Klasse zu vertreten, und zwar nach einem weit ausliegenden Ziel hin, nach einem Ziel der Umgestaltung der gesamten Gesellschaft in eine Art Zwangsarbeitshaus, dessen Arbeitsordnung übrigens bisher noch niemand hat aufstellen können, nach einem Ziel, das denn doch, wie jeder vernünftige Mensch einsieht, zuletzt nur mit Gewalt erreicht werden könnte. Aber es sind in dieser Parteibewegung auch noch eine Anzahl andere charakteristische Erscheinungen, die die Regierung wie die anderen Parteien von der Sozialdemokratie ganz entschieden trennen.

Vor allem richten sich die Bestrebungen der Sozialdemokratie gegen unsere Verfassung, insofern an der Spitze der Verfassung des Reiches wie der Einzelstaaten ein Landesherr, ein Monarch steht. Ueberall höre ich und lese ich in den Aussprüchen der leitenden Personen, daß die Sozialdemokratie der Anschauung ist, die Monarchie sei abzuschaffen. Sie wollen — zu den Sozialdemokraten —, sobald Sie überhaupt in die Lage dazu kommen, durch eine entsprechende Verfassungsänderung natürlich, dafür sorgen, daß wir in eine Republik umgestaltet werden und daß die Monarchie beseitigt wird; und da zunächst derartige Anträge keine Aussicht auf Annahme haben, so suchen Sie in anderer Weise der Monarchie möglichst das Mindestmaß von Achtung zu erweisen. Sie bringen es nicht einmal dazu, wenn die übliche Ehrenbezeugung an den Landesherrn hier erfolgt, daß Sie dabei sind und mit einstimmen, für einen Landesherrn, der sich um das Wohl des Landes in höchster Weise verdient gemacht hat und die allgemeine Verehrung unseres Volkes genießt. Dieses Ihr Verhalten war namentlich auch bei der Wahl des 2. Vizepräsidenten in Beachtung zu ziehen. Und von diesem Gesichtspunkt aus war ich unbedingt dagegen, daß ein 2. Vizepräsident gewählt würde, der nicht ausdrücklich zuvor die Erklärung abgab, daß er positiv die repräsentativen Ehrenpflichten erfüllen werde, die nach der Geschäftsordnung und namentlich auch nach dem Herkommen den Mitgliedern des Hauses obliegen, wenn sie in das leitende Organ der Volksvertretung gewählt werden. Ich habe ja in solchen Angelegenheiten dieses Hauses nichts zu bestimmen, ich konnte mich nur ohne Rechtsfolge darüber äußern, privatim; aber das habe ich auch seinerzeit bei privater Besprechung in dem Sinne getan, daß es nicht angezeigt sei, einen Vizepräsidenten zu wählen, der die Uebernahme dieser repräsentativen Ehrenpflichten verweigere.

Ferner aber ist als eine solche bedauerliche Erscheinung bei der Sozialdemokratie, als eine Erscheinung, die geradezu eine Trennungslinie der schärfsten Art bildet, das Verhalten zu bezeichnen, das diese Partei bisher ständig an den Tag gelegt hat, wenn es sich um die Stärkung der vaterländischen Interessen handelte, wenn es sich darum handelte, unser Heer nach außen hin so auszugestalten, daß wir jedem Feinde entgegentreten können, wenn es sich darum handelte eine Flotte zu schaffen, die wiederum die deutsche Flagge auf allen Meeren geachtet

macht, wenn es sich darum handelte, auch in den äußeren Beziehungen, die für das Reich, die jüngste der europäischen Großmächte, sich manchmal recht schwierig gestalten können, einzutreten für die Macht und die Würde Deutschlands. Ich habe noch neulich, als es sich um Marokko gehandelt hat, geradezu aufreizende Artikel in dem sozialdemokratischen Blatt von Mannheim gelesen, wo den andern Staaten gesagt wurde, das Ausland sei mit Recht mißtrauisch gegen die deutsche Regierung, denn die fortgesetzten Anstrengungen, die letztere nach außen mache, um ihr Heer und ihre Marine zu verstärken, könnten die andern Mächte ganz mit Recht veranlassen, sich feindselig gegen das deutsche Reich zu verhalten. Das halte ich geradezu für eine Aufsehung des Auslandes gegen das Reich und etwas derartiges kann ich wohl sagen, erlaubt sich keine andere Partei als die sozialdemokratische, und sie tut es deshalb, weil sie eben in einer Beziehung wirklich keine nationale Partei ist, sondern eine internationale. Ihr gehen die Interessen des gesamten Proletariats der Welt, wie sie es nennt, über die Interessen des nationalen Staates.

Es sind ja keineswegs alle die für einen Sozialdemokraten stimmen, so; es sind bei uns etwa 50 000 Wähler, die für einen Sozialdemokraten gestimmt haben, und es wäre durchaus ungerechtfertigt, wenn wir sagen wollten, daß alle diese Wähler auch mit allen diesen Mängeln, wie ich sie als die Mängel der Sozialdemokratie bezeichnet habe, behaftet sind. Die Sozialdemokratie hat, wie ja ganz allgemein anerkannt ist, eine große Menge Mitläufer; sicher sehr wahrscheinlich sind der weitaus größte Teil ihrer Wähler Mitläufer, die aus irgend welchen persönlichen Gründen sozialdemokratisch stimmen; manche, weil sie so viel von ihr versprochen bekommen. Diese Partei kann ja am meisten versprechen, weil sie am wenigsten die Verantwortlichkeit für die Ausführung trägt; andere deshalb, weil die Sozialdemokratie zudem die schärfste Kritik übt, alles was im öffentlichen Leben geschieht und besteht, als morsch und falsch und unrichtig bezeichnet, was ja den Leuten imponiert, die etwas Opposition haben wollen; und endlich nicht wenige auch deshalb, weil sie der Anschauung sind, daß ihnen bei dem Verkehr mit den Staatsbehörden, mit Gemeinde- und kirchlichen Behörden irgend einmal auf den Schuh getreten worden sei. Diese Leute denken: warte, denen sage ichs einmal, jetzt werde ich Sozialdemokrat!

Diese Kennzeichen für das politische Verhalten der Sozialdemokratie, wie sie in den Kundgebungen der leitenden Personen und Organe der Partei zu Tage treten, geben einen sehr entschiedenen Grund dafür ab, daß die Regierung überall, wo sie dazu Gelegenheit bekommt, der Sozialdemokratie und ihren auf den Umsturz gerichteten Bestrebungen entgegentritt. Es ist ja ganz richtig, was der Herr Abg. Geß gesagt hat, die Sozialdemokraten wollen keinen unmittelbaren Umsturz im Augenblick, sondern sie sagen immer, es müssen unsere Ziele auf dem geordneten Wege der Gesetzgebung und Verwaltung erstrebt werden. Wenn man aber sieht, was sie ihren Anhängern alles versprechen, was vollständig unerfüllbar ist, wenn man sieht, wie Sie z. B. die jehige Bewegung in Rußland ausgeschlachtet haben, wie Sie in allen ihren Blättern verkündet haben, daß der Zar, so hat es geheißen, ein Mörder sei, (Zuruf des Abg. Süßkind: Sehr richtig) und daß in ganz Rußland alles morsch ist, und in anderer Weise diesem Staate nicht geholfen werden kann, als durch eine gewaltsame revolutionäre Bewegung (Zuruf: Sehr richtig), so ist das doch außerordentlich bedenklich.

Nach der Art und Weise, wie Herr Geß gesprochen hat, habe ich den Eindruck, auch wenn die Führer es

nicht unmittelbar wollen, auch wenn sie nicht zum Aufstand auf die Straße kommen, sondern dann in irgend einem stillen Zimmer sitzen (Abg. Eichhorn: Unerhört!) Ja von Ihnen behaupte ich es ja nicht (Heiterkeit), so haben doch die Führer es zu verantworten (Zuruf: Wer werden mehr Mut zeigen wie mancher Minister), wenn die durch langandauerndes Hezen aufgeregte Menge endlich auf die Straße kommt und die Flinte und den Säbel ergreift und auf die Barrikaden steigt. Ich glaube, wenn die Regierung durch vorsichtige Abwehr solches Unheil zu verhüten sucht, so verdient dies alle Anerkennung von dem Gesichtspunkte der öffentlichen Interessen. Daher bin ich der Ansicht, daß es durchaus Aufgabe der vorhandenen öffentlichen Gewalt ist, dem schädlichen Wirken der Sozialdemokratie und ihren auf Umsturz und zwar auf gewalttätigen Umsturz (denn das ist es doch dem Endziele nach) gerichteten Bestrebungen entgegenzutreten.

Dann ist mir von dem Abg. Geck vorgeworfen worden, daß ich gesagt habe, zunächst sei es eine Hauptaufgabe der Kirche, durch Predigt und Gebet dieser Umsturz-bewegung der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Das ist ein klein wenig übertrieben. Ich habe nur, als der Herr Abg. Hennig sich neulich angeboten hat, in der Kirche durch seelsorgerliche Einwirkung für den Gehorsam gegen die Obrigkeit und für die Bekämpfung des gewalttätigen Umsturzes zu wirken, dies dankbar angenommen. Warum sollte ich eine solche Hilfe, die mir so freundlich angeboten wird, abschlagen? Es hat sich ja gar nicht darum gehandelt, daß die sozialdemokratische Partei auf der Kanzel unmittelbar bekämpft, oder daß etwa von der Kanzel gegen einen sozialdemokratischen Kandidaten gewütet werden soll. Nicht im mindesten; das würde ich gar nicht empfehlen; aber daß in der Kirche da und dort gesagt wird, es sei Sache des getreuen Staatsbürgers, alles zu vermeiden, was zum gewalttätigen Umsturz führt, das halte ich für durchaus zweckmäßig. Der Herr Abg. Fehrenbach hat mir bei diesem Anlaß vorgeworfen, ich hätte nicht auch noch die anderen Dinge erwähnt, die der Pfarrer in der Kirche zu erwähnen hat. Aber ich bin doch nicht so sachverständig, daß ich den Geistlichen nun auch noch anraten könnte, welche übrigen Dinge sie in der Kirche bei ihrer Predigt zu behandeln haben (Heiterkeit).

Also, was die Staatsregierung gegenüber den Sozialdemokraten zu tun hat, das ist Abwehr gegen die auf Umsturz gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie mit den der Regierung durch das Gesetz in die Hand gegebenen Mitteln.

Nun hat freilich der Herr Abg. Geck nach mehrfachen Beziehungen hin mir gegenüber geltend gemacht, daß die innere Verwaltung mit ungesetzlichen Mitteln und über die ihr durch das Gesetz gezogene Schranken hinaus gegen die Sozialdemokratie vorgehe, daß Chikanen gegen die Sozialdemokratie da und dort begangen würden, und daß der Gesichtspunkt der Billigkeit, der gleichen Behandlung aller Beteiligten unter gleichen Verhältnissen nicht vollkommen gewahrt würde. Seine Behauptungen hat Herr Abg. Geck durch Anführung von drei Tatsachen näher belegt.

Zunächst hat er die Stellung beanstandet, die die Regierung in neuerer Zeit gegenüber einigen Volks- und Wahlversammlungen eingenommen habe. Nun war aber im großen und ganzen die Regierung bei der Behandlung der öffentlichen Versammlungen in den letzten Jahren, wenigstens so lange ich die Ehre habe, diesem Ministerium vorzustehen, durchaus liberal gesinnt, sowohl was Volksversammlungen im allgemeinen, als insbesondere auch auch was die Wahlversammlungen angeht. In den letzten Jahren sind nur sehr wenige Ueberwachungen derartiger Versammlungen vorgekommen; hunderte von Ver-

sammlungen haben jedes Jahr, namentlich vor den Wahlen, und insbesondere auch seitens der sozialdemokratischen Partei stattgefunden. Ist dabei auch hie und da, wie ich bei den Erkundigungen, die ich so unter der Hand habe machen lassen, ein böses Wort gegen die Regierung gefallen, so habe ich dennoch nicht Veranlassung genommen, eine allgemeine Ueberwachung dieser Versammlungen wieder einzuführen. Im vorigen Jahre haben, so viel ich weiß, 6 Ueberwachungen stattgefunden, und im Jahre 1904 waren es 4 Ueberwachungen und von den vielen Hunderten von Volksversammlungen sind im ganzen, so viel ich weiß, kaum 4 oder 5 aufgelöst oder untersagt worden. Also ich meine, ein hartes Einschreiten kann man das nicht nennen. Zugestehen muß ich ja, daß solche Ueberwachungs-, Untersuchungs- und Auflösungsmaßnahmen gegenüber den Volksversammlungen einer anderen Partei nicht vorgekommen sind; dort waren sie aber nicht nötig; denn die Sozialdemokratie unterscheidet sich eben doch in ihrer Richtung gegenüber der staatlichen Ordnung in wesentlicher Hinsicht von den anderen Parteien, und es ist durchaus notwendig, daß wir von Zeit zu Zeit sozusagen eine Probeentnahme machen und einmal sehen, wie es bei ihren Versammlungen zugeht, und ob immer noch in so kräftiger Weise auf die Regierung losgehauen wird, ob immer noch solche Schmähungen und Beschimpfungen erfolgen, wie wir sie wenigstens in Ihrer (zu den Sozialdemokraten) Presse Tag für Tag lesen können. (Zuruf: Oho!) Ich muß sagen, wenn man den Wortschatz der unteren Volksschichten studieren will, dann muß man hauptsächlich in Ihre Presse hinabgehen, und ich möchte den Bearbeitern des Grimmschen Wörterbuchs, wenn sie die Schimpfworte sammeln, besonders raten, einmal einige Jahrgänge der „Volksstimme“ oder des „Volksfreundes“ in die Hand nehmen.

Auf die Konstanzener Versammlung und auf die Auflösung der Mannheimer Versammlung vom 21. Januar werden wir ja bei der Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern wieder zurückkommen. Ich glaube deshalb, es ist nicht nötig, daß ich jetzt rechtfertige, was dort geschehen ist. Nur in einer Beziehung muß ich heute auf dasjenige, was hinsichtlich der Konstanzener Versammlung der Herr Abg. Geck angedeutet hat, mit einigen Worten eingehen. Der Herr Abg. Geck hat gemeint, daß man in Konstanz mit dem Redeverbot gegenüber den Reichsausländern deshalb eingegriffen habe, weil „von Berlin aus mit preussischer Gewalt wiederum in die Befugnis der badischen Regierung hemmend eingegriffen worden sei.“ Es wird uns hier nahe gelegt, daß wir von der Reichsregierung oder von der Königl. preussischen Regierung aus mit Gewaltmaßnahmen heimgesucht werden, oder wie der Herr Abg. Eichhorn neulich (ich habe damals darauf nicht erwidern wollen), bei der Beratung über die Fleischnot gesagt hat, daß uns die Furcht vor der preussischen Regierung in unseren Maßregeln bestimmt. Ich muß doch hier hervorheben, und zwar namentlich auch, um die preussische und die Reichsregierung gegenüber jeder derartigen unbegründeten Anschuldigung in Schutz zu nehmen, daß Furcht und Gewalt Worte und Begriffe sind, die in dem Verkehr zwischen einer deutschen Bundesregierung und der Reichsregierung niemals in Anwendung kommen. Sie (zu den Sozialdemokraten) haben offenbar gar keine Erfahrung darüber, wie es zugeht bei dem Verkehr zwischen diesen Regierungen, und namentlich zwischen der Regierung eines Einzelstaates und der Reichsregierung. Natürlich macht auch bei diesen Verhandlungen unter den deutschen Regierungen jeder Teil seine Interessen geltend, aber jeder Teil nimmt auch für die Interessen des anderen die erforderliche Rücksicht; und ich glaube, es ist niemals in einem so großen Staatswesen mit so viel Rücksicht verhandelt und verkehrt worden, wie dies bei uns im Reich üblich ist. Furcht und Gewalt kommen

hier nicht in Frage, vielmehr ruht das Reich in seinen Grundfesten auf einem vertrauensvollen, die wechselseitigen Interessen wahrenenden Benehmen der beteiligten Regierungen.

Warum übrigens gerade bei diesen Herren immer so viel von Furcht und Gewalt in den Beziehungen der Reichsregierung und der Einzelregierungen die Rede ist, kann ich mir ganz gut denken. Einerseits unterliegen Sie (zu den Sozialdemokraten) bei Anwendung solcher Begriffe dem Einfluß Ihrer Presse. In Ihrer Presse wird Tag für Tag eine ganz übertriebene und mit schmähdenden Ausdrücken ausgestattete Kritik aller Regierungsmaßregeln und namentlich auch zu meinem Bedauern der Regierungsmaßregeln des Reichskanzlers und des Reiches geübt; die sozialdemokratische Presse fühlt sich zur Wahl solcher Worte getrieben teils durch ihre innere Grundstimmung, teils auch durch das Bedürfnis der sozialdemokratischen Wähler, denen Sie durch derartige grobliche und handfeste Ausdrücke offenbar ganz besonders imponieren wollen. Ich rate Ihnen aber, und namentlich Ihnen, Herr Abg. Eichhorn — und Herr Abg. Geck auch (Heiterkeit), lesen Sie neben diesen Zeitungen Ihrer eigenen Partei, die den Geschmack in dieser Hinsicht ein bißchen verderben, auch andere ruhig und gut geschriebene Zeitungen, worin man lesen kann (Zuruf: Karlsruher Zeitung!), wie es wirklich und tatsächlich im Verkehr der einzelnen Regierungen und der Reichsregierung zugeht, und wenn Sie das Tag für Tag tun, so wird Ihnen allmählich auch etwas Anderes als Gewalt und Furcht suggeriert werden. Aber auch wo anders kommt es her, daß Sie immer glauben, „Furcht und Gewalt spiele in diesen Beziehungen eine so große Rolle“, nämlich daher, daß Sie in Ihrer nächsten Umgebung eben durch „Furcht und Gewalt“ eigentümliche Wirkungen hervorgebracht sehen. Gehen Sie nur einmal hinaus, wenn irgendwo ein Streik entsteht, und sehen Sie, wie mit Furcht und Gewalt auf diejenigen eingewirkt wird, die es, obgleich von einem Herrn in Berlin oder in Hamburg die Parole „Streik“ hinausgegeben worden ist, etwa trotzdem wagen, zu arbeiten. (Sehr richtig.) Auf brave, weidere Familienväter, die nur ihre Pflicht gegen ihre Familie und ihre Arbeitgeber erfüllen, indem sie weiterarbeiten, wird „Furcht und Gewalt“ ausgeübt; (Widerpruch bei den Sozialdemokraten) wir lesen das, wenn wir die Akten über die Zuwiderhandlungen bekommen, die gelegentlich solcher Streike ausgeübt werden, Zuwiderhandlungen für die ja natürlich Sie nicht unmittelbar verantwortlich sind; für die aber der Geist, der von Ihrer Presse ausströmt, doch einigermaßen verantwortlich zu machen ist. (Zuruf des Abg. Geck: das Unternehmertum.)

Und dann! Wenn ich sehe, wie Ihre Genossen und Ihre Redakteure, und seien es sogar die Redakteure eines Ihrer allerersten Blätter, behandelt werden (Lachen bei den Sozialdemokraten), wenn einer es einmal wagt, eine grundsätzlich verschiedene Ansicht zu haben und auch auszusprechen! Da, muß ich denn doch sagen, haben Sie keine Veranlassung, in anderen Beziehungen „Furcht und Gewalt“ als Potenzen tadelnd zu erwähnen. (Abg. Dr. Vinz und Andere: Sehr richtig! Zuruf von Abg. Eichhorn: Er ist ja freiwillig gegangen! Heiterkeit. Zurufe: Alle sechs Redakteure freiwillig?)

Was ferner die zum zweiten vom Abg. Geck erwähnte Flugblattgeschichte anbelangt, so ist das keine Finanzspezialität. Die Flugblätter werden zweckmäßig, ebenso wie auch der dritte Fall der Verhaftung bei Säckingen, bei der Beratung des Ministeriums des Innern, hoffentlich lediglich unter Erwähnung nicht unter Wiederholung besienigen, was der Herr Abg. Geck heute gesagt hat, zur Beratung gebracht werden. Ich will nur erwähnen, daß

ich über die Säckinger Sache die Akten erhoben habe, da sie mich selber interessiert hat. Nach den amtlichen Feststellungen scheint es, daß die Verhaftung gesetzlich gerechtfertigt war; ob es zweckmäßig war, sie vorzunehmen, stelle ich dahin; ebensowenig ist es dem Gendarmen nach der Dienstordnung verboten, den Weg von 17 Kilometern bis zur Amtstadt Säckingen mit den wegen wirklich er Vergehen Verhafteten zu Fuß zu machen. Der Gang hat übrigens den Verhafteten nichts getan; der Gendarm ist mit ihnen die Landstraße dahin spaziert (Heiterkeit) und sie konnten sich an der schönen Natur unseres Oberrheintales erfreuen. (Lachen bei den Sozialdemokraten; Zuruf des Abg. Geck: Ich gönne den Arbeitern auch Naturgenuß; Glocke des Präsidenten.) Ich gestehe allerdings, sie hätten auch fahren können, und man hätte vielleicht besser getan, sie auf der Eisenbahn fahren zu lassen.

Was dann die weiter vom Abg. Geck berührte Frage wegen der Tanzerlaubnis betrifft, so haben wir ja in Aussicht gestellt bekommen, daß wir hier noch einen großen Schäfertag werden abhalten dürfen (Heiterkeit), in dem alle diese Fragen zu einer ausführlichen Behandlung kommen werden. Ich will bis dahin warten und muß bei dieser Gelegenheit nur dem widersprechen, daß die Entschlüsse über die Tanzerlaubnis diktandös gehandhabt werden. (Zuruf: Einseitig!) Es wird keineswegs der einen Partei oder dem einen Verein die Genehmigung zur Tanzbelustigung verweigert, wo unter ganz gleichen Verhältnissen der andern Seite die Tanzbelustigung erlaubt worden wäre. Unbillig wird nicht verfahren; es wird vielleicht da und dort etwas zu streng verfahren, oder die Behörde kennt vielleicht auch nicht alle die Dinge, die auf solchen Maskenbällen vorkommen, so genau, wie uns der Herr Abg. Geck vorhin, offenbar auf Grund genauerer Mitteilungen, die er erhalten hatte, geschildert hat. Aber das muß ich unbedingt jetzt schon für unrichtig erklären, daß das Gesetz hier nicht gehandhabt, oder daß das Gesetz in einem solchen Sinne gehandhabt werde, welcher sich als eine Chifane oder eine Unbilligkeit für einzelne Beteiligte darstelle.

Sie entnehmen also aus meinen Worten, daß die Regierung gewiß nicht in der Lage ist, segnend ihre Hände dazu zu erheben, wenn die badiische Sozialdemokratie, wie sie sich heute im Zusammenhange mit der deutschen u. mit der internationalen sozialdemokratischen Partei gestaltet hat, ein Wahlbündnis mit einer bürgerlichen Partei abschließt, wenn auch nur ein taktisches Bündnis. Daß es nur ein taktisches war, das gebe ich vollständig zu, und ich hoffe, daß auch nie etwas anderes daraus wird. Woraus hat man denn nun gefolgert, daß die Regierung jemals etwas anderes als Mißbilligung gegenüber diesem Wahlbündnis empfunden habe? Nun das war ein Artikel der „Karlsruher Zeitung“ vom 21. Oktober 1905, den der Herr Staatsminister bereits in dem bezüglichen Passus vorgelesen hat, worin gesagt wird: es könnten sich eigentümliche und auffallende Parteiverbindungen bei der Stichwahl ergeben; jedoch bleibe das ganz den Parteien überlassen. Nun, meine Herren, diesen Satz habe ich weder geschrieben, noch gebilligt, noch habe ich den Auftrag zur Aufnahme einer solchen Bemerkung in dem Artikel gegeben. Ich stehe demselben vollständig fremd gegenüber und er ist lediglich zu verantworten durch den Redakteur der „Karlsruher Zeitung“. Es ist mir trotz Befragen nicht gelungen, genau zu erfahren, was der betreffende Herr sich gedacht hat. Offenbar hat er sich etwas ganz Harmloses gedacht: entweder werden sich die Sozialdemokraten mit dem Zentrum vereinigen, oder sie werden sich mit den Nationalliberalen vereinigen, oder, was eigentlich das Schönste wäre, es werden die Nationalliberalen zusammen mit dem Zentrum ein Bündnis

abschließen. (Lebhafte Heiterkeit.) Warum denn nicht, meine Herren, es geschieht morgen noch nicht und übermorgen auch noch nicht, und solange ich hier stehe, wahrscheinlich nicht, obgleich es mir unter gewissen Verhältnissen ganz lieb wäre. Aber es kommt ein Uebermorgen auch in unserem Lande einmal (Sehr richtig!), wo die bürgerlichen Parteien, die Liberalen und das Zentrum, die paar Streitpunkte, die sie jetzt noch trennen, erledigt haben werden, wo sie der langen Fehde müde sind, und wo die Herren drüben so fest, so vordringlich geworden sind, so immer mehr weiter zum Umsturz und zur Einprägung des Klassenbewußtseins in die untere Bevölkerung vorwärtsschreiten; dann werden sich die bürgerlichen Parteien endlich einmal auch auf ein Wahlbündnis begeben müssen. Dies ist bereits in anderen Staaten geschehen; sehen Sie nur einmal auf die letzten Vorgänge nach der Schweiz hinüber. Und an jenem Tage werden die bürgerlichen Parteien, rechts und links, sich bei der Wahl zusammenschließen, um der übermütig gewordenen sozialdemokratischen Partei einmal zu zeigen, daß sie nur noch ein paar Leute in den Landtag hineinbringen kann, wenn sie nicht von irgend einer anderen Partei unterstützt wird. Sehen Sie nur hin, was in der Schweiz bei den Nationalratswahlen geschehen ist, wo sich alle Parteien gegen die Sozialdemokratie vereinigt hatten! (Zurufe.)

Als nun dieser harmlose Redaktionsartikel der „Karlsruher Zeitung“ erschienen ist, da hat ein liberales Blatt am nächsten Tage die merkwürdige (ich kann es nicht anders bezeichnen) Erfindung gemacht, daß damit die Regierung das Wahlbündnis zwischen dem Block und der Sozialdemokratie geradezu empfehlen wolle; dieser Artikel des liberalen, in Karlsruhe erscheinenden Blattes ist alsdann sowohl in Zentrumsblättern, als in liberalen Blättern nachgedruckt und wiederholt worden. Ich habe das anfangs für einen schlechten Scherz gehalten; als die Sache aber dann doch etwas zu bunt wurde, da haben wir im Staatsministerium beschlossen, in der „Karlsruher Zeitung“, und zwar diesmal hochoffiziös zu erklären, daß natürlich an eine Billigung oder Unterstützung eines solchen Wahlbündnisses seitens der Großh. Regierung nicht zu denken sei. Das ist der erste Artikel, der in dieser Sache in der „Karlsruher Zeitung“ von einer Regierungshand geschrieben ist, und, obgleich ich nicht gerne über Preßverhältnisse viel Auskunft gebe, so nehme ich keinen Anstand, offen zu erklären, daß dieser Artikel im Blatte vom 26. Oktober 1905 von mir geschrieben worden ist, worin diese Sache widerlegt worden ist. Die Zentrumsblätter waren mit dieser Absage der „Karlsruher Zeitung“ sofort ganz einverstanden; sie haben sogar ihre Parteiangehörigen damit angefeuert, daß nun wieder der Verdacht, als ob die Regierung Hilfe für dieses Wahlbündnis leiste, ausgeschlossen sei. Damit alsdann überhaupt kein Zweifel über den Standpunkt der Regierung bestände, wurde nach Abschluß der Stichwahl noch ausdrücklich in einem Artikel der „Karlsruher Zeitung“ diejenige Stellung dargetan, die die Regierung gegenüber solchen taktischen Wahlbündnissen der liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie einnimmt, und es wurde hier das Bedauern der Regierung über dieses Wahlbündnis ausgedrückt. Ein gleiches Bedauern hat neulich der Herr Reichskanzler in Berlin ausgesprochen. Er hat nicht von Baden gesprochen; daß er aber auch Baden gemeint hat, das ist sicher. Ich glaube, es ist durchaus unrichtig, wenn der Herr Abg. Geck meint, der Herr Reichskanzler habe mit dieser seiner Äußerung „Vorschriften“ darüber geben wollen, wie man in Baden in solchen Dingen zu verfahren habe. Eine ähnliche Auffassung habe ich in manchen Blättern auch hinsichtlich der Äußerung der badischen Regierung angetroffen; es wurde uns in

entschiedenster Weise klar gemacht, es sei nicht Sache der Regierung, in dieser Wahlpolitik sich einzumischen und den Parteien irgend einen Ratsschlag und eine Mahnung zu geben. Das gleiche wird jetzt auch gegenüber dem Herrn Reichskanzler geltend gemacht. Nun glaube ich aber, daß es das Recht jeder Regierung ist, ebenfalls die Presse zu benutzen und in der Presse oder hier im Landtag ihre Anschauung gegenüber wichtigen Vorgängen im öffentlichen Leben kund zu geben. Damit gibt sie den Parteien keine Vorschriften; sie äußert eben die bei ihr entstehenden Anschauungen und die Öffentlichkeit hat einen vollen Anspruch darauf, zu wissen, was die Regierung von derartigen Vorgängen denkt.

Das vielbesprochene taktische Wahlbündnis ist, wie ich glaube, etwas vorübergehendes. Der Herr Abg. Geck hat schon angedeutet, es könne leicht der Moment kommen, wo man sich wieder rückwärts konzentriert, und wir haben ja schon gehört, daß da und dort auch im Bereich der Zentrumspartei dem Abschluß eines derartigen Wahlbündnisses nicht mit so ganz unfreundlichen Augen zugehört wird, wie es jetzt die Führer nach außen hin kundtun für erforderlich erachten. (Abg. Zehrenbach: Bitte, sich etwas anders auszudrücken! Abg. Bütz: Sehr richtig!)

So bin ich denn im wesentlichen fertig mit dem, was ich Ihnen als Antwort auf die Ausführungen des Herrn Abg. Zehrenbach und des Herrn Abg. Geck zu sagen habe. Es war bisher keine Finanzdebatte mit Ausnahme von wenigen Abschnitten; es war eine Debatte über die allgemeine politische Lage, die sich im wesentlichen demjenigen anschließt, was bereits im Wahlkampf mit einer gewissen Erbitterung von beiden Seiten geäußert worden ist, und was neulich auch wieder bei den Wahlansprechungen, zum Bedauern der Regierung, die Klust zwischen den Parteien und den Konfessionen verschärft hat. Meine Herren, es ist immer eine Zeit der Dämmerung, wenn gewählt wird (Abg. Frühau: Höchste Zeit, die Zeit, wo manche edle Eigenschaften des Menschen sich verfinstern, und wo manches hervortritt in der Leidenschaft des Wahlkampfes, was man lieber nicht sehen würde an so ideal gerichteten Naturen, wie wir ja hier alle beisammen sind (allgemeine Heiterkeit), und wie ja auch im großen und ganzen die Wähler sein werden, die den Wahlkampf geschlagen haben. (Heiterkeit.) Aber auf die Dämmerung des Wahlkampfes folgt der lichte Tag. Und im Lichte des Tags sollten wir, glaube ich, dasjenige vergessen, was nun einmal mit den Wahlen und ihren Anfechtungen ganz untrennbar verbunden ist, und wir sollten uns auf das werfen, was der lichte, helle Tag an Arbeit bringt zum Wohl des Landes. Ich glaube, wenn wir dann an die Arbeit herantreten, wenn wir die Fragen, die uns das Budget, uns die einzelnen Gesetzesvorlagen bringen, in die Hand nehmen, dann werden wir finden, daß eigentlich der große Lärm und der fürchterliche Zwiespalt, wie er bei den Wahlen hervorgetreten war, zum größten Teil gar nicht notwendig gewesen ist.

Der Herr Abg. Zehrenbach hat in seinen Ausführungen hinsichtlich des konfessionellen Charakters der Zentrumspartei etwas bemerkt, was mir durchaus richtig erscheint. Sie ist konfessionell in ihrer Entstehung, sie ist aber, mindestens zum allergrößten Teil, nicht konfessionell in ihrer Tätigkeit im Landtag. Ich verstehe hier unter „Entstehung“ vielleicht etwas anderes, als was der Herr Abg. Zehrenbach meint. Ich verstehe darunter den Wahllast, durch den in jedem Landtag die Zentrumspartei wieder zur Erscheinung kommt. Wenn man diesen Wahllast betrachtet, sollte man denken, es handle sich darum, fürs Zentrum lauter katholische Männer zum Zwecke der Teilnahme an einer christlichen Synode zu wählen, bei der es darauf ankommt, die Gefahren zu beseitigen, die darin

bestehen, daß der katholische Religionsteil, wenn man bei der Wahl nicht die Mehrheit bekommt, in seinen wesentlichen Lebensbedingungen tödlich getroffen oder doch eingeschränkt wird. Da heißt es dann bei den Wahlvorgängen des Zentrums, wie ich vorhin erwähnt habe: „Für jedes katholische Haus nur eine katholische Zeitung!“ Da heißt es dann: „Es ist Ehrensache eines jeden Katholiken, nur einen Katholiken zu wählen“, oder, wie ich neulich in einem Blatt am See gelesen habe: „Jeder halbwegs ordentliche Katholik wählt heute fürs Zentrum und nur fürs Zentrum; Gott gebe, daß die liberale Partei die längst verdiente Niederlage erleide.“ Da werden alle denkbaren, auf konfessionellen Gebieten liegenden Wahlmittel angewendet, und man kann sehen, wie wohl der größte Teil des katholischen Merks in einer gar nicht mehr zu überbietenden Kleinarbeit, von Haus zu Haus, von den Männern zu den Frauen zieht, um für den Zentrums kandidaten zu werben, und zwar keineswegs, um hierbei die Wähler auf die von der Partei im Landtag wirklich zu besorgende Tätigkeit aufmerksam zu machen, sondern mit dem Rufe: „Der Abgeordnete ist der gute Katholik, der von jedem Katholiken gewählt werden muß, weil nur so Eure Religion beschützt werden kann.“ (Abg. K o p f: Zentrumsmann, nicht Katholik!) So heißt es dort. Aber warum ruft man das katholische Ehrgefühl an, warum stellt man da und dort sogar in Aussicht, daß die Seligkeit geradezu damit zusammenhänge, daß man einen Katholiken wähle?

Ein solcher konfessioneller Wahlartikel ist auch der „Waldmichel“. (Seiterkeit; Sehr richtig!; Bravo!) Der „Waldmichel“ ist als ein hauptsächlichstes Mittel zur Agitation für die Wahl der Zentrums kandidaten benutzt worden; der „Waldmichel“, der beständig nur davon redet, wie die katholische Kirche und wie die katholischen Geistlichen in den letzten 40 oder 50 Jahren in Baden in ihrer religiösen Betätigung gehemmt und verfolgt worden sind! Dieser „Waldmichel“ ist insbesondere in der Weise als konfessionelles Mittel für die Zentrums agitation verwendet worden, als man bei seiner Verbreitung, wie ich wiederholt gelesen habe, vielfach behauptete: „Eine solche Verfolgung der Katholiken kann wiederkommen.“ Das beweist ganz klar, daß der Wahlakt für das Zentrum als konfessioneller Akt behandelt wird und vom Gesichtspunkt des Wahlaktes sind Sie durchaus eine konfessionelle Partei.

Wenn Sie aber hier in der Kammer sind, dann gibt sich die Sache von selbst; zuerst spricht man sich über die konfessionellen Fragen noch einige Male, und zwar in dem Dämmerungszustand nach den Wahlen, entschieden und heftig aus; dann aber kommt der eigentliche Landtag als der helle Tag, der uns Budget- und Gesetzentwürfe bringt und in dem von Dämmerung keine Rede sein kann. Und es zieht alsdann allmählich bei fast allen Mitgliedern dieses hohen Hauses, auch bei denen, die sich bei den Wahlen und in der ersten Dämmerungszeit des Landtags auf das schwerste bekämpft haben, die wohlbegründete Anschauung ein, daß eigentlich alle, wenigstens alle Mitglieder der ausschlaggebenden großen Gruppen der Kammer, auf dem gleichen Boden des besonnenen Fortschritts in der Frage des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens stehen, und daß sie alle zusammen einträchtig für unser Land und für sein Gedeihen wirken müssen. Daß im Sinne dieser Auffassung von beiden Seiten für die praktischen Aufgaben dieses Landtags gewirkt und bei der gemeinsamen Arbeit die trennenden Dissonanzen in den konfessionellen Fragen endlich überwunden werden, das ist der Wunsch, mit dem ich meine Ausführungen schließe. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Präsident Dr. W i l k e n s: Ich muß auf einen Vorgang zurückkommen, der sich während der Rede des Herrn

Ministers abgespielt hat. Der Herr Minister hat dagegen polemisiert, daß in einem sozialdemokratischen Blatte gestanden habe, der Kaiser von Rußland sei ein Mörder. Daraufhin ist der Zwischenruf aus dem Hause erfolgt: Sehr richtig, und wie mir scheint, ist dieser Zwischenruf seitens des Herrn Abg. Süßkind ausgesprochen worden. Ich nehme an, daß der Abg. Süßkind damit sagen wollte, daß die Aeußerung in dem sozialdemokratischen Blatte, der Zar sei ein Mörder, sehr richtig sei. Ist das so? (Abg. Süßkind: Jawohl!) Dann rufe ich Sie wegen dieses Zwischenrufes zur Ordnung. Ich rufe Sie weiter zur Ordnung wegen des Zwischenrufes, den Sie gegen Schluß der Rede des Herrn Ministers dahin gemacht haben: „Das hieße man Schindluder treiben!“ Sie haben dies mit Rücksicht auf Aeußerungen des Herrn Ministers in den Saal hineingerufen. Ich muß auch diese Aeußerung als mit der Ordnung des Hauses für durchaus unvereinbar erklären.

Abg. O b f i r h e r (natl.): Wir haben durch ein am Ende des letzten Landtags erfolgtes glückliches Uebereinkommen das staatliche Gebäude einer Generalreparatur unterzogen, und wir haben auf diese Weise ein nach den modernen Anschauungen und Grundsätzen hergestelltes Bauwerk bekommen, in dem wir uns durchaus wohl und behaglich fühlen können. Dies im Verlaufe einer solchen Generalausprache über die politische Lage hervorzuheben, ist in dem gegenwärtigen Augenblicke insbesondere von Wichtigkeit, wo wir sehen, daß in den anderen deutschen Bundesstaaten, aber auch in anderen Staaten außerhalb des deutschen Reiches, Kämpfe, zum Teil heftige und erbitterte Kämpfe über dieselbe Frage geführt werden, die durch jenen Vorgang am Ende des letzten Landtags für uns zu einem glücklichen Abschluß gebracht worden ist. Entsprechend der neuen Ordnung in diesem staatlichen Gebilde hat sich nun auch das Haus, in dem wir unsere Arbeit entfalten, neu gebildet. Auch dieses Gebäude ist einer Generalreparatur unterzogen worden, und auch hier kann gesagt werden, daß diese Reparatur sich anpassend dem neuen Geschmack und in Berücksichtigung der Vorteile der modernen Technik stattgefunden hat, sodaß wir uns auch in diesem Raume durchaus wohl fühlen können. Der schönste Schmuck, der diesem Raume insbesondere werden wird, ist uns durch die Munizipalität des Landesherrn bereits zugesichert; wir werden in Bälde das Marmorbild des Landesherrn hier in diesem Saale sehen, und ich glaube, es liegt Anlaß genug vor, dafür, ich sage das wenigstens für meine politischen Freunde, den herzlichsten Dank auszusprechen.

Ich habe nun aber im Anschluß an das Verfassungswerk einzelne Bemerkungen zu machen, die so recht in diesen Rahmen hineingehören. Ich beginne, was auch schon der Herr Abg. Ged hervorgehoben hat, mit dem Wunsch, daß für die in Karlsruhe wohnhaften Abg. auch Diäten bewilligt werden. Die zahlreichen Gründe, die für eine solche Neuordnung sprechen, braucht man nicht erst im einzelnen hervorzuheben, sie sind jedermann bekannt. Es darf aber noch bemerkt werden, daß wir auf dem letzten Landtag alle wohl der Meinung waren, die Sache werde nun in Bälde einer Erledigung entgegengeführt, und wir würden bei Beginn dieses Landtages eine entsprechende Vorlage vonseiten der Regierung vorfinden.

Es ist über die neue Verfassung ein Werk erschienen, verfaßt von dem Referenten für Verfassungsangelegenheiten, dem Herrn Geh. Oberregierungsrat Dr. Glockner im Ministerium des Innern. Es möchte nun an sich ungeeignet, mindestens ungewöhnlich erscheinen, daß über ein solches Werk, das ja eine private Arbeit ist, hier im Hause gesprochen wird; ich kann mir aber nicht verlagen

doch mit einigen Worten darauf einzugehen. Das was ich zu sagen habe, beschränkt sich auf ein ganz enges Gebiet, aber auf das wichtigste Gebiet, das Gebiet des Budgetrechts der beiden Häuser des Landtags. Ich beziehe mich auf die Ausführungen in dem genannten Werke zu § 61 in den Anmerkungen 7 und 8. Es ist dort auf eine Äußerung des Herrn Ministers des Innern, die in der ersten Kammer gefallen ist, Bezug genommen, dahingehend, daß die Erste Kammer an den Budgetpositionen nichts solle streichen dürfen, wenn die Regierung zusammen mit der Zweiten Kammer die Position genehmigen will; das mache den materiellen Wert des Vorrechtes der Zweiten Kammer des Landtages aus. Es ist dann im Verfolge dieser Bemerkung weiter hervorgehoben, daß der Berichterstatter für das Verfassungsverfahren in der Ersten Kammer, Freiherr v. Göler, in einer Sitzung der Ersten Kammer darauf hingewiesen hätte, daß den Ständen das Recht der Ausgabeninitiative nicht zustehe. Weitere Ausführungen zu diesem Punkte sind enthalten in der Anmerkung 1 zum § 55 der Verfassung. Es ist aber auch an dieser letzteren Stelle von der neuerlichen abweichenden Stellungnahme der Zweiten Kammer zu dieser Frage nicht die Rede, ob schon auch die Zweite Kammer auf dem letzten Landtag sich darüber ausgesprochen hat. Eine hierher gehörige Ausführung ist z. B. enthalten in dem zweiten Bericht der Zweiten Kammer Seite 5 und 6. Bezüglich des Finanzgesetzes wird in Anmerkung 8 ausgeführt, hier müsse eine Einigung zustande kommen. In einem gewissen Sinne ist das richtig: Wenn die Staatsgeschäfte ruhig weitergeführt werden sollen, muß das Finanzgesetz zustande kommen, und es muß und wird das Bemühen aller Parteien sein, dasselbe zu stande zu bringen. Wenn die Herren von der Sozialdemokratie gegen das Gesetz stimmen, so haben sie vorhin durch den berufenen Mund ihres Führers ja selbst zu erkennen gegeben, sie wüßten wohl, daß das Finanzgesetz auch ohne ihre Zustimmung zu stande gebracht würde. Sie würden sich vielleicht aber meines Erachtens, wenn es auf ihre Stimmen ankommen würde, zu der Frage anders stellen.

Es ist nun aber in dem Werke des Herrn Geh. Oberregierungsrats Glöckner, bezugnehmend auf Ausführungen des Herrn Ministers des Innern in der Ersten Kammer, schlechtweg gesagt, das Finanzgesetz müsse zustande kommen. Dagegen ist nicht abgehoben auf die Ausführungen, die in dem Berichte der Zweiten Kammer und auch in den Verhandlungen dieser Kammer über diesen Gegenstand stattgefunden haben, wo hervorgehoben wurde, daß es allerdings unter Umständen einmal dazu kommen könne, daß das Finanzgesetz verweigert werde. In Zeiten politischer Bedrängnis, in Zeiten großer weittragender prinzipieller Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Landtag und der Regierung könne es allerdings einmal zu einem solchen Mittel kommen, zu einem Mittel, wie es in allen Staaten als berechtigtes politisches Mittel, um auf die Regierung einzuwirken, anerkannt worden ist. Davon schweigt der Kommentar. Wir haben ferner es auf dem letzten Landtag erlebt, daß es das Bemühen des Herrn Ministers des Innern war, die neuen Bestimmungen über das Budgetrecht der Ersten Kammer dadurch plausibel zu machen, daß sie ja wohl nie in die Lage kommen könne, das Finanzgesetz zu verweigern, weil sie immer die Möglichkeit habe, den Entwurf mit irgend einer Aenderung versehen wieder an die Zweite Kammer zurückzubringen und diese dadurch zu nötigen, nun Stellung zu der neuen Form des Gesetzes zu nehmen und sie entweder anzunehmen oder die Verantwortung für die Ablehnung zu übernehmen. Aus der Art, wie in dem Kommentar unter Berufung auf Verlautbarungen des

Herrn Ministers des Innern diese Sache behandelt ist, muß der Schluß gezogen werden, daß der Verfasser dieses Werkes der Meinung ist, daß die Erste Kammer sich niemals in die Lage versetzen zu lassen brauche, das Finanzgesetz abzulehnen und so den Boden herzustellen, auf dem dann die Durchzählung der Stimmen, die verfassungsmäßig für diesen Fall geregelt ist, zu erfolgen habe. Ich glaube, durch diese Darstellung wird der Ersten Kammer ja förmliche Anweisung gegeben, daß sie auch aus nichtigen Gründen, bloß um der Zweiten Kammer die Verantwortung für die Ablehnung des Gesetzes zuzuschreiben, das Finanzgesetz zurückziehen könne. Durch eine Aenderung lediglich formal. Art Aenderung in der Interpunktion, Hinzufügung oder Wegstreichen einer Konjunktion und dergl.) könne sie dem Gesetz eine neue Form geben und dadurch eine Lage schaffen, so daß das Gesetz an die Zweite Kammer zurückgegeben werden muß. Ich glaube, so war es nicht gemeint; es können doch immer nur materielle oder wesentliche formale Gründe sein, die die Erste Kammer dazu berechtigen, das Gesetz zu verändern und dieses an die Zweite Kammer zurückzugeben und diese auf diese Weise zu nötigen, Stellung zu der neuen Situation zu nehmen.

Das Durchzählungsergebnis endlich soll nach den Ausführungen des genannten Werkes festgestellt werden durch die Regierung und nicht durch die Landstände. Ich glaube, man darf füglich Bedenken äußern gegen diese Bemerkung des Kommentars. Es wird vielmehr wie bei jedem andern Gesetze auch, Sache der Landstände sein, festzustellen, ob das Gesetz vonseiten der Landstände angenommen oder abgelehnt ist. Aufgrund einer solchen Feststellung vonseiten der Landstände wird dann die Uebergabe des Gesetzentwurfs an die Regierung erfolgen, und ich glaube, daß dann die Grob-Regierung nicht eine andere Meinung ihren weiteren Maßnahmen zu Grunde legen kann als die, die vonseiten der Landstände ausgesprochen ist. Es ist ja richtig, über diese Frage steht in dem Verfassungsverfahren selbst nichts. Es ist eine Anlegungsfrage, die hier angeregt worden ist. Aber ich glaube, es entspricht den allgemeinen Grundfäden, es entspricht der Stellung der Landstände gegenüber der Grob-Regierung, daß ihnen zusteht, zu bestimmen und festzustellen und zwar in maßgebender Weise, ob ein Gesetz von ihnen angenommen worden ist oder nicht. In welcher Weise diese Feststellung zu erfolgen hat, wüßte ich hier nicht weiter zu erörtern. Ich meine, eine gemeinsame Mitwirkung der beiden Präsidenten des Hauses wird in dieser Richtung maßgebend sein müssen.

Daß der Kommentar zu solchen Auffassungen, wie ich sie hier als unrichtig oder als mißverständlich hingestellt habe, gekommen ist, erklärt sich daraus, daß immer nur Rücksicht genommen wurde auf die Regierungsbegründung, auf Ausführungen des Herrn Ministers des Innern in der Ersten Kammer, sowie auf den Kommissionsbericht der Ersten Kammer und die Erklärungen des Berichterstatters der Ersten Kammer. Die Bestimmung des § 61 ist aber doch im wesentlichen durch die Zweite Kammer zustande gebracht worden, und in dem Berichte der Zweiten Kammer finden wir diejenigen Auffassungen, welche vonseiten der Zweiten Kammer der Bestimmung zugrunde gelegt wurde. Wenn man nach allen Seiten hin die Materialien des Gesetzes zur Auslegung heranziehen wollte, dann dürfte man das, was in beiden Berichten der Zweiten Kammer steht, und was in den Verhandlungen dieses Hauses über das Verfassungswert gesprochen wurde, nicht vollständig verschweigen.

In dem neuen Hause, in dem wir uns befinden, sind viele alte Wünsche und Beschwerden auch jetzt wieder vorgebracht worden, und sie werden auch wiederkehren. Ich will als einen alten, vielbesprochenen und, wie ich

glaube, vollkommen berechtigten Wunsch zunächst hervorheben den Wunsch, daß die Aenderung des Gehaltstarifs nun endlich der Verwirklichung entgegengeführt werde. Es ist allgemein anerkannt als ein wichtiges, hervorragendes Staatsinteresse, daß die Beamtenschaft durch alle Zweige der Staatsverwaltung, durch alle Grade hindurch sich in einer äußeren materiellen Stellung befindet, die ihren Dienstpflichten, ihrer sozialen Stellung und den Ansprüchen vollkommen gerecht wird, die notwendigerweise an die Beamten gestellt werden müssen. In einem solchen Verhältnis befinden wir uns aber zur Zeit nicht. Die Beamtenschaft ist von seiten des Staats materiell nicht so gestellt, wie der Staat von seinem Interesse aus es verlangen muß, wie aber auch die Beamtenschaft und wie die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, die ein großes Interesse an einer materiell richtigen Stellung der Beamtenschaft hat, wie diese alle es verlangen müssen. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.

Seit Jahren ist alles das, was der Beamte für seine Lebenshaltung braucht, stark im Preis hinaufgegangen. Wir sehen ja, wie auch alle anderen Erwerbszweige unseres Volkes, sich in der neuen Lage einzurichten bestrebt sind. Sie alle sagen: wir können nicht mehr mit den bisherigen Bezügen auskommen, wir müssen uns helfen, und sie helfen sich auch in der Tat. Der Staat selbst hilft sich. Das sehen wir z. B. im Staatsbudget, wenn wir die Sondervoranschläge der verschiedenen großen Staatsanstalten betrachten und sie vergleichen mit denjenigen der früheren Jahre; da finden wir ganz gewaltige Steigerungen der entsprechenden Summen, immer begründet damit, daß eben die Lebensmittel teurer geworden sind. Der Staat hilft sich auch auf andere Weise. Er sagt: ich kann nicht mehr auskommen mit den bisherigen Mitteln, deshalb fordere ich von Seiten des Landtags eine Steuererhöhung. Er ist auch in sonstigen Dingen in seinen Anforderungen hinausgegangen bis zu den Schulgeldern in den Mittelschulen herab und bis zu den Verpflegungssätzen der Spitäler in den Universitätsanstalten. Wie der Staat, so hilft sich auch der Gewerbe- und der Kaufmannsstand, indem er die Preise höher hinaufsetzt, und hilft sich der Industriearbeiter, indem er Lohnerhöhung fordert. Was soll nun der Beamte tun? Auch er kann mit vollem Recht sagen: Ich kann nicht mehr mit den bisherigen Bezügen auskommen; er kommt bittend an die Regierung und an die Landstände heran mit der Forderung einer Gehaltserhöhung, und diese Forderung, die schon seit Jahren immer wiederkehrt in verschiedenster Weise, in zahlreichen Petitionen, sie ist von der Regierung eigentlich nicht als unberechtigt hingestellt worden. Im Gegenteil, die Regierung hat in den meisten Fällen erklärt: sie gebe zu, daß die Wünsche berechtigt sind, die Regierung könne sie aber aus finanziellen Gründen z. Bt. nicht erfüllen, sie werde es später tun. So wurde zunächst als Termin der erste Januar 1904 genannt. Man hat dann gehofft, daß die Gehaltsaufbesserung im letzten Landtage komme, daß sie wenigstens in diesem Landtage kommt. Jetzt stehen wir aber vor einer neuen Situation; die Preise der Lebensmittel sind rapid gestiegen und wir haben bis jetzt noch keine bestimmte Erklärung von der Regierung erhalten, ob für den nächsten Landtag ein Fortschritt in dieser Beziehung zu erwarten ist. Ich möchte bitten, daß uns eine derartige Erklärung im Laufe der Debatte gegeben wird. Es wird das umso wichtiger sein, als wir jetzt wieder diese Anzahl von Petitionen haben und wir die Petenten unmöglich auf die Dauer von einem Landtag auf den andern Landtag vertrösten können. Das kann auf diese Weise nicht weiter gehen. Es muß, so glaube ich, von seiten der Regierung eine bindende Erklärung abgegeben werden, was sie zu tun beabsichtigt.

Wenn die Parteien des Hauses, das Haus nun in seiner Gesamtheit und einzelne Abgeordnete schon vor Beginn des Landtages in Wählerversammlungen, auf diese auch von der Regierung als berechtigt anerkannten Wünsche eingegangen sind, wenn alle diese Personen, den Wählern und Interessenten gesagt haben: wir sind auch der Meinung, daß eure Ansprüche berechtigt sind, und wollen unser Bestes tun, daß sie erfüllt werden, so verdienen alle diese Männer, nach meiner Auffassung wenigstens, durchaus keinen Tadel. Es ist kein Stimmenfang, kein Hasten nach Erfolg, sondern die Erklärungen, die da abgegeben werden, gehen hervor aus demselben Gefühl der Verantwortlichkeit, wie auch die Erklärungen, die von seiten der Großh. Regierung solchen Petitionen gegenüber jeweils abgegeben worden sind. Ich kann von meinem Freunde Vinz und von andern Freunden sagen, daß, wenn sie in solchen Versammlungen erschienen sind, sie nicht ohne Ueberlegung, lediglich um Erfolge zu erzielen, oder gar Stimmen zu fangen, sich den Petitionen, Wünschen und Beschwerden freundlich gegenüber gestellt, sondern mit Vorsicht erklärt haben: wir nehmen das, was wir gehört haben, zur Kenntnis, wollen es prüfen und wenn wir es als berechtigt ansehen, werden wir uns bemühen, die Bestrebungen zum Erfolg zu bringen. Mehr ist von unserer Seite nicht geschehen.

Nun ist es freilich richtig, daß wir auch auf andern Gebieten zahlreiche Wünsche haben, deren Erfüllung der Staatskasse sehr schwer fallen würde. Zahlreiche Gegenstände werden auch in den Verhandlungen hervortreten und mit mehr oder minder großer Wärme der Großh. Regierung gegenüber verfochten werden. Dem gegenüber haben wir, wie auch früher schon, von der Großh. Regierung gehört, daß diese Ueberflchwemmung mit Wünschen zu stark werden und sie bald nicht mehr wissen, wie sie sich ihrer erwehren könne. Es ist aber die Aufgabe der Großh. Regierung, alle Bedürfnisse, die hervortreten und ihr nahe gebracht werden, ernstlich zu prüfen und festzustellen, welche sind die dringenden, welche sind am dringendsten, welche können noch ein Aufschub ertragen, und daraufhin zu entscheiden. Die Verhandlungen in diesem Hause sind gerade dazu bestimmt, solche Erklärungen der Regierung entgegenzunehmen, und uns, die wir diese Wünsche vertreten, darüber zu belehren, was zur Ausführung gebracht werden kann, was nicht. Wir verdienen nicht den Vorwurf, daß wir, nachdem uns Auskünfte gegeben sind, unter allen Umständen an dem festgehalten hätten, was wir zuerst begehrt haben, sondern wir verdienen die Anerkennung, daß wir mit den Verhältnissen der Staatskasse allezeit gerechnet haben, und daß wir beherzigt haben, daß nicht alles mit einem Mal gemacht werden muß, wenn die Staatskasse es nicht rascher machen kann. Aber es gibt Dinge, die von Landtag zu Landtag hinausgeschoben wurden, aber nicht länger auf die lange Bank geschoben werden dürfen.

Wir sollten jedenfalls auf dem kommenden Landtag zur Neuregelung des Gehaltstarifs kommen, was ich hoffe und dringend wünsche. Ich möchte auch, daß dann auch mit jenen Notbehelfen, die sich im Laufe der Zeit in unser Budget eingeschlichen haben, endgültig gebrochen werde. Die Berechtigung der Wünsche der Beamtenschaft ist von seiten der Regierung großenteils schon durch budgetmäßige Neuaufstellungen selbst anerkannt worden. Das was der Gehaltstarif gewollt und erreicht hatte, besteht heute nicht mehr durchweg; er ist in allen Verwaltungszweigen, zum Teil in recht empfindlicher Weise durchbrochen worden durch das System der Nebengehälter und Dienstzulagen. Dadurch sind Bevorzugungen einzelner Klassen und einzelner Personen eingetreten, die zum großen Teil keine

sachliche Berechtigung haben. Ich glaube, daß bei der Gesamtregelung der Gehaltstarife auch hier eingesezt werden muß.

Wenn ich vorhin von einer Notlage der Staatskasse gesprochen habe, so wird uns diese Not noch öfter beschäftigen; wir werden auf Abhilfe sinnen müssen und wir haben die schönste Gelegenheit dazu, wenn das Vermögenssteuergesetz zur Behandlung kommt und andere Entwürfe, die der Herr Finanzminister angedeutet hat. Ich glaube aber, ein Gebiet bezeichnen zu können, wo größere Sparbarkeit walten sollte; es könnten dadurch recht bedeutende Mittel der Staatskasse für andere Zwecke flüssig gemacht werden: ich meine auf dem Gebiet unseres staatlichen Baupfandes. Ich will nicht sagen, daß wir unschöne, zweckwidrige, zu enge Bauten erstellen sollten, aber ich glaube, was unsere Stadtverwaltungen und was auch andere Korporationen und Private zustande bringen, könnte auch in unserer Staatsverwaltung erreicht werden, daß nämlich zwar schön, zweckmäßig, modern und doch nicht zu teuer und namentlich auch nicht zu langsam gebaut werde; denn das ist geradezu ein Krebschaden in unserer Staatsverwaltung, wie heutzutage mit den staatlichen Bauten umgegangen wird. Man wird uns entgegenhalten, in der Budgetkommission hätten wir ja Gelegenheit, bei jedem einzelnen Entwurf eines staatlichen Baues Stellung zu nehmen. Ja, wir sind keine Techniker, wir können die Baupläne und Voranschläge nicht studieren und daraus entnehmen, was vermieden und wie viel gestrichen werden soll. Das ist auch nicht unsere Aufgabe. Aber wir können sagen, daß die Preise, die für staatliche Bauten gefordert werden, sich in einem großen Mißverhältnisse befinden zu Bauten anderer Art, die von städtischen Verwaltungen und von Privaten errichtet werden. Dort könnte man sich das Muster holen und könnte so eine erhebliche Summe Geldes sparen.

Alt in diesem neuen Hause und unter der neuen Verfassung ist auch der Gegensatz der Parteien. Wir haben auch, wie auf dem vorigen Landtag, von Seiten des Herrn Kollegen Fehrenbach und auch der beiden Herren Minister, die schon gesprochen haben, Klagen über diese Parteien, über den scharfen Gegensatz der Parteien untereinander gehört, und es sind damit Wünsche und die Hoffnung ausgesprochen worden, daß aus diesen Parteien heraus unserer praktischen Arbeit eine Schädigung nicht erwachse. Nun, meine Herren, wie ich dazu stehe, das habe ich früher schon gesagt, ich muß aber in diesem Zusammenhang noch einmal wiederholen: Wir sind in unserem badischen Landtag kein Provinziallandtag. Wir haben uns nicht nur zu beschäftigen mit Straßenbau, Armenpflege und dergleichen Angelegenheiten, sondern wir haben uns auch mit politischen Fragen von großer Wichtigkeit zu beschäftigen, und da ist es doch eine Erscheinung, die man, so lange überhaupt parlamentarische, politische Körperschaften dieser Art existieren, überall erlebt hat, daß Parteien vorhanden sind, und daß, wenn die Meinungen der Parteien sehr verschieden waren, sie auch in lebhafter Weise verfochten worden sind, daß der Kampf der Parteien auch in der parlamentarischen Vertretung selbst zum Austrag gebracht worden ist. Wir würden eine Pflichtverletzung begehen, wenn wir nicht auch in diesem hohen Hause auf die großen Meinungsverschiedenheiten zurückkämen. Das Parlament soll ein Spiegelbild sein der politischen Meinungen, die im Lande vorhanden sind; wo das nicht der Fall wäre, würde eine politische Verumpfung eintreten zum Schaden der Gesamtheit des Landes. (Sehr richtig!) Und daß die Gegensätze scharf sind, das haben wir aus dem ganzen Verlauf der Wahlen gesehen, also müssen sie auch hier scharf zum Vorschein kommen. Aus wessen Schuld diese Schärfe

entstanden ist, darüber habe ich schon vor einigen Tagen ein paar Andeutungen gemacht; meine Meinung hat natürlich nicht allseitig Billigung erfahren, das habe ich auch nicht erwartet. Aber ich muß doch wiederholen, daß die Schärfe des Wahlkampfes nicht unserer Seite zuzuschreiben ist, sondern der Seite, die uns gegenüber sitzt. Das hat auch der Herr Staatsminister anerkannt.

Meine Herren! Der Herr Kollege Fehrenbach hat dann geglaubt, ein richtiges Bild der Sachlage zu geben, indem er in etwas spöttischer u. höhnischer Weise gesagt hat: In diesem Saale wird ja doch nicht die Kultur der ganzen Menschheit gerettet werden. Das habe ich nie geglaubt, daß wir hier um die Kultur der ganzen Menschheit stritten; aber auch unser badisches Volk hat Kulturinteressen gerade genug, und es ist unsere Pflicht, diese Kulturinteressen des badischen Volkes zu verfechten, und das ist gerade der Gegenstand, um den sich die Schärfe des Gegenjages dreht.

Der Herr Kollege Fehrenbach und früher auch der Herr Kollege Zehner haben sich darauf berufen, daß in der selben Schärfe im Reichstag nicht gefochten werde, wenigstens nicht über dieselben Fragen, die bei uns die Schärfe des Gegenjages hervorgerufen haben. Aber das liegt nur daran, daß der Reichstag sich mit dieser Art von kulturfördernden Dingen nicht so oft zu beschäftigen hat, als es bei uns der Fall ist, weil hierin die Kompetenz den Einzelstaaten zusteht. Aber gerade Ihr Bemühen (zum Zentrum) ist es ja, auch diese Fragen in den Reichstag einzutragen durch ihren Toleranzantrag, der ja die Summe von dem enthält, worauf ich angespielt habe, und wenn Ihrerseits einmal die Verbündeten Regierungen an den Tag gelegt hätten, daß sie sich mit dem Toleranzantrag ernstlich beschäftigen würden und daß die Gefahr bevorstünde, daß der Toleranzantrag im Wege der Reichsgesetzgebung zur Behandlung gebracht würde, dann würden Sie im Deutschen Reichstag dieselben Töne hören, die Sie hier gehört haben und auch jetzt wieder zu hören bekommen müssen.

Ich glaube, der Parteikampf ist ein Uebel vielleicht, aber ein Uebel, das nicht vermieden werden kann, er ist geradezu eine Voraussetzung eines parlamentarischen Lebens. Freilich darf und muß verlangt werden, daß dieser Kampf von allen Seiten von dem einen Gesichtspunkte aus geführt werde: nur das Wohl der Gesamtheit, nur das Wohl des Landes ist maßgebend. Darum finde ich es bedauerlich, wenn die Parteien auch, wenn sie sich diese Nichtscham gesetzt haben, von Seiten des offiziellen Regierungsorgans nicht immer mit dem erforderlichen Ernst behandelt werden. (Sehr richtig!) Denn wir finden da, daß da jemand „von einer höheren Warte herablauscht den Strömungen des öffentlichen Lebens und von dieser höheren Warte herab da unten tief unter sich findet, daß die Parteien mit Schlagworten kämpfen, daß da ein beklagenswerter Mangel von Unbefangenheit vorhanden ist, daß Rücksicht genommen wird auf vorübergehende Vorteile“. Mildernde Umstände werden allerdings bewilligt „wegen der Leidenschaftlichkeit des Kampfes, weil man in den Stimmungen und Empfindungen des Augenblicks über das ruhige Erwägen von Vergangenheit und Zukunft hinweggebracht ist“.

Wir haben ähnliche Töne auch in einigen Stellen der Rede, die wir eben vorhin gehört haben, wieder vernommen. Ich sage, ich finde es bedauerlich, daß auch von Seiten der Regierung den Parteien gegenüber, die es ernst meinen mit ihrer Pflicht, in dieser Weise begegnet wird. Ich finde es aber weiter bedauerlich, daß die Parteien auch unter sich so häufig und mehr, als es früher der Fall war, sich persönlich bekämpfen, daß die Person in den Vordergrund geschoben wird gegenüber der Ueberzeu-

gung und der Sache, die vertreten wird von dieser Person, und daß man dabei auch manchmal schon in sehr weitgehendem Maße übergegangen ist, geradezu zur persönlichen Ehrabschneidung. Bedauerlich ist auch, daß Herr Kollege Fehrenbach seinen politischen Gegnern geradezu abgespröchen hat, daß sie als Gentlemen seiner Partei gegenüberzutreten. Diesen Vorwurf möchte ich von unserer Partei mit aller Energie, die mir zur Verfügung steht, abschütteln. Wenn die Groß. Regierung nach dem Wort des Herrn Staatsministers den Willen hat, persönlich zwischen den Parteien zu wirken, so kann das nur begrüßt werden; hier auf diesem Gebiete bietet sich die schönste Gelegenheit zu einer solchen ausgleichenden Tätigkeit.

Ich finde es aber weiter bedauerlich, daß mehr, als das früher der Fall war, die Angehörigen der begüterten und gebildeten Klassen, zumal in Kreisen, die nach ihrer gesamten Richtung unserer Seite zugehören, sich aus dem Kampfe zurückgezogen haben und sich nunmehr auf ein unfruchtbares und oft ganz unrichtiges Kritizieren beschränken. (Sehr richtig.) Die Partei der Parteiloosen besteht und hat viele Anhänger, aber sie hat sich selbst durch ihre Parteilosigkeit jeden Einflusses auf das öffentliche Leben begeben. Wer dieser Partei zugehört, versäumt ja selbst mit Absicht jede Möglichkeit, das Leben des Volkes und das, was das Volk bewegt, kennen zu lernen; er verletzt aber auch die Pflicht, die Bildung und Besitz jedem auferlegen; und da muß ich die höchstbedauerliche Erscheinung konstatieren, daß die Partei der Parteiloosen gerade in den Kreisen unserer höheren Beamtenschaft eine allzugroße Anhängererschaft besitzt. Vielleicht ist diese Parteilosigkeit in diesen Kreisen gefördert worden durch die Haltung und durch die Beurteilung, die von Seiten der Gr. Regierung dem Kampfe der Parteien zu teil geworden ist. (Abg. Dr. Binz: Sehr richtig!)

Was die Agitation, die Teilnahme am politischen Kampfe von Seiten der Amtsvorstände betrifft, so hat ja der Herr Minister des Innern eine meines Erachtens vollkommen zutreffende Erklärung abgegeben. Ich bin auch der Meinung, daß es den Amtsvorständen nicht verwehrt werden kann, ihre politische Meinung auch im Wahlkampfe zum Ausdruck zu bringen; sie haben so gut das Recht dazu, wie jeder andere auch. Nur ist zu verlangen, daß sie es ohne Mißbrauch ihrer Amtsgewalt mit dem ihrer Stellung zukommenden Takte tun — und in dieser Beziehung ist den Amtsvorständen von Ihrer Seite (zum Zentrum) keine Verfehlung nachgewiesen worden, obschon im Lande genug von Ihrer Seite darüber gesprochen worden ist; nichts ist dabei herausgekommen, und wir werden insbesondere bei der Verhandlung des Wahlprotokolls von Donaueschingen Gelegenheit haben zu sehen, wie da mit vielem Bemühen auch von Seiten eines Beamten des betreffenden Bezirks versucht worden ist, dem dortigen Amtsvorstand Verschiedenes anzuhängen, auch das kleinste, kleinliche — und alles das hat sich verflüchtigt und der Mann ist gereinigt aus dieser ganzen Untersuchung hervorgegangen. (Zuruf des Abg. Fehrenbach: Ist beim Bonndorfer Wahlprotokoll keine Schmäffelei vorgekommen?)

Allerdings hat die Beschäftigung mit Politik ihre Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten. Die Politik ist eine Heze (Heiterkeit); wer ihr nahe kommt, begibt sich in Gefahr, zerfaßt zu werden, und wer in die Arena des politischen Kampfes tritt, der kommt gar oft mit verstaubten Stiefeln wieder daraus zurück; mancher verliert auch die Ruhe und die Objektivität; Mancher auch die Bornehmheit in seinem Verhalten. Aber wenn das auch bei Einzelnen der Fall ist, so braucht man daraus noch keine Verallgemeinerung zu machen und sein allgemeines Urteil darnach einzurichten. Die Hauptsache ist doch immer, daß der Politiker den ersten Willen hat, das

Ganze zu fördern, und daß die Mittel, die er braucht, uneigennützig, ehrliche und gesegliche sind. So angesehen, verdient der Politiker den Dank Aller, aber auch den Dank vonseiten der Groß. Regierung, denn die Politiker dienen mit der Regierung demselben Ziele, derselben Aufgabe. Sie, die Politiker aber, haben den unangenehmeren und schwierigeren Teil dieser Arbeit zu entfallen, körperlich aufreibend und geistig oft fast übermäßig anstrengend, und sie opfern dabei oft persönlich unendlich viel auf. Dies einmal ist einer Debatte hervorzuheben, scheint mir, insbesondere nach den Vorgängen der letzten Wahlen, angebracht zu sein.

Ich wende mich nunmehr zum Aufmarsch der Parteien in dem letzten Wahlkampfe. Ich glaube nicht, daß Jemand, der sich mit der politischen Situation des Landes seit dem vorigen Landtag befaßt hat, überrascht war über die Wendung der Dinge. Wir wenigstens waren nicht überrascht. Die allgemeinen Erfahrungen, die gemacht werden konnten — nicht bloß bei uns im Lande, sondern auch im Deutschen Reiche, in den andern Bundesstaaten — haben die Wendung der Dinge, von denen ich gesprochen habe, vorbereitet. Ich will nur ganz kurz skizzieren; die Vorgänge im deutschen Reichstag, das was dort mit einer Gesetzesvorlage bezweckt wird, die man nur pseudonym Toleranzvorlage nennt, haben doch Jeden zu der Ueberzeugung gebracht, daß auf das Zentrum der Satz angewendet werden muß: quidquid id est, timeo Danaos, et dona ferentes: wir fürchten die Danaer, auch wenn sie einmal im Gewande des Schenkgebers erscheinen. Das Verhalten des preuß. Zentrums zur Schulvorlage, die Art und Weise, wie das bayr. Zentrum in dem bayr. Landtag auftritt, auch der Regierung, dem Landesherrn und den königlichen Prinzen gegenüber, die Art und Weise, wie sich das württembergische Zentrum zur Verfassungsfrage verhalten hat und zur Zeit verhält — müssen doch Jeden, der Dinge verfolgt, zu größerer Vorsicht mahnen.

Sie werden mir sagen, und wo bleibt Baden? Ich komme jetzt gerade auf Baden. Ich will nur streifen die Verfassungsreform und die Art und Weise, wie das Zentrum sich zur Verfassungsreform in den letzten Tagen des letzten Landtags verhalten hat.

Der Herr Kollege Fehrenbach hat allerdings geäußert, es sei dem Zentrum nicht nachzuweisen, daß es in irgend einer einzelnen Frage sich reaktionär erwiesen hätte, wie wir und die Parteien, die links von uns sitzen, ihm immer vorwürfen. Ja, der Vorwurf, der im Anschluß an unsere Verfassungskämpfe dem Zentrum gemacht worden ist, enthält doch den Vorwurf reaktionären Wesens und ich glaube mit vollem Recht. Die Politik, die das Zentrum seit dem Jahre 1886 verfolgt, ist doch eine reaktionäre Politik, wenn sie auch in einzelnen politischen Fragen durchaus nicht reaktionär, sondern fortschrittlich war, das will ich ohne weiteres zugeben! Aber das, was das Zentrum eigentlich und im Grunde seines Herzens anstrebt — ich werde darauf noch näher zu sprechen kommen — das ist doch reaktionär.

Der Führer der Zentrumsparthei, der bis zum Jahre 1903 auch diesem Hause angehört hat, ist doch reaktionär bis in die Knochen hinein. (Widerpruch! Zuruf im Zentrum.) Wir haben ja von ihrer Seite im Zentrum Erklärungen gehört, welche die Bedenken, die gegen ihre Politik aufgetaucht sind, zu zerstreuen bestimmt und bei manchem auch wohl geeignet erscheinen.

Ihre Stellung zur Schulfrage fällt hier herein; das durchaus maßvolle Verhalten, wie wir es in diesem hohen Hause von Ihrer Seite erlebt haben, gehört auch dahin. Es ist schon so weit gekommen, daß der Herr Minister die schönsten Hoffnungen darauf gesetzt hatte, daß Sie in ganz anderer Weise politische Bestrebungen

vertreten würden, als das früher der Fall war, zu Zeiten, insbesondere als noch Herr Wacker dem Haus angehört hat. Aber allem gegenüber muß doch hervorgehoben werden: der Führer der Zentrumsparlei im badischen Land ist doch immer noch derselbe Mann. Daß er nun hier nicht erschienen ist, das mag auf Ursachen beruhen, die wir begreifen könnten, wenn wir sie wüßten. (Lachen beim Zentrum.) Es wird Gesundheitsrückicht vorgegeben; wenn man sieht, wie Herr Wacker im Wahlkampfe tätig war, nicht nur in seiner stillen Klausel, in jenem Nachbardorf von Freiburg, sondern in einer ganzen Menge von Wahlversammlungen; wie er keinen Tag vorübergehen ließ, ohne auch in der Presse seine Meinung zu sagen, so können wir an diese „Gesundheitsrückichten“ nicht recht glauben. Ich möchte annehmen, daß sein Wegbleiben aus diesem Hause auch so eine Art dialektischen Kunststückes ist, wie man es von seinen Reden ja vielfach vernehmen kann. Er ist nie ein Freund von absoluter Klarheit in seinen Reden gewesen. (Ho!) Ich möchte glauben, daß er auch in dieser Beziehung nicht klar sein wollte. Denn er ist es doch auch heute noch und ist es in den letzten Monaten gewesen, der die Geistlichkeit zur Agitation angetrieben hat, wodurch Ihre Partei uns gegenüber einen großen Vorsprung erreicht hat, weil unter den neuen Verhältnissen, unter der neuen Wahlkreiseinteilung sich die Geistlichkeit, die nur einem Wink gehorcht, sich ganz anders, viel leichter zusammenfinden konnte in den neuen Wahlkreisen, als das auf der bürgerlichen Seite der Fall ist. Und die Geistlichkeit kommandiert die Wähler. Wir haben gehört, in welcher Weise das vielfach geschehen ist. Auf dieses Thema aber näher einzugehen, liegt kein Anlaß vor, weil wir in einigen Tagen schon Gelegenheit haben, bei Behandlung der Interpellation, die meinen Namen an erster Stelle trägt, auf diese Dinge näher einzugehen. Ich will aber nur hervorheben, daß die Erklärungen, die der Herr Staatsminister über diese Frage abgegeben hat, auf unserer Seite nur die unumwundenste und uneingeschränkste Zustimmung gefunden haben. (Zuruf aus dem Zentrum: das glauben wir!)

Herr Wacker leidet auch innerlich, materiell, die Zentrumsparlei, und der Herr Abgeordnete Fehrenbach hat gestern mit großer Betonung, mit großer Freude hervorgehoben, daß Herr Wacker es bereits so weit gebracht habe, daß auch solche Persönlichkeiten, die früher mit seiner Politik nicht einverstanden waren, sich seiner Politik jetzt zugewandt und in verschiedenen Verlautbarungen dies ausgedrückt haben. (Abg. Dieterle: Aber aus eigener Ueberzeugung!)

Die Namen Lender, Kraus, Hansjakob hat man genannt. Kraus! Da hätte man doch vorsichtiger sein dürfen. Denn das ist eines der unrühmlichsten Kapitel in der Lebensgeschichte des Herrn Geistlichen Rates Wacker. (Widerspruch). Der Herr Abg. Fehrenbach hat aber unter denjenigen, die im Laufe der Zeit, zumteil nach langer Zeit, sich zur Zentrumsparlei, die den Namen Wacker trägt, bekehrt haben, vergessen, seinen eigenen Namen zu nennen. Denn auch er hat zu denjenigen gehört, die nicht einverstanden waren mit der Politik Wackers, und ich habe das immer als etwas vorzügliches betrachtet, und bin mißgestimmt worden dadurch, daß auch er zu dieser Politik zurückgekehrt ist.

Ich sage, Herr Wacker führt auch materiell Ihre Partei. Wir sehen es daraus, daß er das Zentrumsprogramm gemacht hat. Wir kennen ihn an seiner Sprache. Sätze, auf die ich nachher noch weiter zu sprechen kommen muß, lassen es ganz unzweifelhaft erkennen, daß er der Verfasser dieses Zentrumsprogrammes ist. Wir haben es also nicht mit der Zentrumsparlei zu tun, (Widerspruch) die repräsentiert ist durch Herren Fehrenbach, Zehner und Sießler, sondern wir

haben, wenn wir die gesamte Tätigkeit des Zentrums im Lande verfolgen wollen, es mit der Tätigkeit, der Politik des Herrn Geistlichen Rates Wacker in Zähringen zu tun.

Es muß unser Streben sein, völlige Klarheit zu bekommen: welches sind die wirklichen und wahren Ziele der Zentrumsparlei? Das ist um so wichtiger, als aus den Ausführungen des Herrn Staatsministers zu erkennen war, daß auch er Zweifel darüber hat, welches nun eigentlich die wahre Zentrumsparlei ist: die, welche hier in diesem Hause vertreten wird oder die, welche draußen getrieben wird? Wenn ich Klarheit darüber suche, komme ich zunächst auf das Programm der Zentrumsparlei als Erkenntnisquelle. Dieses Programm besteht, wie jedes Programm einer politischen Partei, aus einer Summe von allgemeinen und einer Summe von besonderen Sätzen. Eine Menge von einzelnen Fragen sind behandelt und bei diesen einzelnen Fragen ist das Gebiet, wo wir uns immer wieder finden werden, wo wir uns teilweise leicht, teilweise mit mehr oder weniger Mühe verständigen werden. Die Gegensätze, die vorhanden sind, werden, auch wenn sie scharf zum Ausdruck gebracht werden, sobald wir an solche einzelne Fragen kommen, immer in den Hintergrund treten; und die Besorgnis der Regierung, daß unter den heftigen Kämpfen der letzten Tage die praktische Arbeit leiden müsse, scheint mir unbegründet zu sein. Aber in einem solchen Programm sind das Wichtigste die Leitsätze, die Prinzipien, die da ausgesprochen sind.

Da finden wir in solchen Sätzen des Zentrumsprogramms häufig das Wort „Gerechtigkeit“. Ja, das Wort „Gerechtigkeit“ ist immer ein Lieblingswort des Herrn Abg. Wacker gewesen; es ist auch jetzt noch ein Lieblingswort des Herrn Geistlichen Rates Wacker, wenn er hinausgeht in eine Versammlung. Aber unter diesem Titelwort kann man alles gewahren und alles versagen. Es kommt immer darauf an festzustellen: Was ist Gerechtigkeit? Aus den Leitsätzen des Zentrumsprogramms sind, wenn man sie richtig versteht, die grundsätzlichen Unterschiede herauszulesen, die zwischen Ihnen und uns vorhanden sind, und daraus ergibt sich unmittelbar der Grund unseres Verhaltens gegenüber Ihrer Partei.

Ich hebe einen ersten Satz hervor: „Besonderer Pflege bedarf das so wichtige Gebiet der Schule, vor allem das der Volksschule. Sie soll bei dem Kinde den Grund legen, um einst ein tüchtiges Glied der Gesellschaft in Familie, Gemeinde und Staat zu werden, und mithelfen, daselbe zur Gottesfurcht und Tugend zu erziehen. Wir vom Zentrum werden alles tun, was die Erfüllung dieser hohen Doppelaufgabe erleichtern und sicherstellen kann.“ Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen. Auch wir haben die Absicht, unsere Kinder zu tüchtigen Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen, sie zur Gottesfurcht und Tugend anzuhalten. Auch wir werden allem das Wort reden, was zu diesem Ziele erforderlich ist. Aber bei der Ausführung dieser Absicht auf jener und unserer Seite kommen dann schon einige Verschiedenheiten zum Vorschein. Das zeigt sich auch schon in einem folgenden Satze ihres Programms: „Dieses, — nämlich die Erleichterung und Sicherstellung der Doppelaufgabe — wäre aber nicht der Fall, wenn die Wirksamkeit der Religion und der kirchlichen Gemeinschaften noch weiter zurückgedrängt würde, als es bedauerlicherweise jetzt schon der Fall ist.“ Man will also zwar festhalten an dem, was besteht, aber man spricht doch das Bedauern aus, daß es besteht, aber man spricht doch das Bedauern aus, daß der gesetzliche Zustand, was die Behandlung der Religion innerhalb der Schule betrifft, durchaus befriedigend und richtig genannt werden muß. Wir glauben, daß der Religion Genüge geschehen ist, und haben nicht

die Absicht, an der bestehenden Gesetzgebung zu ändern, wie es als Ihre eigentliche Absicht doch herauszulesen ist. (Zuruf aus dem Zentrum: Das ist richtig.)

Eine wahre Sehnsucht nach Aenderung der Gesetze kommt aber aus folgendem Satz zum Vorschein: „Wir haben die Einführung der gemischten Volksschule bekämpft und können sie auch heute nicht als eine wünschenswerte Einrichtung anerkennen. Wenn wir gleichwohl von uns aus nicht daran rütteln, so verlangen wir umso mehr, daß die tatsächlich bestehenden Gesetze wenigstens in einem, den Interessen der religiösen Erziehung wohlwollenden Sinne angewandt werden.“ Von sich aus werden Sie das nicht tun. Herr Wacker hat einmal früher erklärt: Das muß den Autoritäten überlassen werden; die weltliche und kirchliche Autorität sollen das zustande bringen, und wenn sie sich geeinigt haben, wird auch die Zentrumsparthei im Landtag ihre Schulbigkeit tun. Sie wollen sich hier zufriedengeben zunächst mit einer wohlwollenden Anwendung der Gesetze. Nun wissen wir aber, daß vielfach Männer in Ihren Reihen vorhanden sind, die unter Anwendung des Gesetzes auch das verstehen, was der Jurist, was der Staatsmann insbesondere als eine Nichtachtung und als eine Verletzung der Gesetze ansehen muß. Es ist die Gewohnheit solcher Männer, ausdehnend zu interpretieren das, was Sie göttliches Gesetz nennen, und überall einschränkend zu interpretieren, was wir das Staatsgesetz nennen. Wir finden bei zahlreichen Anhängern Ihrer Partei eine Stumpfheit gegenüber dem, was das Gesetz befiehlt, die oft sehr überraschen muß. In diesem Zusammenhang möchte ich nur kurz darauf hindeuten, daß auch der Herr Kollege Dr. Schofer, der ja so viel schon von sich hat reden machen, in dem Donaueschinger Wahlkreis, in Auldingen, eine ganz eigentümliche Auffassung darüber an den Tag gelegt hat, wozu er als katholischer Geistlicher berechtigt wäre, wenn es sich um die Einhaltung eines staatlichen Gesetzes handelte.

Ein weiterer Leitsatz in Ihrem Programm geht dahin: „Wenn wir für die katholische Kirche mehr Bewegungsfreiheit verlangen, wie wir sie bisher hatten, so verlangen wir nichts, was ihr nicht auch nach der Staatsverfassung als Recht zusteht, nichts was im Widerstreit stände mit den Rechten und Interessen des Staates, nichts was irgendwie gar die Rechte anderer Konfessionen beeinflussen könnte.“ Sie verlangen also mehr Bewegungsfreiheit, Bewegungsfreiheit mehr durch eine Gesetzeränderung oder durch diese eigentümliche Art von Gesetzesanwendung? Man kann es zunächst aus diesem Satz nicht erkennen. Es ist auch nicht angegeben, wie viel mehr Bewegungsfreiheit Sie für sich in Anspruch nehmen. Ich fürchte fast, der Wunsch geht bis zu einem Grade von Bewegungsfreiheit, der der absoluten Ungebundenheit gleichzustellen ist. Aber das Zentrum sagt in seinem Programm weiter: „Wir verlangen keinerlei Privilegien für die katholische Kirche, keinerlei Rechte und Freiheiten, die wir nicht auch anderen kirchlichen Gemeinschaften gesichert haben wollen.“

Nun, Privilegien und Freiheiten, wie Sie für Ihre Kirche in Anspruch nehmen und bereit sind, auch den anderen Konfessionen einzuräumen, haben zum allermeisten keinen Wert für die anderen Konfessionen, und wenn diese Freiheiten und Privilegien von Ihrer Kirche ausgeübt würden, so wie Sie es wünschen, dann kämen wir unhaltbar zu einer Beeinträchtigung der anderen Konfessionen und insbesondere der staatlichen Rechte, wie wir sie auffassen.

Schließlich heißt es: „Und was wir erstreben und verlangen, bewegt sich alles auf dem Boden des Gesetzes vom 9. Oktober 1860.“ Auf dem Boden dieses Gesetzes, weil nämlich dort der Grundsatz ausgesprochen ist: Freiheit und Selbständigkeit der kirchlichen Gemein-

schaften. Was das aber heißt, Freiheit und Selbständigkeit der kirchl. Gemeinschaften nach dem Sinne des betreffenden Gesetzes, ist teilweise schon unmittelbar in dem Gesetze selbst ausgedrückt. Es ist dann aber Verschiedenes der Regelung durch eine künftige Vereinbarung zwischen der Regierung und der kirchlichen Autorität überlassen worden, und gerade bei diesen Verhandlungen ist hervorgetreten, daß in der Beurteilung dessen, was die Freiheit und die Selbständigkeit der Kirche erfordert, die allergrößten Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Seiten hervorgetreten sind. Das ist eben die Frage von gestern, das ist die Frage von heute, und das ist auch die Frage, die in weiter Zukunft immer wieder erhoben werden wird. Deshalb glaube ich, wir handeln vollkommen recht, wenn wir uns einfach an den obersten Leitsatz Ihres Programmes halten, der dahin lautet: „Auf kirchenpolitischem Gebiete vertreten wir heute das ganz gleiche, was wir gestern und vorgestern vertreten haben, das Programm vollster Gerechtigkeit und wahrer Toleranz für alle Konfessionen.“

Das ist auch unser Programm, nur haben wir unter Gerechtigkeit und Toleranz wesentlich andere Auffassungen, und wenn Sie dann weiter sagen: „Was das Zentrum gestern war, ist es auch heute, seine Grundsätze wie seine Bestrebungen und Forderungen haben sich nicht geändert.“ so liegt für uns auch kein Grund vor, uns heute zum Zentrum anders zu stellen, als gestern und wir freuen uns über das allgemein gehaltene Bekenntnis. Endlich haben wir, worauf es uns ankommt: Wir werden also unser Verhalten darnach einrichten und haben es darnach eingerichtet. Es ist bei Ihnen noch alles so, wie es war, wie es auch insbesondere war zu der Zeit, als der geistliche Rat Wacker noch hier im Hause der Führer Ihrer Fraktion war.

Das ist die eine Erkenntnisquelle für Ihre eigentliche Ziele, die andere ist zu nehmen aus einer Reihe von Reden, die der Führer der Partei, der geistliche Rat Wacker in der jüngsten Zeit und im Verlaufe des letzten Jahres gehalten hat insbesondere in Karlsruhe am 19. Januar 1905 und in Heidelberg am 9. April 1905. Es ist da die Rede von „Schmerzen, die wir durch unsere Zugehörigkeit zur katholischen Kirche zu tragen haben, von den kirchenpolitischen ungelösten Fragen in Baden.“ Es ist da weiter gesprochen „von einer Unsumme von Verkehrtheit und Unrecht, gegen dessen Beseitigung man sich nicht so beharrlich sträuben sollte,“ und weiter, „weitmas das meiste von dem was solche Kulturkämpfer in das Leben gerufen hat, es existiert noch heute.“

Eine dritte Erkenntnisquelle, eigentlich die deutlichste und deshalb für uns die willkommenste ist jenes vielbesprochene Flugblatt genannt der „Waldmichel“. Dort ist erklärt, was die Unsumme von Verkehrtheit und Unrecht ist, und wenn nun der Herr Abg. Fehrenbach gestern, allerdings nicht in einem solchen Maße, wie es der Herr Staatsminister gewünscht hätte, den „Waldmichel“ von seinen Hochschöhen und den Hochschöhen seiner Partei hat abschütteln wollen, so ist ihm das wohl in der Meinung des ganzen Landes auch nicht im allermindesten gelungen. Es ist ein sehr bequemes Mittel, das wir auch schon anderwärts erlebt haben: man läßt eine solche Arbeit, die Privatarbeit eines einzelnen Mannes, erst einmal Wochen hindurch im ganzen Lande verbreiten und seine Wirkung tun und sagt nichts, auch nicht ein einziges Wort dagegen, erst vielleicht am letzten Tage vor der Wahl, wo es zu spät ist, und wenn sie dann ihre Wirkung getan hat, und es sich darum handelt, hier der Regierung gegenüber auch die Sache zu vertreten (Oho! im Zentrum), dann sagt man: um wieder lieb Kind zu werden, das geht uns nichts an, das ist die private Arbeit

eines einzelnen Mannes; wir sind mit Einzelheiten, die darin verarbeitet sind, mit einzelnen Sätzen nicht einverstanden gewesen.

Das Hilfsmittel für das Verständnis gegen die „Unsummen von Verkehrtheit und Unrecht“ ist angegeben in dem Flugblatt in zwei Lapidarsätzen. Der Koblernaz sagt: „Ich meine immer, die Herren haben die Kirche zu nehmen, wie sie ist.“ (Zwischenruf der Abg. Schofer: Das hat der Herr v. Rottstedt schon gesagt) und darauf antwortet der Waldmichel: „Was zur Kirche gehört, das sagt der Papst, das sagen die Bischöfe und sonst niemand.“ (Rufe: Hört, hört, Zwischenruf des Abg. Dr. Schofer: „es ist ein Unrecht, daß das bei uns nicht auch allgemein anerkannt und durchgeführt ist.“). Die ganze Geschichte von dem Jahrhunderte alten Kampf zwischen Staat und Kirche, sie ist den biederen Bauersmännern, die sich da unterhalten, nur aus den Zentrumszeitungen, und aus einzelnen Broschüren, die ihnen der Herr Pfarrer besorgte, bekannt geworden. Diese Bauersmänner, sie sehen nur durch die trübe Brille dieser Prekerzeugnisse, und so wie diese möchten Sie sie gerne alle haben, unsere Bauern; deshalb dürfen sie keine andere Presse lesen als die wahre und die echte Zentrumspresse, die pseudonym sich auf den Schild geschrieben hat: Presse für Wahrheit, Freiheit und Recht.

Nun, aus diesem Flugblatt erkennt man aber gerade so recht, wie dringend not es tut, überall aufzuklären, über das, was wirklich beabsichtigt ist, auch über das, was wirklich geschehen ist, aufzuklären dadurch, daß man den Leuten andere Prekerzeugnisse als die vorher genannten vor Augen führt. Aber der Waldmichel, der sich gibt als einfacher Bauersmann, der ist gar kein gewöhnlicher Bauersmann vom Walde (Heiterkeit). Er wird uns im Eingange der ersten Flugchrift daselbst vorgestellt mit folgenden Worten: „Schon als Schulerbub hat er seine Zeitungen gelesen, und das hat er bis in sein Alter hinein getan. Brachte die Zeitung etwas wichtiges, dann hat der Waldmichel seinen Rotzitt geölt und einen Strich an den Artikel gemacht. Dieses Blatt hob er auf. So hat er es immer gemacht und macht es noch so.“ (Heiterkeit.) Der Waldmichel ist keine typische Figur, er ist ein Original (Heiterkeit). Aber der Mann heißt gar nicht Michael und ist garnicht vom Walde. Der Braunsjopp und der Koblernaz und der Franztoni das sind typische Figuren, das sind des Meisters Schüler, wie wir sie im ganzen Land verbreitet finden, und der Musterhändler dieser Schule, das ist der Herr Kollege Dr. Schofer (Heiterkeit). Aber wir erkennen am ganzen Inhalt des Flugblattes den Meister und seine Schule; denn was da verarbeitet ist, ist nichts anderes als alte Zeitungsartikel, alte Broschüren, die zum Teil den Namen Theodor Wacker, zum Teil Th. W., zum Teil die Ortsangabe Zähringen, zum Teil auch zwei Sterne, zum andern Teil aber auch noch so vielfältige andere Zeichen von beliebiger Art an der Stirn oder am Ende tragen. (Abg. Dr. Schofer: Das ist der allergeringste Teil.) In dem Inhalte des Waldmichelflugblattes habe ich wenigstens, der ich leider seit Jahren die Preß- und Broschürenentätigkeit des Herrn Geistl. Rat verfolgt habe, absolut gar nichts neues gefunden. Nur die Form ist neu, wie sie von dem Herrn Staatsminister mit Recht schon so scharf gekennzeichnet worden ist.

Der „politische Waldmichel“ oder das „Plauderstündchen!“ Am Rande heißt es jedesmal: „Gut aufbewahren!“ 14 Nummern und eine Dreingabe als Flugblatt zu allen Zentrumsblättern des Landes, schließlich noch als Broschüre herausgegeben! Der Reinertrag ist bestimmt zu einem Kirchlein im Bühlertal. Wahrscheinlich soll dieses Kirchlein das Analogon werden zu der Ludwigskirche in

Meppen und wird dann genannt werden: L. Theoborskirche. (Heiterkeit; Zuruf des Abg. Fehrenbach.)

Das Blatt ist ausgegeben vor den Wahlen und daß es ein Agitationsmittel sein soll, ist von dem Verfasser, Herrn Dr. Schofer, und auch von dem Herrn Abg. Fehrenbach unumwunden zugegeben worden. Es war das Hauptagitationsmittel bei dieser ganzen Wahlbewegung. Die Abschüttelung, die versucht worden ist, können wir nicht anerkennen.

Das Zwiegespräch zwischen den vier Bauern ist so ein kleines Bauerntheater. Es sind ein paar recht berbe Witze dabei, wenn auch nicht immer gut. Anfänglich erscheint es dem Leser nicht uninteressant durch die Form; aber allmählich wird die Sache flach und langweilig. Der Herr Staatsminister hat ja auch gestern angegeben, er habe es anfänglich gar nicht bis zu Ende gelesen, und ich weiß, daß es noch vielen so gegangen ist. Mit großen Pausen kann man ja aber auch solche Erzeugnisse genießen (Heiterkeit).

Behandelt ist in dem Waldmichel der ganze Kirchenstreit seit den 1840er Jahren, aber nicht aufgrund der geschichtlichen Tatsachen etwa, wie man sonst hätte verlangen können, sondern so dargestellt, wie sich die Dinge im Gehirn eines mit den Scheuklappen mittelalterlicher Anschauungen aufgewachsenen Mannes darbieten. Keine Spur von einem Streben nach Erforschung der Wahrheit. Durch Verschweigen, wie der Herr Staatsminister mit Recht hervorgehoben hat, wird in dem Flugblatt auf jeder Seite die Unwahrheit gesagt. Keine Spur von Beachtung dessen, was jeder Geschichtsschreiber als oberste Richtschnur sich vorsetzen muß, nämlich die Beachtung der geschichtlichen Tatsachen, der Umgebung, der Zeitereignisse, die Beachtung des Weidens jedes historischen Vorgangs. Und all das, was da geschrieben ist, ist doch nur eingegeben von der Absicht, die Ziele der Zentrumspolitik aus alter und neuer Zeit als einzig wahr und edel und ihre Vertreter als Heroen und Dulder, die politischen Gegner aber und die Regierung als böswillige Menschen, als Blutsauger, herzlose Ausbeuter, ja selbst als Räuber am Kirchengut hinzustellen. Die Kirchenfeinde, sie stehen am Schraubstock und pressen die Kirche bis auf Mark und Knochen. Gitzähne haben die Gesetze; eines, ein wichtiges Gesetz, das auch die Zustimmung Ihrer kirchlichen Autorität gefunden hat, das Stiftungsgesetz, wird als ein Räubergesetz bezeichnet; die Minister, die bei dieser Gesetzgebung mitgewirkt haben, und der Landesherr selbst — und das muß besonders hervorgehoben werden — werden als wortbrüchig hingestellt! Und da wagt es der Verfasser des Flugblattes, der Herr Abg. Dr. Schofer, noch in seiner letzten Rede zu erklären, er habe kein einziges Wort, das da geschrieben ist, als unwahr zu bezeichnen und zurückzunehmen! Wagt Herr Dr. Schofer dieses Nachwort in allen seinen Teilen auch hier zu vertreten, so wird ihm die Antwort werden. (Abg. Dr. Schofer: Sie werden die Antwort bekommen!) Ich behaupte: dieses Nachwort ist ein Frevel an der Ruhe unseres Landes (Bravo bei den Liberalen), ein Frevel an der geschichtlichen Wahrheit (Abg. Dr. Binz: Eine Schande!) und an dem Andenken hochverdienter Männer, und es ist ein Frevel an der geschichtlichen Persönlichkeit unseres Landesherrn, nicht wert der Widerlegung im einzelnen. (Aha! im Zentrum.) Sie kann Ihnen gegeben werden. Im Rahmen einer parlamentarischen Verhandlung ist dieser Wust von Unwahrheit und Unrecht überhaupt nicht zu widerlegen. Aber die Charakteristik, die ich gegeben habe, die vertritt ich jeden Augenblick, die ist wahr; das ist die Meinung des ganzen Landes, soweit es nicht eingeschworen ist auf Ihre Partei. (Oho! im Zentrum.)

Man kann, wenn man das Ganze überfliehet, die Groß-Regierung und insbesondere den Herrn Kultusminister nur auf das herzlichste beglückwünschen, daß er, bevor ihm die Person des Verfassers dieses Nachwerkes bekannt war, den Mann doch schon richtig erkannt hat und ihn als ungeeignet bezeichnet hat, die angehenden Theologen des Landes zu erziehen, und Vorstand des Erzbischöflichen Konvikts in Freiburg zu werden. Wir können aber auch uns beglückwünschen, daß gerade wegen dieser eben besagten Maßnahme nun auch der Herr Kultusminister und jetzige Staatsminister wie sein Ministerialdirektor, Herr Geheimerrat Hübsch, von der Zentrumsparthei als Kulturkämpfer bezeichnet und dadurch auf unsere Seite gestellt worden sind. Der Waldmichel hat aber nicht den Erfolg gehabt, den Sie davon erhofft haben. Der Bogen war überspannt, das war zuviel solcher Koffi, die unser Volk nicht ertragen konnte. (Zuruf: Sehr gut!) Er hat die Lauen und die Bequemeln im Lande aufgerüttelt und dem Bloß eine Anzahl von Anhängern zugeführt. Das ist der bleibende Wert dieses Nachwerkes, von dem der Herr Pfarrer Sester in Bahlertal mit der Aufforderung, den Waldmichel in Broschürenform zu kaufen, allerdings im anderen Sinne, geschrieben hat. Das Zentrum ist durch diese Erkenntnisquelle, von der ich gesprochen habe, nun im ganzen Lande und weit über unsere Grenzen hinaus erkannt als eine intolerant und reaktionäre Partei, die zweideutig in ihrem Verhalten und unbedenklich in der Wahl ihrer Mittel ist.

Das war auch der Grund, so möchte ich wenigstens annehmen, warum auch die Sozialdemokratie sich nun gegen das Zentrum und auf unsere Seite gewandt hat. Durch die Erkenntnis Ihrer wahren Ziele ist das vielbesprochene Abkommen zwischen Bloß und Sozialdemokratie ermöglicht worden. Mein Freund Binz hat die Rechtfertigung dieses Abkommens, soweit es von unserer Seite zu rechtfertigen war, in vollkommener Weise gegeben. Ich habe hier nichts hinzuzufügen. Kurz zusammenfassend kann ich nur sagen, es war ein Akt politischer Notwendigkeit, wenn man nur das eine Ziel im Auge hatte, unserm Lande dieselbe Richtung der politischen Entwicklung zu erhalten, die es zum Wohle des Staates, zum Wohle des Volkes in seiner Gesamtheit seit 45 Jahren genommen hat. Es wird zu dem Abkommen ja auch viel Unwahres behauptet. Es ist ja nur getroffen worden für 5 Bezirke, soweit die Sozialdemokratie in Frage kam; in 6 weiteren Bezirken wurde der Kampf zwischen Bloß und Sozialdemokratie vollkommen in jeder Weise aufrecht erhalten und auch durchgeführt. Und das Ergebnis unseres Abkommens war, daß 3 Sozialdemokraten aus den Bezirken, für welche die Vereinbarung getroffen war, gewählt wurden, während durch Ihr Zutun — (zu dem Zentrum) — vier Sozialdemokraten gewählt worden sind. Hätten wir das Abkommen nicht geschlossen, so hätten wir erlebt, daß das Zentrum in erheblicher Zahl und die Sozialdemokraten in vielleicht noch größerer Zahl als sie jetzt anwesend sind, erschienen wären. Umgekehrt hätte der Liberalismus gewissermaßen den Einfluß, den er bis jetzt zum Segen des Landes gehabt hat, verloren, — und das mußte vermieden werden.

Eine von uns nicht erwartete Wirkung ist freilich noch eingetreten. Es ist nämlich eine blühende, eine schöne Hoffnung vernichtet worden, und zwar die Hoffnung, die kein Geringerer als der Geistl. Rat Wacker gehegt hat. Er hat nämlich thranenden Auges in Zell im Wiesenthal erklärt: er glaube, das Zentrum werde auf lange Zeit in Baden sich der Hoffnung entschlagen müssen, mit den Nationalliberalen zusammenzuarbeiten; habe sehr ungern und sehr schwer auf diese Hoffnung verzichtet, es scheine aber die harte Nothwendigkeit vorzuliegen; nun

man werde sich auch in solche Verhältnisse zu schicken wissen. In Stuttgart soll Herr Wacker, wie der Kollege Fehrenbach erwähnte, sich in ähnlicher Weise schon einmal dahin ausgesprochen haben, daß er nämlich bereit sei, ein Abkommen der bürgerlichen Parteien zu schließen gegen die Sozialdemokratie. In unserem Lande haben wir aber von der Bereitwilligkeit nichts gehört. Wenn es uns angeboten worden wäre, wir hätten es nicht angenommen. Es ist die allgemeine Erfahrung, daß bei einem solchen Abkommen immer nur die Zentrumsparthei einen Gewinn macht. Ich bin gegen ein derartiges Abkommen und habe überall dagegengewirkt, wo ich mitzuwirken hatte. Was diese vernichtete schöne Hoffnung betrifft, so muß man sich daß erkaunen, daß dieser Mann es geschmackvoll gefunden hat, nach diesem Wahlkampf eine solche Aeußerung zu tun. Es ist doch Niemandem im Lande unbekannt, daß er als seine Lebensaufgabe erkannt hat, die Nationalliberalen überall und unter allen Umständen zu bekämpfen, soweit zu bekämpfen, bis sie vernichtet am Boden liegen. Daß er diesen Ausdruck getan hat, kann ich nur zurückführen auf eine gewisse Verwirrung, die in Folge des niederschmetternden Ereignisses der Stichwahl bei ihm hervorgerufen ist. Eine solche Verwirrung ist ja begreiflich, nachdem sein ganzes System, das er künstlich aufgebaut hatte, bei diesen Stichwahlen zusammenfiel. Nun schreit die Zentrumsparthei über den Frevel, den wir mit diesem Abkommen begingen, und der Kollege Fehrenbach sprach gestern schauernd von dem förmlichen Wahlbündnisse, das wir abgeschlossen hätten. (Zuruf des Abg. Fehrenbach: Ganz auf liberaler Seite.) Herr Kollege Sed hat schon gezeigt, daß früher zwischen Ihnen und der Sozialdemokratie um solche Wahlbündnisse herumgegangen worden ist.

Das Wahlbündnis hat aber die vielfältigste Kritik auch von anderen Seiten erfahren. Auch der Herr Staatsminister hat sein Mißfallen darüber ausgesprochen. Demgegenüber kann ich nur immer wieder sagen, wir haben das Abkommen geschlossen im Gefühl der vollsten eigenen Verantwortlichkeit, nicht horchend auf den Rat, der uns vonseiten der Groß-Regierung gegeben werden wollte oder sollte. Wir sind ganz unabhängig und frei, nur unserer Ueberzeugung folgend, zu diesem Abkommen gekommen. Wenn Sie (zum Zentrum) und wenn die Herren von der Groß-Regierung jenen Besprechungen der Vertrauensmänner unserer Partei, die hier in Karlsruhe stattgefunden haben, hätten anwohnen können, so wären sie erfüllt mit der größten Hochachtung vor dem Ernst und der tiefen politischen Auffassung, die da zutage getreten ist, wieder von dannen gegangen. Es ist ja nicht zu verschweigen, daß auch in unseren Reihen, außerhalb der Kreise der Vertrauensmänner, Kritik geübt worden ist an diesem Abkommen und vielfältige Mißbilligkeitsäußerungen zustande gekommen sind. Einzelne, die mehr zur Partei der Parteilosen gehören, haben sogar gesagt, lieber in Ehren zu Grunde gehen, als eine derartige Sache mitmachen. Es ist eine able politische Tat, zu Grunde zu gehen. Eine politische Partei, die es ernst meint, die glaubt, ein ernstes und die Gesamtheit förderndes Ziel vor sich zu haben, muß diese Möglichkeit, in eine unbedeutende Minderheit herabgedrückt zu werden, unter allen Umständen verhindern und vermeiden, und dieser Gedanke hat uns geleitet.

Es ist ja auch kein Geheimniß, daß der Führer der nationalliberalen Fraktion des Reichstages, Herr Abg. Baffermann, sich in einer Versammlung, die außerhalb des Landes stattgefunden hat, über das Abkommen nicht eben freundlich geäußert hat. Allein er hat, wenn er so gesprochen haben sollte, wie die Zeitungen berichteten,

über die Verhältnisse unseres Landes eben eine unrichtige Auffassung an den Tag gelegt; denn er sagte, es habe sich nur mehr gehandelt um eine protestantische Bewegung als Reaktion gegen den Ultramontanismus. Keine Spur von einer protestantischen Bewegung, es handelte sich um eine rein politische Angelegenheit.

Wir haben auch Zeugen für die Zweckmäßigkeit, Mäßigkeit und Richtigkeit unseres Vorgehens bis in die konservativen Reihen hinein. Professor Delbrück z. B., der in einem Aufsatz in den preussischen Jahrbüchern sich darüber geäußert hat, hat doch auch gefunden, daß eine politische Notwendigkeit vorlag, und daß eine tiefe und erfolgversprechende politische Auffassung dabei an den Tag gelegt wurde, die in dem badischen Lande nicht nur vereinzelt bleiben, sondern Verbreitung finden möge auch in anderen Bundesstaaten des Deutschen Reiches. Der Herr Staatsminister hat allerdings gemeint, das Abkommen sei nicht notwendig gewesen, wir hätten dieselben Erfolge ohne das Abkommen erzielen können. Darauf hat vorhin schon der Herr Kollege Geel die nötige Antwort gegeben. Wir konnten nicht wissen, was die Sozialdemokratie vor hat, wir wußten es auch nicht. Wir durften uns erst auf ihre Erklärung verlassen. Aber selbst wenn die sozialdemokratische Partei die Weisung gegeben hätte, ohne ein Abkommen, ohne Gegenleistung unsererseits sollten ihre Anhänger für unsere Kandidaten eintreten, ich bin überzeugt, es hätte ein sehr viel kleinerer Teil, als in der Tat geschehen ist, dieser Lösung Folge geleistet. Wir aber als Realpolitiker mußten unter allen Umständen darauf sehen, mit festen Tatsachen, mit festen Grundlagen in die Wahlarbeit hineinzutreten. Wir konnten uns mit vagen Erwartungen unter keinen Umständen abgeben, dazu war die Zeit viel zu ernst.

Daß das Abkommen für die Zukunft verhängnisvoll werden könnte, wie der Herr Staatsminister befürchtet hat, ist durchaus nicht meine und meiner Freunde Meinung. Haben wir doch das Bewußtsein, daß wir unseren wahren und wirklichen Parteiziele, die in ihrer Grundrichtung noch genau die gleichen sind, wie sie immer waren, in keiner Weise etwas vergeben haben. Ebensovienig wie die Sozialdemokraten nationalliberal geworden sind, ebensovienig sind wir sozialdemokratisch geworden, ebensovienig haben wir uns auch in irgend einer Richtung den Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei genähert. Das ist durchaus nicht der Fall, und wenn zeitlich zusammentreffend mit diesem Wahlabkommen etwa in unserer nationalliberalen Presse — ich weiß nicht ob und wo dies geschehen sein soll — antinationale Töne erklingen sein sollten, wie der Herr Staatsminister gemeint hat, so würden wir das beklagen, wären aber dafür als Partei nicht verantwortlich zu machen.

Daß alles so gekommen ist, wie es kam, daß die Stichwahlen dieses Ergebnis gehabt haben, das hat unserer Politik, glaube ich, recht gegeben, und ich bin eigentlich der Meinung, daß auch die Großh. Regierung allen Grund hätte, sich mit den Erfolgen unserer Taktik nur zufrieden und einverstanden zu erklären. (Sehr richtig.) Denn was hätte die Großh. badische Regierung in ihrer heutigen Zusammensetzung anfangen wollen, wenn sie etwa eine Zentrumsmajorität hier im Landtag bekommen hätte? (Sehr richtig.)

Noch ein paar Worte zu der Äußerung des Herrn Reichskanzlers im Preussischen Herrenhaus. Ich habe früher schon erklärt, daß wir unmöglich über die Taktik in unserem Parteileben uns irgendwelche Anweisungen von Berlin, und wenn das auch von noch so hoher Seite geschehen sollte, geben lassen könnten. Wir stehen den Verhältnissen näher, wir können Ursache und Wirkung

am besten selbst beurteilen, und daraufhin haben wir unsere Maßnahmen aufzubauen.

Das, was der Herr Reichskanzler gesagt hat, ist hervorgegangen aus einer ernstlichen Sorge. Auch wir betrachten mit Sorge, was geschehen ist in Jena. Auch wir betrachten mit Sorge, daß in der sozialdemokratischen Presse und in Versammlungen so vielfach in einer volksverheerenden Weise vorgegangen wird. Auch wir beklagen es, daß von Seiten des obersten Führers der Sozialdemokratie im Deutschen Reich und von seiner nächsten Umgebung oft rein vaterlandsverräterische Töne in die Welt hinausposaunt werden. Auch wir sind entschlossen, so gut wie der Herr Reichskanzler, überall da entgegenzutreten, wo solche Grundsätze und Meinungen ausgesprochen werden und verwirklicht werden sollen. Wo es sich darum handelt, die Monarchie, die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu verteidigen, wo es sich darum handelt, der Verletzung des vaterländischen Gefühles und der Interessen des Reiches, der Verteidigung und des Schutzes des Reiches nach außen, entgegenzutreten, da werden wir immer mit aller unserer Kraft zur Stelle sein. Aber wir wissen, und vielleicht weil wir den Dingen näher stehen, besser als der Reichskanzler, daß neben den Äußerungen des Fanatismus und neben den Stimmungen, die durch diesen Fanatismus und eine oft wilde Presse in den Volksmassen erregt werden, auch noch vorhanden ist das Schwergewicht der im deutschen Volke in seiner Gesamtheit ruhenden Liebe zur Ordnung in Familie, Gemeinde und Staat, und die Erkenntnis, daß eine Obrigkeit sein muß, um diese Ordnung zu erhalten, und daß die deutsche Monarchie allezeit die beste Hüterin dieser Ordnung gewesen ist. Und darum glauben wir eine wahrhaft staatserbaltende Aufgabe darin erkannt zu haben, dieses Schwergewicht zu verteidigen und zu erhalten, und dieser Aufgabe wird auch ein Teil der Arbeit, die wir hier in diesem Hause zu leisten haben, gewidmet sein.

Auch außerhalb dieses Hauses hat jeder von uns, aber auch jeder andere Bürger in unserem Lande Gelegenheit genug in dieser Richtung zu wirken. Wenn man die Auswüchse in der sozialdemokratischen Agitation als eine Krankheit unseres Volkstörpers bezeichnen kann, so muß man auch als Arzt gegen diese Krankheit vorgehen, und da handelt es sich zunächst darum, eine richtige Diagnose zu stellen, und, wenn die Ursachen der Krankheit richtig erkannt sind, prophylaktisch und therapeutisch gegen dieselbe vorzugehen.

Heilmittel stehen jedem einzelnen von uns zur Verfügung. Da ist zunächst das Streben, dem Kastengeist, der in unserem Volke, aber noch vielmehr als bei uns im badischen Lande bei unseren norddeutschen Brüdern vertreten ist, zu beseitigen. Ein weiteres Mittel ist, daß man der sozialdemokratischen Partei gegenüber und allem, was mit ihr zusammenhängt, nicht allzu ängstlich ist; daß unsere Beamten durch alle ihre Klassen hindurch vom Obersten bis zum Niedersten sich durchdränken lassen von einer wahrhaft sozialen Gesinnung, und daß im Verkehr zwischen Beamten und jedem einzelnen Staatsbürger, im Verkehr von Mann zu Mann aus den verschiedenen Klassen unseres Volkes dieser soziale Sinn zum Ausdruck kommt; daß wir die Sozialdemokratie und alle die, die zu ihr gehören, heranzuziehen zu praktischer Arbeit, zur verantwortlichen Arbeit in den Parlamenten, in den städtischen Vertretungen. Ein solches Heilmittel ferner, das namentlich in Preußen und in Sachsen sehr treffend wirken würde, das mildernd auf die Agitationskraft der Sozialdemokratie wirken müßte, wäre eine grundlegende Aenderung des dortigen Wahlsystems. (Sehr richtig!) Im Parteileben aber müssen wir uns vor allen Dingen davor hüten, die sozialdemokratische

Partei und ihre Anhänger als Parias anzusehen, mit denen nie und unter gar keinen Umständen zusammen zu arbeiten wäre.

Wenn wir von solchen Anschauungen uns erfüllt wissen, dann dürfen wir uns als entschlossene Kampfgenossen dem Reichskanzler an die Seite stellen. Dabei bitten wir ihn aber über seine internationalen Sorgen und über den Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht zu vergessen, daß an der Wiege des Reiches als lebensspinnende Parze der Liberalismus gestanden ist — und daß eine der beiden anderen Parzen der Ultramontanismus war. (Lachen beim Zentrum und Juruse.) Ein Reich kann nur gedeihen unter denselben Voraussetzungen, unter denen es entstanden ist; mit den Lebensbedingungen eines Reiches können nicht gewaltsam geändert werden. Wie das mein Freund Vinz bezüglich des badischen Landes schon auseinandergesetzt hat, so gilt das auch hinsichtlich des Deutschen Reiches. Wir können nach Norden hin, nach den anderen deutschen Bundesstaaten in dieser Richtung nur mahnen. Wir glauben aber nicht versprechen zu können, daß der alte geistige Kampf, der bei uns im Lande nicht durch die Schuld der liberalen Seiten, nicht durch Schuld der Regierung, schon vor sechzig Jahren wieder aufgekommen ist, nun durch Nachgiebigkeit von unserer Seite wieder begraben werden könnte; er muß bestehen, bis die Gefahren, die wir erkannt haben, vom Grunde ausbeseitigt sind.

Auch da werden wir nicht radikal verfahren. Die Nationalliberale Partei kann es als ihre Ueberzeugung hinstellen, und sie wird das betätigen, daß wir ein Heilmittel, wie es unsere Freunde von links in der Trennung der Kirche von Staat und insbesondere in der Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule gefunden zu haben glauben, hierin nicht erblicken können. Wir wollen treu den Traditionen der Partei, national und liberal und keineswegs partikularistisch die Arbeit weiterreiben, fortschrittlich mit der Zeit; denn neue Zeiten bringen neue Ideen, neue Bedürfnisse zum Vorschein, und denen muß eine politische Partei folgen. Die großen Gedanken, die uns dabei leiten sollen, brauchen wir uns aber nicht, wie der Herr Kollege Fehrenbach gemeint hat, erst von unseren Freunden von links einimpfen zu lassen; wir sind selbst im Besitze solcher Ideen: Ideen, die man auch große Ideen nennen kann. Die Hauptidee, die uns zur Zeit beherrscht, das nächste Ziel, das uns leiten wird und leiten muß, das ist die Förderung der Bildung unseres Volkes in allen seinen Schichten. (Bravo!) In diesen Punkten werden wir einig sein, die wir auf dieser Seite des Hauses sitzen; dort werden Sie den Block und zum Teil auch die Herren von der Sozialdemokratie einig finden.

Ich muß nur noch ein paar Worte sagen zu den Vorgängen bei der Präsidentenwahl. Der Herr Kollege Fehrenbach hat für seine Partei das Recht in Anspruch genommen, bei der Präsidentenwahl einen Zentrumsman aus der Wahlurne hervorgehen zu sehen. Er hat sich dabei berufen auf eine Vereinbarung aus dem Jahre 1893. Ich habe darauf zu erklären: eine Vereinbarung können die politischen Parteien eines Landtages für die folgenden Landtage überhaupt nicht treffen; jeder Landtag ist wieder anders zusammengesetzt und

hat seine Grundzüge selbst aufzustellen. Ich weiß aber überhaupt nichts davon, auch nach eingehender Erkundigung, daß eine derartige Vereinbarung bindend für die folgenden Jahre überhaupt damals versucht oder getroffen worden ist. Das aber weiß ich, daß der frühere Herr Abg. Wacker jederzeit hier im Hause bei solchen Gelegenheiten als Grundfaß vertreten hat: die Majorität des Hauses habe darüber zu entscheiden, wer den Präsidenten zu stellen habe. Das entspricht auch durchaus den parlamentarischen Einrichtungen.

Er hat auch die Anschauung vertreten, man solle Rücksichten üben, man solle den Mann, der schon vorher zur Befriedigung aller Parteien des Hauses den Präsidentenstuhl eingenommen habe, auch weiter im Amte des Präsidenten bestätigen. Aus Rücksicht auf diese Person hat auch der Herr Abg. Wacker nicht geglaubt, von dem Rechte der Majorität in diesem Hause Gebrauch machen zu können. Aber selbst wenn man sich an die Tatsache halten würde, daß früher die relativ stärkste Partei des Hauses den ersten Präsidenten gestellt hat, so wäre darauf zu sagen, was schon oft gesagt und auch geschrieben worden ist: daß der Block die relative Mehrheit hat. Der Block hat sich als einheitliche Organisation in den Landtag eingeführt; er ist bei Beginn des Landtags übergegangen von einem rein taktischen auf einen auch materiellen Zusammenschluß — durchaus nicht im ganzen Programm, durchaus nicht in allen Fragen, die uns hier beschäftigen, aber doch zum Zusammengehen in wichtigen Einzelfragen und das hat — auch wenn man eine solche Vereinbarung, wie sie der Herr Abg. Fehrenbach angeführt hat, als durch Gebrauch feststehend annehmen wollte — dem Block das Recht gegeben, so zu handeln, wie er gehandelt hat.

Daß der zweite Vizepräsident nur die Gegenleistung für die Stimmen der Sozialdemokratie bei der Wahl des ersten Präsidenten gewesen wäre, ist durchaus nicht richtig; das hat Ihnen ja der Herr Kollege Geck bereits auseinandergesetzt. Daß wir als zweiten Vizepräsidenten einem Sozialdemokraten die Stimme gegeben haben, das war meines Erachtens die ganz naturgemäße Folge des Wahlergebnisses: die Sozialdemokraten sind als drittstärkste Partei in das Haus eingetreten, und so gut wie früher der Herr Abg. Heimbürger als Vertreter der drittstärksten Partei zum zweiten Vizepräsidenten gewählt worden ist, so ist auch diesmal wieder vorgegangen worden. Als Realpolitiker, die wir sind und die wir sein müssen, mußten wir so handeln und haben wir so gehandelt.

Der Block ist der Dorn im Auge des Zentrums; für uns aber ist er ein Gegenstand der Freude und ein Gegenstand der Hoffnung; ohne uns in unseren Grundfäden nationaler und liberaler Gesinnung in irgend etwas zu vergeben, dürfen wir bei dieser wichtigen Debatte der Erwartung Ausdruck verleihen: daß der Block Bestand behalte zum Wohle der liberalen Entwicklung unseres Landes! (Bravo!)

Im Einverständnis mit dem Hause wird nunmehr die Debatte abgebrochen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 20 Min.

\* Karlsruhe, 7. Febr. 21. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 8. Februar 1906, vormittags 9 Uhr:

- Anzeige neuer Eingaben. Sodann
1. Wahl des ersten Vizepräsidenten.
  2. Allgemeine Diskussion über das Finanzgesetz, und damit in Verbindung:
  3. Beantwortung der Interpellation der Abgg. Bechtold und Genossen, die neuen Reichssteuerentwürfe betr. — Drucksache Nr. 24 — (Fortsetzung).

\* Karlsruhe, 7. Febr. Dritte öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 10. Februar 1906, vormittags 1/2 10 Uhr:

1. Anzeige neuer Eingaben.
2. Erstattung und Beratung des Berichts der Budgetkommission über Ziffer 12 des außerordentlichen Etats Großh.

Ministeriums des Innern, Titel XVII, Wasser- und Straßenbau, Verbesserung der Landstraße zwischen Wolfach und Rippoldsau. Berichterstatter: Prinz Alfred zu Löwenstein.

3. Erstattung und Beratung des Berichts der gleichen Kommission über die Positionen im Spezialbudget des Eisenbahnbauwesens für 1906/07 unter Ausgabe-Titel II § 8 und Einnahme-Titel I § 1 für die Herstellung des zweiten Gleises der Linie Redarels—Osterburten. Berichterstatter: Geh. Rat Hönsele.

4. Beratung des Berichts der gleichen Kommission über die Nachweisungen der in den Jahren 1903 und 1904 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung, hieran anschließend: Allgemeine Diskussion über das Finanzgesetz. Berichterstatter: Frhr. E. A. von Göler.

5. Beratung des Berichts der Petitionskommission, betreffend die Nachweisungen über die dem Großh. Staatsministerium während des Landtags 1903/1904 von der Ersten Kammer überwiesenen Petitionen und deren Erledigung. Berichterstatter: Frhr. Albrecht von Rüdiger.

6. Erstattung und Beratung des Berichts der Budgetkommission über die Prüfung der Rechnung des Archivs über die Kosten der Ersten Kammer vom Landtag 1903/1904. Berichterstatter: Freiherr E. A. von Göler. — Hierauf in gleicher Sitzung: Neuwahl eines Archivars der Kammer.